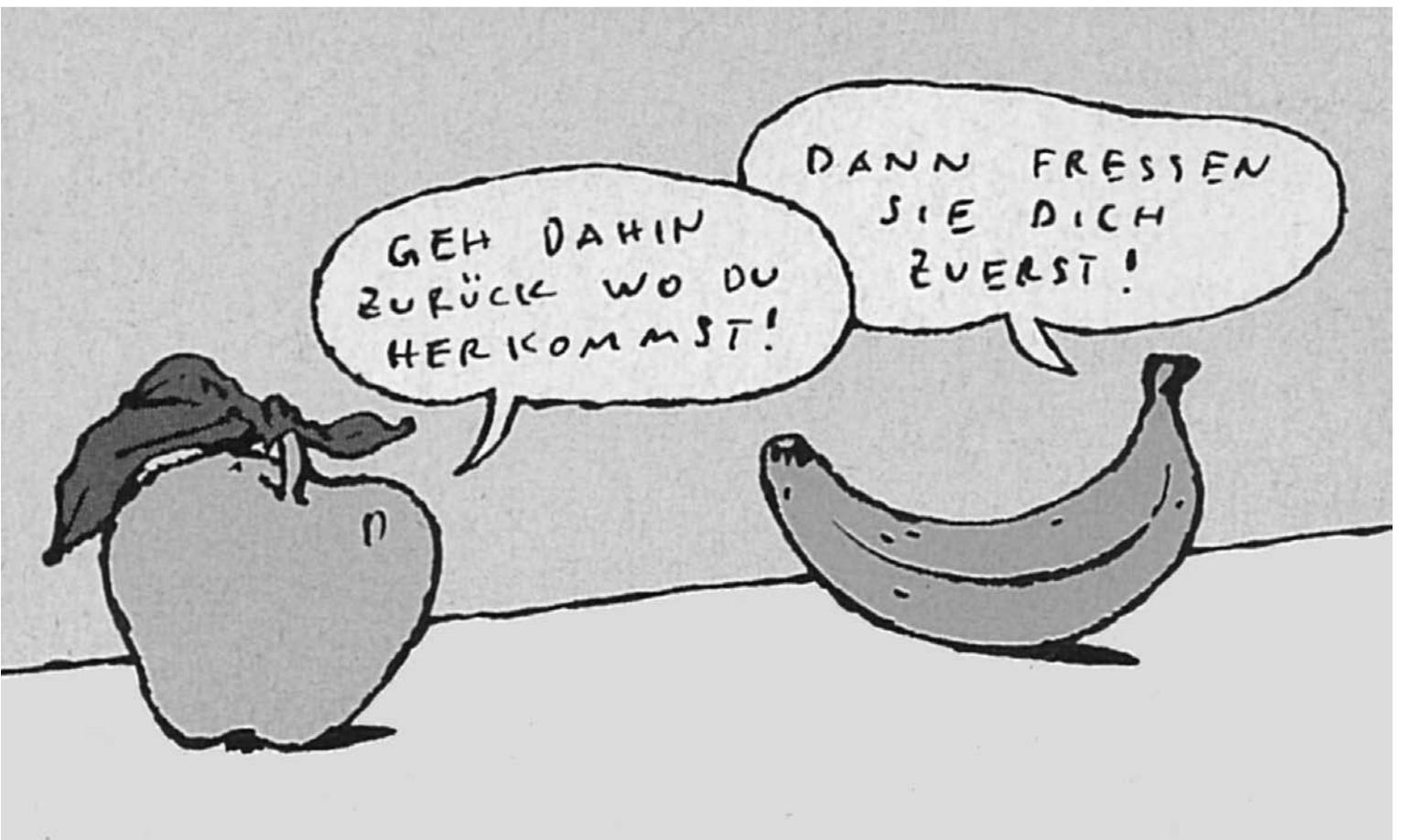


Beiträge zur historischen Sozialkunde

4/2000



Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

VGS

Verein für Geschichte und Sozialkunde
30. Jg./Nr. 4 Oktober–Dezember 2000

AutorInnen

Christoph BUTTERWEGGE, Prof., Leiter d. Abt. Politikwissenschaften und geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität Köln

Markus CERMAN, Univ. Ass. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien

Frank DECKER, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg

Reinhold GÄRTNER, Dozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung

Fachdidaktik-AutorInnen

Christa DONNERMAIR, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektorin an der Universität Wien

Eduard FUCHS, Dr. phil., Lektor an der Universität Wien, Mitarbeiter des Vereins für Geschichte und Sozialkunde

Gerry GÖLLNER, Mag., AHS-Lehrer, Wien

Katrin WLADASCH, MMag., Mitarbeiterin der Servicestelle für Menschenrechtsbildung, Boltzmann Institut für Menschenrechte Wien

Redaktion „Beiträge“: Markus Cerman, Eduard Fuchs

Redaktion „Fachdidaktik“: Klaus Edel, Eduard Fuchs

Satz/Layout/Coverdesign: Marianne Oppel

Titelbild: Zeichnung – Thomas Kussin ©

Die wissenschaftliche Redaktion der „Beiträge zur historischen Sozialkunde“ wird auch im Jahr 2000 durch eine Förderung der Magistratsabteilung 18, Gruppe Wissenschaft, unterstützt


STADTPLANUNG WIEN

Inhaltsverzeichnis

- 130 *Markus Cerman*
Einleitung
- 132 *Christoph Butterwegge*
Rassismus und (Standort-)Nationalismus als Ausgrenzungsmechanismus
Kernideologien des Rechtsextremismus im so genannten Zeitalter der Globalisierung
Politik, Wissenschaft und Publizistik im Kampf um den richtigen Begriff: „Ausländerfeindlichkeit“,
„Fremdenfurcht“ oder „Rassismus“? – Rivalität erzeugt Brutalität: Rassismus als Resultat und ideolo-
gische Ausdrucksform der Konkurrenz – Nationalismus als Schlüsselement der politischen Kultur
und wichtigster Bezugspunkt für den Rechtsextremismus/Rassismus – Rückwirkungen des Rechts-
extremismus auf die politische Kultur: Ethnisierung der Gesellschaft - „Kulturalisierung“ der Politik
- Entpolitisierung sozialer Konflikte
- 137 *Frank Decker*
Parteien der Modernisierungsverlierer?
Das soziale Umfeld des neuen Rechtspopulismus
Theoretische Erklärungsversuche – Milieuzerfall und Wandel der sozialen Konfliktstruktur – Resü-
mee
- 150 *Reinhold Gärtner*
Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Österreich
Die tolerierte Variante rechtsextremen Denkens – Der harte Kern – Abschließende Bemerkungen
- Fachdidaktik**
- 157 *Gerry Göllner*
Clip 97 – ein medienpädagogisches Antirassismusprojekt mit Wiener Schulen
- 159 *Katrin Wladasch*
A World of Difference
- 160 *Diskussionsforum*
Hat der Geschichtsunterricht, hat die Politische Bildung versagt?
(Koordination: *Christa Donnermair*)
- 166
Literatur und Unterrichtsmaterialien zum Thema Rassismus – Rechtsextre-
mismus – Rechtspopulismus
- 167
Hyperlinks
- Im Internet (www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs)**
Literaturvorschläge zum Thema Rassismus – Rechtsextremismus – Rechtspo-
pulismus

Einleitung

Markus Cerman

Christoph Butterwegge führt den aktuellen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf ihre ideologischen Grundlagen des Rassismus zurück und identifiziert den Nationalismus als eines ihrer wichtigsten politischen Elemente. Er beschreibt die Veränderungen in der politischen Kultur und die Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen, die Stärkung sozialer Ungleichheit und nationalistische Politik als Folgen. Die Gefahr, die

Das vorliegende Heft entstand aufgrund der aktuellen politischen Situation in Österreich – die Bildung einer Regierung zwischen der FPÖ und der ÖVP und den dadurch ausgelösten internationalen Reaktionen über die Politik der FPÖ –, und geht auf Fragen im Zusammenhang mit rechtsextremen (im Sinne der Definition des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes) und rechtspopulistischen politischen Strömungen in Österreich und in Europa ein. Die hier versammelten Beiträge beschreiben die politischen Charakteristiken des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und erläutern im Einzelnen die Überschneidungen in der Ausrichtung. Die organisatorischen und personellen Verflechtungen können in jedem Handbuch des Rechtsextremismus (z. B. für Österreich und Deutschland) nachgelesen werden. Im gesamteuropäischen Vergleich werden diese Zusammenhänge des Aufstiegs des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erläutert.

von diesen politischen Strömungen für die Demokratie ausgeht, wird noch immer unterschätzt. Eindeutig stellt Ch. Butterwegge in seinem Papier fest: „Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus sind eine Bedrohung für die demokratische Kultur, nicht nur, weil sie in Gegenwart und Geschichte das direkte Gegenteil dessen verkörpern, was eine humane Gesellschaft ausmacht, sondern auch, weil sie deren Entwicklung negativ beeinflussen.“

Frank Decker erläutert die Veränderungen in den politischen Landschaften Europas in den achtziger und neunziger Jahren und diskutiert Theorien zur Erklärung des Aufstiegs von rechtsextremistischen und

rechtspopulistischen Parteien. Er untersucht insbesondere den Aufstieg populistischer Parteien und Bewegungen als Ausdruck einer „gesellschaftlichen Modernisierungskrise“ und geht ausführlich auf die soziale Basis und die Wählerschaft dieser Parteien ein. Es ist dies ein grundsätzlicher Beitrag zu den gesellschaftlichen Ursachen und Rahmenbedingungen im europäischen Überblick.

Reinhold Gärtner leitet mit einer Definition von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ein und präsentiert eine Untersuchung dieser „Phänomene“ am Beispiel der FPÖ. Neben einer Analyse ihrer sozialen Basis anhand der Ergebnisse der Nationalratswahl von 1999 stellt er auch Vergleiche zu anderen „Rechtsparteien“ in Europa an. Anhand einer Serie von Beispielen problematisiert er die „toleriertere Variante“ rechtsextremen Denkens und weist darauf hin, wie solche Fälle in der österreichischen Öffentlichkeit verharmlost und durch die herrschende politische Kultur einer wirklichen Auseinandersetzung entzogen werden. An anderer Stelle formulierte der Wiener Zeithistoriker Gerhard Botz zu genau diesem Problem, mit Bezug auf „die notorischen NS-verharmlosenden ‚Ausrutscher‘ Jörg Haider und manche seiner Parteiführer“: „Diese propagandistische Strategie der Tabubrüche, der Attacken auf die *political correctness*, des Verletzens etablierter Geschichtsbilder und Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zielt auch auf den demokratisch-liberalen Konsens vieler europäischer Staaten.“ Abschließend wendet sich Gärtner dem „harten Kern“ des Rechtsextremismus zu und präsentiert einen statistischen Überblick über die Unzahl strafrechtlich relevanter rechtsextremer Delikte in Österreich seit 1990. „Der Verweis darauf“, so endet Gärtner, „dass die manifeste rechtsextreme Gewalt in Österreich im Vergleich zu Deutschland doch deutlich geringer ist, darf nicht zum trügerischen Schluss verleiten, dass in Österreich das Phänomen Rechtsextremismus nicht existiere.“

Neben den von Gärtner präsentierten konkreten Fällen sind die Folgen für den politischen Diskurs und die reale Politik in Österreich und Europa unübersehbar. Tatsächlich wird schon mit Pauschalverurteilungen, frei erfundenen Anschuldigungen gegen Einzelpersonen oder gesellschaftliche Gruppen, ausländer- und minderheitenfeindlichen Slogans Politik gemacht. Sind Äußerungen wie das von Gärtner als „Beispiel

4“ problematisierte Zitat des SS-Leitspruchs durch einen niederösterreichischen Landespolitiker oder Wahlkampf-Slogans wie „Kinder statt Inder“ (CDU, Deutschland 2000) bzw. „Stopp der Überfremdung“ (FPÖ, Wien 1999) in unserer Gesellschaft tatsächlich zu tolerieren? Gewöhnen wir uns an die allwöchentlichen Meldungen von mißhandelten und erschlagenen Ausländern in den neuen deutschen Bundesländern? Für wieviel Aufregung sorgt das regelmäßige Auffinden von erstickten oder ertrunkenen „illegalen Einwanderern“ an den „Außengrenzen“ der EU noch? Die niederländische NGO „United for Intercultural Action“ wies anlässlich des Weltflüchtlingstages am 16. Juni 2000 im Rahmen einer Presseaussendung darauf hin, daß seit 1993 mehr als 2.000 Menschen an den EU-Außengrenzen umkamen!

Es ist ein Anliegen des vorliegenden Hefts, Informationen über Ursachen und Konsequenzen rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen in Österreich und in Europa zu bieten. Die Veränderungen in der politischen Rhetorik und im politischen Diskurs stellen nur einen Bereich der allgemeinen problematischen Konsequenzen des Aufstiegs des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Österreich und in Europa dar. Die Langzeitwirkung der gesellschaftlichen Tolerierung solcher Aussagen

darf nicht heruntergespielt werden!

In einer Mail-Signature las ich im vergangenen Sommer den folgenden Satz:

„Der Nationalsozialismus hat sich vorsichtig, in kleinen Dosen durchgesetzt – man hat immer ein bißchen gewartet, bis das Gewissen der Welt die nächste Dosis vertrug.“

In der Signature wurde dieser Satz Stefan Zweig zugeschrieben. Leider war es mir nicht möglich, eine genauere Quellenangabe zu eruieren, aber dies tut der Bedeutung des Zitats keinen Abbruch. Die Feststellung läßt sich auf den Prozess der Gewöhnung der europäischen Öffentlichkeit an den gegenwärtigen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus übertragen. Es ist ganz offensichtlich, daß uns der politische Diskurs in Europa, aber insbesondere in diesem Land, nun jeden Tag eine neue, stets konzentrierter werdende Dosis verabreicht!

LITERATUR

G. BOTZ, Kaputtsparen und Drohgebärden, in: Die Universität. Zeitung der Universität Wien, Nr. 1 (2000). 1-2.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien, Neudruck der 3. Aufl., 1996.

Einstieg vom Lehrplan aus:

Geschichte und Sozialkunde

8. Klasse

3. Gesellschaftliche und politische Probleme unserer Zeit

Lernziele:

– *Verstehen wichtiger politischer Anliegen in der heutigen Demokratie*

Lerninhalte:

Gefahren des Weiterlebens faschistischer Tendenzen

Überwindung von Diskriminierungen

Gefährdung der Demokratie durch extremistische Gruppen

Formen der politischen Mitwirkung und Mitverantwortung

Wahlpflichtfach Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung und Rechtskunde

Teilbereich Politische Bildung

Sachbereich: Aktuelle politische Ereignisse

Sachbereich: Probleme der Innenpolitik in Österreich

Themenvorschläge: Gefahren einer opportunistischen und demagogischen Politik

Sachbereich: Vorurteile und Feindbilder

Themenvorschläge: Die Entstehung und Entwicklung von Pauschalurteilen

Sachbereich: Politik und Medien

Themenvorschläge: Gefahren unterschwelliger Werbung und Propaganda

Rassismus und (Standort-)Nationalismus als Ausgrenzungsmechanismen Kernideologien des Rechtsextremismus im so genann- ten Zeitalter der Globalisierung

Rechtsextremismus ist ein hochkomplexes und sozial heterogenes Phänomen,

das Gesinnungen und Gewalttaten, neonazistische Organisationen und „jungkonservative“ Orientierungen, jugendliche Schlägerbanden und „Skinheads in Nadelstreifen“, „Stiefelfaschisten“ und Stammtischbrüder umfasst. Fragt man, was Straftäter und Sympathisant/innen miteinander verbindet, stößt man auf die „Kernideologien“ des Rechtsextremismus: Rassismus und Nationalismus, aber auch – kaum weniger wichtig – Sozialdarwinismus, Militarismus und Sexismus. Als rechtsextremistisch sind rassistische, nationalistische, sozialdarwinistische, militaristische und sexistische Denk- oder Verhaltensweisen zu bezeichnen, wenn sie zu einem geschlossenen Weltbild bzw. zu einem Aktionsmuster verschmelzen, das politisch motivierte Gewalttätigkeit, -bereitschaft oder -akzeptanz impliziert.

Politik, Wissenschaft und Publizistik im Kampf um den richtigen Begriff: „Ausländerfeindlichkeit“, „Fremdenfurcht“ oder „Rassismus“?

Unklarheit und Unsicherheit der Fachwissenschaft hinsichtlich des Rechtsextremismus offenbaren sich in einer Begriffsvielfalt, die nur als ein terminologisches Chaos bezeichnet werden kann. Dies gilt nicht bloß für Ausdrücke wie „Rechtsextremismus“, „-radikalismus“ und „-populismus“, die das Forschungsfeld umreißen, sondern auch für verwandte Termini. Im deutschsprachigen Raum spricht

man meist von „Ausländerfeindlichkeit“, um Ressentiments gegenüber Bürger/innen anderer Nationalität zu charakterisieren. Kritiker/innen meiden das Wort, weil sein erster Teil irreführend und sein zweiter Teil verharmlosend ist. „Ausländerfeindlichkeit“ betrifft weder *alle* Ausländer noch Ausländer/innen *allein*: Schweizer Bankiers, Skandinavier/innen und weiße US-Amerikaner/innen leiden nicht darunter; Afrodeutschen, z.B. den sog. Besatzungskindern, wiederum nützt es im Konfliktfall wenig, einen Bundespersonalausweis zu besitzen. Zudem wird das Phänomen zum Problem einzelner Personen im Umgang mit Nichtdeutschen umgedeutet, obwohl es gesellschaftlich bedingt und politisch erzeugt ist.

„Fremdenfeindlichkeit“ ist noch unschärfer und missverständlicher. Sofort stellt sich die Frage, wie und wodurch jemand zum Fremden (gemacht) wird und warum Menschen abgelehnt, benachteiligt oder erniedrigt werden, die man kennt oder gut zu kennen glaubt, gerade weil sie vielleicht schon seit Generationen in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen (z.B. Türken in der Bundesrepublik Deutschland oder Serben, Kroaten und Moslems im ehemaligen Jugoslawien). In dem damit eng verwandten Begriff „Xenophobie“ wird ein Kausalzusammenhang zwischen Furcht und Fremdenfeindlichkeit hergestellt, womit sich zuweilen die Behauptung verbindet, gemeint sei etwas Natürliches und

biologisch Vorgegebenes, also nicht sozial Gelerntes und Veränderbares. Bedenklich stimmt auch, dass selbst von erklärten Gegnern der Übergriffe lange nicht mehr so viel von den/dem „Fremden“ gesprochen worden ist, wodurch man Ethnisierungs- und Ausgrenzungsprozesse unterstützt, denen bestimmte Gruppen unterliegen.

Präziser ist ein Terminus, der zwar international üblich, hierzulande aber trotz seiner allmählichen Enttabuisierung zum Teil immer noch verpönt ist: „Rassismus“ findet nur langsam Eingang in den offiziellen Sprachgebrauch. Es handelt sich um ein zwischenstaatliches wie innergesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis (institutioneller bzw. struktureller Rassismus), aber auch um eine Weltanschauung, die Rangunterschiede zwischen größeren Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (intellektueller Rassismus) sowie das Denken und Handeln eines Großteils der Bevölkerung stark beeinflusst (individueller bzw. Alltagsrassismus). Vorurteile, Klischees und Stereotype gelten zwar als Inbegriff des Rassismus, bilden aber mitnichten seinen „harten



Wahlplakat der FPÖ,
Nationalratswahlen 1999,
Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Kern“. Vielmehr sind die rassistischen Denk- und Handlungsweisen weniger eine Sache der persönlichen Einstellung als staatlicher Politik und gesellschaftlicher Mechanismen. Die strukturelle Benachteiligung ethnischer Minderheiten spiegelt sich etwa in einer Ausländergesetzgebung wider, die „Anderer“ offiziell zu Menschen „zweiter Klasse“ stempelt.

Rivalität erzeugt Brutalität: Rassismus als Resultat und ideologische Ausdrucksform der Konkurrenz

Nach dem hier vorgeschlagenen Erklärungsansatz stützt sich der Rechtsextremismus auf zwei Kernideologien, den Nationalismus und den Rassismus. Hauptdeterminanten ihrer Entstehung und Entwicklung stellen die Konkurrenzökonomie und die politische Kultur dar. War der Rassismus ein Kind der europäischen Moderne, dessen Pate die Kolonisation bildete, so wurde der unmittelbar auf die Staatsmacht orientierte (Deutsch-)Nationalismus erst in Folge des Industrialisierungsprozesses und bürgerlicher Machtentfaltung zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur.

Rassismus ist ein (Haltung und Handeln von Millionen Menschen bestimmendes) Denken, das nach körperlichen bzw. nach kulturellen Merkmalen gebildeten Großgruppen unterschiedliche Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Charaktereigenschaften zuschreibt, wodurch die Ungleichverteilung von Rechten und materiellen Ressourcen erklärt, also die Existenz eigener Privilegien bzw. der Anspruch darauf legitimiert, die Gültigkeit universeller Menschenrechte hingegen negiert wird. Rassismus beginnt dort, wo phänotypische Merkmale oder kulturelle Spezifika einer Großgruppe von Menschen so mit deren „inneren Werten“ in Verbindung gebracht werden, dass man den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit der Entwicklung ihrer eigenen

Persönlichkeit abspricht.

Die Vorgeschichte des Rassismus reicht bis zur Herausbildung der indischen Kastengesellschaft um das Jahr 1500 v. Chr. zurück. Im antiken Griechenland waren die (als Sklaven gehaltenen) Barbaren nicht etwa „rassisch“ Minderwertige, sondern zivilisatorisch Zurückgebliebene. Die Geburtsstunde des modernen Rassismus/Antisemitismus schlug vor einem halben Jahrtausend: 1492 wurden Juden wie Muslime nach der Reconquista (Rückeroberung Andalusiens durch die Christen) aus Spanien vertrieben; mit der Entdeckung bzw. Eroberung Amerikas durch Christoph Kolumbus und seine Auftraggeber einige Monate später war nicht nur die Durchsetzung einer neuen, heute nach wie vor gültigen Weltordnung, sondern auch die Notwendigkeit verbunden, koloniale Ausbeutung, Versklavung und Ausrottung fremder Völker zu rechtfertigen. Was lag näher, als Indios und Afrikaner, die sich durch ihre Hautfarbe von den weißen Kolonialherren unterschieden, für „minderwertig“ gegenüber diesen Herrenmenschen zu erklären?

Die moderne Rassenlehre kann man als Reaktion auf die Französische Revolution von 1789 begreifen: Joseph Arthur Comte de Gobineau interpretierte den Niedergang seines adeligen Standes gegen Mitte des 19. Jahrhunderts als Form der Degeneration und prophezeite, die „Vermischung des Blutes“ unterschiedlicher Rassen werde zum Aussterben der Menschheit führen. Houston Stewart Chamberlain und sein Schwiegervater Richard Wagner schufen später, vom Sozialdarwinismus ihrer Zeit geprägt, mit dem Germanenkult und dem Ariermythos wichtige Anknüpfungspunkte für den Nationalsozialismus.

Nach dem Holocaust war der Rassismus/Antisemitismus für längere Zeit weltweit geächtet. Durch die Rückkehr zu einer seiner frü-



*Wahlplakat der ÖVP,
Nationalratswahlen 1970,
Wiener Stadt- und Landesbibliothek*

heren Erscheinungsformen konnte er sich wieder etablieren: Der „differentialistische“, *Neo-* bzw. *Kultur*rassismus unterscheidet sich zwar insofern vom traditionellen, biologistisch begründeten *Kolonial*rassismus, als zumindest vordergründig keine Hierarchie der „Menschenrassen“ entsteht. Die angeblich kulturell bedingte Fremdheit zwischen verschiedenen Ethnien ersetzt die Höher- bzw. Minderwertigkeit der offenbar nicht mehr für zeitgemäß gehaltenen Rassen. „Ethnopluralismus“ bezeichnet das neurechte Postulat, die verschiedenen Volksgruppen (im Sinne einer weltweit geltenden Apartheid) unter dem Vorwand voneinander zu trennen, man wolle auf diese Weise nur ihre Eigenarten, Traditionen und Kulturgüter erhalten. Bewohner der Entwicklungsländer werden ihrer Bildung bzw. Kultur nach als der abendländischen Hochindustrie nicht gewachsen bezeichnet. Scheinbar ergreift man sogar Partei für die ethnischen Minoritäten, wenn deren Integration mit dem vorgeschobenen Argument abgelehnt wird, dass diese ihrer Liquidation als Volk/Volksgruppe gleichkomme.

In den (west)europäischen Staaten, die 1992 den Maastrichter Vertrag schlossen, bildet sich eine Abwehrhaltung gegenüber Migranten aus Elendsregionen heraus, die als „Wohlstandschauvinismus“ bezeichnet wird und mit dem Hurratriotismus früherer Jahrhunderte nur wenig gemein hat. Fast überall griff eine Wagenburgmentalität um sich, welche die Durchsetzung restriktiverer Ausländer- bzw. Asylgesetze ermöglichte. Dass sich die Erscheinungsformen des Rassismus verändert haben, beruht im Wesentlichen auf seinem Funktionswandel: Legitimiert wird heutzutage nicht mehr eine Politik der Expansion von Großmächten, sondern die Abwehr ihrer Folgen (personifiziert durch Arbeitsmigranten, Armuts- bzw. Ökoflüchtlinge aus der sog. Dritten Welt) mittels restriktiver Asylgesetze, technisch perfektionierter

Grenzkontrollen und Abschottung der „Wohlstandsfestung“ Westeuropa.

Nationalismus als Schlüsselement der politischen Kultur und wichtigster Bezugspunkt für den Rechtsextremismus/Rassismus

Rassismus lässt sich zwar in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückführen, aber nicht darauf reduzieren, denn Brutalität gegenüber (ethnischen) Minderheiten erzeugt die ökonomische Rivalität nur, wenn ein geistiger Nährboden dafür existiert. Folglich bildet die Konkurrenz eine notwendige, jedoch keineswegs hinreichende Bedingung für die Existenz rassistischer Gewalt. Hier liegt auch der Grund dafür, dass Rassismus in Wirtschaftskrisen besonders gedeiht, ohne sich immer durchzusetzen, wenn der Gesellschaft ein konjunktureller Abschwung oder historischer Niedergang droht. Vielmehr bedarf es politisch-kultureller Traditionen, die dafür sorgen, dass keine anderen – zum Beispiel demokratisch-sozialistische Deutungsmuster – dominant werden, damit eine Umbruchsituation mittels rassistischer Kategorien erklärt bzw. kollektiv „verarbeitet“ wird. Verteilungskämpfe werden zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen „Fremde“ und interkulturellen Konflikten hochstilisiert, sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes überwiegen.

Handelt es sich beim Rassismus um ein Ausschließungsverhältnis zwischen Individuen bzw. Gruppen von Menschen, so begründet der Nationalismus einen Wettbewerb zwischen Staaten bzw. politischen Kollektiven. Während der Rassismus soziale Gegebenheiten „naturalisiert“, indem er verschiedene „Menschenrassen“ konstruiert, konstituiert der Nationalismus unterschiedliche Nationen, wodurch die Herausbildung ethnisch homogener Territorialstaaten legitimiert wird.

Die hegemonialen Traditionen der politischen Kultur in Deutschland,

ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, eine Fixierung auf Staat (Estatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), Konformismus und Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum rechtlichen Formalismus sowie die preußische Ordnungsliebe und eine Schwäche für militärische Disziplin, gipfeln in einem Nationalismus, der von der Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage 1945 besonders aggressiv war, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, unter Rückgriff auf Waffengewalt versuchte, einen „Platz an der Sonne“ – will sagen: Weltmachtstatus – zu erlangen. Fragt man, woher jener militante Charakter des *Deutsch*nationalismus rührt, der sich in kriegerischer Aggression entlud, stößt man auf eine historische Schlüsselerfahrung: Die populäre (und übertriebene) Vorstellung von einer Zerstörung des Landes durch marodierende Banden im Dreißigjährigen Krieg, seine politische Zersplitterung, die im Westfälischen Frieden von 1648 sanktioniert wurde, sowie den daraus erwachsenden Wunsch nach Einheit und Schutz durch einen „starken Staat“.

Das sog. Dritte Reich fußte weniger auf Sympathien der Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus als auf ihrer Identifikation mit dem Nationalismus. Das NS-Regime hat den Nationalismus nicht pervertiert, also für seine Kriegsverbrechen und Völkermord missbraucht, vielmehr auf die Spitze getrieben. Obwohl bedingungslose Kapitulation und Okkupation durch die alliierten Siegermächte nicht nur bedeuteten, dass der Nationalsozialismus gescheitert, sondern auch, dass der Nationalismus seiner Legitimationsbasis beraubt war, blieb er – genauso wie der Antisemitismus – im „kollektiven Gedächtnis“ der Deutschen und Österreicher haften, welche die NS-Vergangenheit weder

kritisch aufgearbeitet noch wirklich bewältigt haben.

Gegenwärtig hat der Nationalismus fast überall in Europa wieder Hochkonjunktur, obwohl er weder die Konfliktfelder der Gegenwart befriedet noch Antwort auf die zentralen Zukunftsfragen gibt.

Resonanz, Brisanz und Militanz des Nationalismus in Deutschland sind nicht etwa Produkte einer durch die Schuld an zwei Weltkriegen und am Holocaust ausgelösten Krise der „nationalen Identität“ oder eines „negativen Nationalgefühls“, wie häufig unterstellt wird, sondern viel eher Folgen des Widerspruchs zwischen den feierlichen Bekenntnissen der Bundesregierung zur Nation und der (vermeintlichen) Untätigkeit beim Einlösen des Versprechens nationaler Größe.

Von der Asyldiskussion 1991/92 führte ein gerader Weg zur Standortdebatte, die das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte. Das verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüberzustehen und die wirtschaftsimperiale Überlegenheit des eigenen Volkes durch Erfindungsgeist, größeren Fleiß und Opferbereitschaft beweisen zu müssen, nenne ich „Standortnationalismus“. Mit der Diskussion über „Globalisierung“ und die angebliche Gefährdung des „Industriestandortes Deutschland“ bemühten sich Unternehmer (verbände), marktradikale Politiker und liberalkonservative Publizisten, den „Kampf aller gegen alle“ populär zu machen: Wirtschaftlicher Wettbewerb wurde zum „Krieg“ hochgeredet. Wenn statt einer konsequenten Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und -armut die Sicherung des Standortes im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht, ist Konkurrenzfähigkeit der strategische Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne Konsequenzen für das soziale Klima bleibt.

Thematisiert der Neorassismus die kulturelle Differenz, so verabsolutiert der Standortnationalismus

die Konkurrenzfähigkeit und postuliert einen parteienübergreifenden Konsens im Wirtschafts- und Sozialbereich, der Konflikte mit (gewerkschaftlichen) Verbandsinteressen bzw. Gruppenegoismen nicht ausschließt. In einer Krisen- und Umbruchsituation wie der gegenwärtigen ertönt nicht nur der Ruf rechtsextremer Randalierer nach einem „starken Mann“. Auch prominenten Repräsentanten der Wirtschaft dauern die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einer föderalen Demokratie zu lange.

Durch die Verbindung von (Kultur-)Rassismus und (Standort-)Nationalismus entsteht ein hochexplosives Gemisch, das fast zwangsläufig Übergriffe auf Zuwanderer nach sich zieht. Dadurch eröffnen sich dem organisierten Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte. Was bereits in der Ablehnung „deutschstämmiger“ Aussiedler durch Anhänger und ganze Gliederungen der REPublikaner zum Ausdruck kam, bestätigt sich: Nicht mehr der mythisch-völkische, sondern ein modernisierter, neoliberal und marktradikal orientierter Nationalismus beherrscht mittlerweile die ultrarechte Szene. Aufgrund seiner Adaption neoliberaler Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine Programmatik, die nicht nur dem gesellschaftlichen „Mainstream“ entspricht, sondern auch mit den Interessen einflussreicher Gruppen bzw. den Strategiekonzepten von politischen, Wirtschafts- und Verwaltungseliten übereinstimmt. Obwohl ihr weiterhin das Image der „Hinterwälder“ anhaftet, versucht die extreme Rechte, sich an die Spitze des Entwicklungsprozesses zu setzen, was ihr umso leichter fällt, als sie die unsozialen Konsequenzen von Marktradikalität und Wettbewerbswahn – im Unterschied zur etablierten Politik – nicht scheut.

Rückwirkungen des Rechtsextremismus auf die politische Kultur: Ethnisierung der Gesellschaft

– „Kulturalisierung“ der Politik – Entpolitisierung sozialer Konflikte

Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus sind eine Bedrohung für die demokratische Kultur, nicht nur, weil sie in Gegenwart und Geschichte das direkte Gegenteil dessen verkörpern, was eine humane Gesellschaft ausmacht, sondern auch, weil sie deren Entwicklung negativ beeinflussen. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre gewann die Ethnizität spürbar an Bedeutung, nicht nur in den Ländern der sog. Dritten Welt und den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten, sondern auch in westeuropäischen Gesellschaften. Der zu Hochzeiten des Kalten Krieges verbreiteten Angst vor einer „Unterwanderung“ durch Kommunisten folgte die Angst vor (einer „Überfremdung“ durch) „Asylanten“ und Arbeitsmigranten.

Jeder Ethnisierungsprozess hat zwei Seiten: Zunächst erfolgt eine Stigmatisierung „der Anderen“; mit der Konstituierung/Konturierung einer nationalen bzw. „Volksgemeinschaft“ sind aber politische und ökonomische Ziele verbunden, die weiter reichen. Auf diese Weise gehen der Neorassismus und der Standortnationalismus eine Symbiose ein. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird, was zu einer Entpolitisierung der Konflikte beiträgt.

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mehr sein möchte, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für weitere Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Rückt die Konkurrenz in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen, so lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz relativ leicht politisch aufladen. Wenn international

renommierte Wissenschaftler von einem „Kampf der Kulturen“ (Samuel P. Huntington) oder einem „Krieg der Zivilisationen“ (Bassam Tibi) sprechen, wundert es nicht, dass Jugendliche zur Gewalt gegenüber Fremden greifen, die sie als Konkurrenten um Arbeitsplätze, Lehrstellen, Wohnungen und Sexualpartnerinnen empfinden.

Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft werden, umso stärker wächst die Versuchung, ganze Bevölkerungsgruppen von materiellen und geistigen Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ (zum Beispiel als „Sozialschmarotzer“) etikettiert und damit eigene Privilegien zementiert.

LITERATUR

- W.-D. BUKOW, Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele. Opladen 1996.
- Ch. BUTTERWEGGE, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt 1996.
- Ch. BUTTERWEGGE (Hg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Mit einem Vorwort von Ignatz Bubis. Baden-Baden 1997.
- Ch. BUTTERWEGGE/B. GRIESE/C. KRÜGER/L. MEIER/G. NIERMANN, Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien. Opladen 1997.
- Ch. BUTTERWEGGE/R. HICKEL/R. PTAK, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin 1998.
- Ch. BUTTERWEGGE/G. HENTGES (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. Opladen 2000.
- CH. BUTTERWEGGE/G. LOHMANN (Hg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen 2000.
- Th. GEISEN, Antirassistisches Geschichtsbuch. Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Frankfurt a. M. 1996.
- I. GEISS, Geschichte des Rassismus, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1989.
- W. GESSENHARTER/H. FRÖCHLING (Hg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen 1998.
- E. J. HOBBSAWM, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a. M./New York 1991.
- D. MENDLEWITSCH, Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert. Rheda-Wiedenbrück 1988.
- H. SCHUI/R. PTAK/ST. BLANKENBURG/G. BACHMANN/D. KOTZUR, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München 1997.
- K. SONTHEIMER, Deutschlands Politische Kultur, 2. Aufl. München/Zürich 1991.
- G. WIEGEL, Nationalismus und Rassismus. Zum Zusammenhang zweier Ausschließungspraktiken. Köln 1995.

AU ISSN 0045-1681

Beiträge zur Fachdidaktik. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Ständige MitarbeiterInnen: Vera Cerha, Sonja Dillinger-Deutsch, Christa Donnermair, Irene Ecker, Klaus Edel, Eduard Fuchs, Wendelin Hujber, Franz Lux, John Morrissey, Brigitte Schmidt-Ghafouri, Eva Steiner-Béres

AU ISSN 004-1618

Beiträge zur historischen Sozialkunde – Zeitschrift für Lehrerfortbildung. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS), c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung der Bank Austria

Ständige MitarbeiterInnen Wien: Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Ernst Bruckmüller, Markus Cerman, Franz Eder, Alois Ecker, Hubert Ch. Ehalt, Peter Eigner, Eduard Fuchs, Herbert Knittler, Andrea Komlosy, Michael Mitterauer, Alois Mosser, Walter Sauer, Andrea Schnöller, Hannes Stekl

Ständiger Mitarbeiter Graz: Eduard Staudinger; Ständige Mitarbeiter Linz: Michael John, Roman Sandgruber; Ständige MitarbeiterInnen Salzburg: Josef Ehmer, Sabine Fuchs, Peter Gutschner, Sylvia Hahn, Albert Lichtblau, Norbert Ortmayr; Ständiger Mitarbeiter Luxemburg: Jean-Paul Lehnert

Preise Jahresabonnement: ATS 260.– (Studenten ATS 210.–), Ausland DM 44.–, inkl. Versandkosten. Einzelheft ATS 70.– (Ausland DM 10.–) zuzügl. Porto.

Bankverbindungen: Bank-Austria Kto. Nr. 601 718 703, Bankleitzahl 20151 Wien;

Deutschland: Hypo Bank München, Bankleitzahl 70020001; Kto. 6060714949

Herausgeber (Bestelladresse): Verein für Geschichte und Sozialkunde, c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Dr. Karl Lueger Ring 1, A-1010 Wien

Tel.: +43-1-4277/41305 (41301) Fax: +43-1-4277/9413

E-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at, homepage: <http://www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs>

Parteien der Modernisierungsverlierer? Das soziale Umfeld des neuen Rechtspopulismus

Der Parteiensystemwandel in den westlichen Demokratien ist durch eine

auffällige Symmetrie gekennzeichnet. Was in den siebziger Jahren als Abspaltungstendenz auf der Linken eingesetzt und zur Entstehung zuerst der neuen sozialen Bewegungen und dann der grünen (ökologischen) Parteien geführt hat, vollzieht sich in den achtziger Jahren in ähnlicher Weise auf der Rechten; auch hier kommt es zur Herausbildung einer neuen „Parteienfamilie“, die sich neben den traditionellen Vertretern in den Parteiensystemen etablieren kann. Vergleicht man beide „Familien“ miteinander, so erweisen sich die Rechtsparteien inzwischen als die mit Abstand erfolgreicher. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind diese Parteien heute in allen westlichen Ländern verbreitet. Viele von ihnen liegen mit den Wahlergebnissen im zweistelligen Bereich, womit sie die Werte ihrer linken Gegenspieler locker überbieten. Schon ein flüchtiger Blick auf die europäische Landkarte ergibt ein beeindruckendes Bild:

- So trug in *Italien* der Erfolg der regionalistischen Lega Nord mit dazu bei, dass das Parteiensystem des Nachkriegsstaates 1994 kollabierte. Im Verein mit dem Medienunternehmer Silvio Berlusconi und dessen Forza Italia schaffte die Lega für kurze Zeit sogar den Sprung in die Regierung. Forza Italia selbst war 1994 zur stärksten Kraft in der italienischen Politik avanciert.
- In *Frankreich* begann 1984 der Aufstieg des Front National. In den neunziger Jahren konnte sich die von Jean-Marie Le Pen geführte Partei bei Stimmenan-

teilen um die 15 Prozent einpendeln. In vier französischen Großstädten stellte sie zwischenzeitlich den Bürgermeister.

- In *Österreich* gelang es der FPÖ unter der Ägide ihres 1986 gekürten Obmanns Jörg Haider, den Status einer „Mittelpartei“ zu erreichen. Ihre nationalen Stimmenanteile bewegen sich heute oberhalb der 25-Prozent-Marke und liegen damit gleichauf mit denen der „großen“ Volksparteien SPÖ und ÖVP.
- In *Dänemark* und *Norwegen* haben die Anfang der siebziger Jahre entstandenen Fortschrittsparteien ihre Position im Parteiensystem bis zuletzt verteidigen können. In *Schweden* hingegen kam eine ähnliche Gruppierung, die Neue Demokratie, erst 1991 zum Erfolg, um bald darauf von der Bildfläche wieder zu verschwinden.
- In *Deutschland* ist es den Republikanern mehrfach gelungen, bei Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Auf der Bundesebene war die Partei bislang allerdings ebenso chancenlos wie die rechtsextremistischen Vertreter DVU und NPD oder andere Neugründungen, die eine gemäßigtere Version des Populismus bevorzugen (Statt-Partei, Bund Freier Bürger).
- In *Belgien* haben sich seit Mitte der achtziger Jahre zwei neu entstandene rechtspopulistische Parteien behaupten können: der Vlaams Blok (in Flandern) und – mit geringerem Erfolg – der Front National (in Wallonien und Brüssel).

- In der *Schweiz* konnte die 1985 gegründete Autopartei (später Freiheitspartei) bei landesweiten Wahlen Stimmenanteile um die fünf Prozent verbuchen. Eine andere Gruppierung, die Tessiner Liga, erzielte 1991 im gleichnamigen Kanton aus dem Stand 23,6 Prozent der Stimmen.

Geradezu bescheiden muten die europäischen Werte an, wenn man ihnen die Erfolgsbilanzen der populistischen Parteien in Nordamerika gegenüber stellt:

- In den *USA* hat die Neue Rechte ihre Bastionen innerhalb der Republikanischen Partei über zwanzig Jahre hinweg soweit ausbauen können, dass sie deren personelle und programmatische Ausrichtung heute maßgeblich mitbestimmt. Als anderer Vertreter des Populismus, der texanische Milliardär Ross Perot, erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 1992 das beste Ergebnis eines unabhängigen (dritten) Kandidaten seit Theodore Roosevelt.
- In *Kanada* kam die 1987 gegründete Reform Party bei den Parlamentswahlen 1993 und 1997 auf jeweils knapp 20 Prozent der Stimmen. Unterstützt durch die Wirkungen des Mehrheitswahlrechts gelang es ihr damit, die Konservativen vom zweiten Platz im Parteiensystem zu verdrängen.

Symptomatisch ist, dass es sich bei den Rechtsparteien sämtlich um Neuerscheinungen handelt, die erst in den siebziger und achtziger Jahren auf den Plan getreten sind. (Einzige Ausnahme ist die – bereits 1956 gegründete – österreichische FPÖ, die ihr Gesicht in den achtziger Jahren freilich so verändert hat, dass auch sie de facto eine Neugründung darstellt.) Das Schlüsselmerkmal dieser Parteien und zugleich ihre wichtigste Erfolgsquelle ist der Populismus, dessen Eigenschaften unter drei Aspekten zusammengefasst werden können:

- 1) *Gesellschaftliche Entstehungshintergründe*. Populistische Parteien und Bewegungen sind ein

Populistische Wahlerfolge und Erosion der Regierungsmacht der Mainstream-Parteien

Der Zusammenhang von populistischen Wahlerfolgen und Regierungsmacht oder -teilhabe der bürgerlichen Rechten lässt sich mit Ausnahme Schwedens und Frankreichs in allen Ländern feststellen, in denen neue Parteien am rechten Rand entstanden sind:

- Dem Durchbruch der Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen 1973 ging eine drei- bzw. siebenjährige Regierungsperiode der bürgerlichen Parteien voraus, die diese u.a. zum weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates genutzt hatten. Als die Erfolgskurve der Fortschrittsparteien ausgangs der achtziger Jahre erneut nach oben wies, befanden sich ebenfalls – ganz oder überwiegend – bürgerliche Parteien am Ruder (in Norwegen mit einer zweijährigen Unterbrechung von 1981 bis 1990, in Dänemark sogar ununterbrochen von 1982 bis 1993).
- In Deutschland fallen die wenigen Wahlerfolge von Republikanern und Statt-Partei allesamt in die Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl (1982 bis 1998).
- In Kanada setzte der Höhenflug der Reform Party unter der konservativen Regierung Brian Mulroneys ein, die von 1984 bis 1993 amtierte. Zusammen mit dem Bloc Québécois gelang es Reform dabei, die Konservativen von ihrem angestammten Platz im Parteiensystem zu verdrängen.
- In Belgien und Österreich begann der Aufstieg der populistischen Rechten (Vlaams Blok und FPÖ) unmittelbar nach Regierungsantritt der Großen Koalitionen (1988 bzw. 1987).
- Der schwedische Fall verweist auf die Sondersituation eines Landes, das – von einer sechsjährigen Unterbrechung abgesehen – über die gesamte Nachkriegszeit hinweg von der Sozialdemokratie dominiert wurde. Der Überraschungserfolg der Ny Demokrati rekrutierte sich überwiegend aus dem Bereich der Nichtwähler; erst dann folgen mit gehörigem Abstand die bürgerlichen und die linken Parteien. Das Wahlergebnis (6,7 Prozent) wirkte sich daher nicht zu Lasten der bürgerlichen Parteien aus, die ihren Gesamtstimmenanteil im Vergleich zur vorangegangenen Wahl ebenfalls steigern konnten (von 44,7 auf 46,6 Prozent).
- In Frankreich profitierte der Front National von der Ernüchterung, die nach der wirtschaftspolitischen Wende der linken Regierung 1983 in weiten Bereichen der Wählerschaft eingetreten war. Da die bürgerliche Rechte einen noch rigoroseren Sparkurs befürwortete, konnte sie bei den anschließenden Wahlen nur einen Teil dieser Wähler zurückgewinnen. Der andere Teil zog den Front National vor, der es auf diese Weise schaffte, sich als Partei der Unzufriedenen zu profilieren. Unter den quasi-großkoalitionären Bedingungen der Kohabitation beschleunigte sich der Abwanderungsprozess; dem FN gelangen nun massive Einbrüche in die Stammwählerschaft der Linksparteien, deren gemeinsamer Stimmenanteil 1993 nur noch halb so hoch lag wie 1981 (26,8 gegenüber 53,7 Prozent). Die Partei Jean-Marie Le Pens schlüpfte damit immer mehr in die Rolle des „Volkstribuns“, die lange Zeit von den Kommunisten ausgeübt worden war.

nach Frank Decker, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen 2000.

Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen; sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen Orientierungsprobleme erleiden und von Zukunftsangst geplagt werden (Modernisierungsverlierer-These).

- 2) *Ideologie*. Charakteristisch für die politischen Inhalte des Populismus ist die prekäre Synthese von Personalismus und Gemeinschaftsdenken (will heißen: das gleichzeitige Vorhandensein liberaler und egalitärer Ideologeme) und seine ambivalente Haltung zum gesellschaftlichen Fortschritt. Historisch und auch gegenwärtig besteht dabei ein starker Hang nach rechts, der auf eine gegebene ideologische Affinität hindeutet. Ursächlich dafür ist ein „gespaltenes“ Gleichheitsverständnis: Die egalitären Anwendungen des Populismus richten sich grundsätzlich nach innen, in Richtung

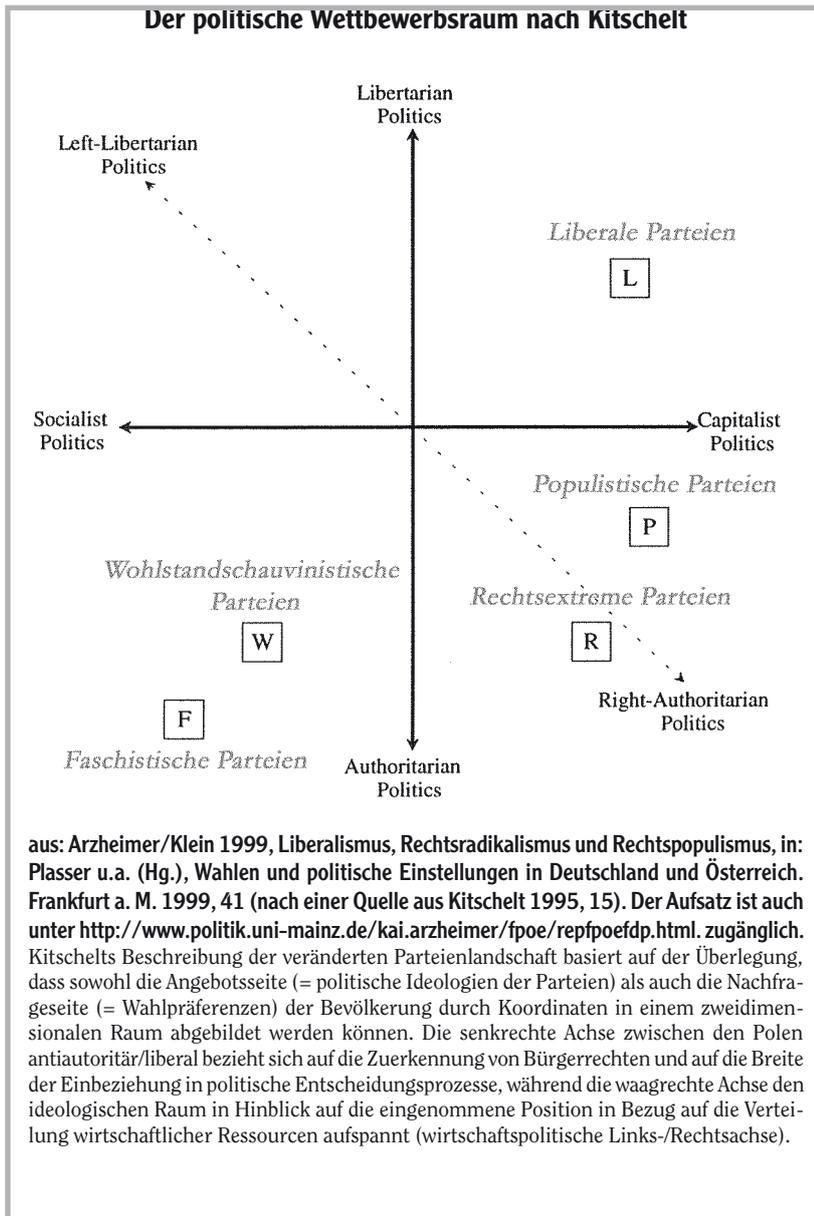
der eigenen Gesellschaft, während das für die Linke typische Universalisierungsprinzip, das die Verallgemeinerungsfähigkeit von Grundwerten und -rechten betont, verworfen wird. Populistische Identitätsfindung vollzieht sich daher in erster Linie negatorisch, als Ab- und Ausgrenzung, was eine natürliche Radikalisierungstendenz in sich birgt.

- 3) *Auftreten und Organisation*. Bezogen auf die Form heißt „populistisch“ eine bestimmte Art der Anrufung der Gesellschaft, bezeichnet es die Methode, wie sich Politiker, Bewegungen und Parteien zum umworbenen Volk in Beziehung setzen. Unter diesem Aspekt von Interesse sind zum einen die Mobilisierungstechnik und rhetorischen Überzeugungsmuster des Populismus, zum anderen seine organisatorische Umsetzung. Mit Blick auf die formale Struktur treten als Hauptmerkmale

populistischer Parteien hervor: ihr Bewegungskarakter und die herausgehobene Position eines „Führers“. Beides unterscheidet sie vom herkömmlichen Typus der demokratischen Mitgliederpartei. Unter dem diskursiven Aspekt sind die agitatorischen Stilmittel des Populismus anzusprechen. Dazu gehören (in aufsteigender Reihenfolge der Radikalität): Rückgriff auf common sense-Argumente, Vorliebe für dezisionistische Lösungen, Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite, Verschwörungstheorien und Denken in Feindbildern, Provokation und Tabubruch, Verwendung von biologischen und Gewaltmetaphern, Emotionalisierung und Angstmasche.

Theoretische Erklärungsversuche

Welche Ursachen liegen dem Erfolg der neuen Rechtsparteien zugrun-



de? Bei der Analyse des Parteiensystemwandels lassen sich in der politikwissenschaftlichen Literatur zwei grundsätzliche Erklärungsrichtungen unterscheiden. Die eine Richtung, die in der Tradition der sog. Cleavage-Theorie steht, legt ihr Augenmerk auf das gesellschaftliche Umfeld, in dem sich die Parteien bewegen; die andere Richtung rückt das strategische Verhalten der Parteien in den Vordergrund. Dass beide Sichtweisen einander ergänzen, ist evident, schließt aber unterschiedliche Akzentsetzungen nicht aus. Die meisten neueren Vergleichsuntersuchungen zum Rechtspopulismus bemühen sich darum, struktur- und handlungstheoretische Ansätze der

Parteiensystemanalyse zu verbinden. Dabei widmen sie der Angebotsseite breiteren Raum, als das frühere Arbeiten getan haben.

Das neue Interesse an den Akteuren entspricht einem generellen Trend der Forschung, der vor dem Hintergrund des veränderten Wählerverhaltens gesehen werden muss. Weil immer weniger Wähler eine dauerhafte Parteibindung entwickeln, steigt die Bedeutung des personellen und Programmangebots der Parteien für die Wahlentscheidung. Die Cleavage-Theorie kann zwar erklären, aus welchen Gründen Parteien mit einem Rückgang ihrer Stammwählerschaft rechnen müssen; sie gibt jedoch keine Auskunft

darüber, warum einige Parteien den Rückgang besser verkraften als andere. Solche Unterschiede können zwischen verschiedenen Parteienfamilien innerhalb eines Landes (z.B. zwischen christ- und sozialdemokratischen Parteien) oder innerhalb einer Parteienfamilie zwischen verschiedenen Ländern auftreten. Für Letzteres liefern die neuen rechtspopulistischen Parteien ein gutes Beispiel. Obwohl der postindustrielle Wandel die westlichen Gesellschaften in vergleichbarer Weise erfasst hat, sorgen unterschiedliche (institutionelle und situative) Bedingungen in den einzelnen Ländern dafür, dass deren Erfolgsbilanzen zum Teil erheblich auseinander klaffen. Die Analyse dieser Bedingungen kann zeigen, dass es sich beim Aufkommen oder Verschwinden solcher Parteien nicht um ein „Naturereignis“ handelt, sondern um einen ergebnisoffenen, durch konkretes Handeln beeinflussbaren Prozess.

Was zunächst die *Nachfrageseite* (des Wählerverhaltens) betrifft, bietet die Wahlforschung zur Erklärung zwei theoretische Modelle an. Während die *soziologischen* Theorien davon ausgehen, dass die Wahlentscheidung durch Klassen- und Milieuzugehörigkeit, Gruppenmitgliedschaften, affektive Parteibindung und Verankerung des Wählers in wenigen gesellschaftlichen Grundkonflikten langfristig vorbestimmt sei, sehen die *ökonomischen* Theorien im Wahlakt eine rationale Handlung, die sich an kurzfristigen, auf das personelle und Sachangebot der Parteien bezogenen Nutzenüberlegungen ausrichtet. Die Modelle werden von ihren Anhängern gelegentlich so aufgefasst, als ob sie einander ausschließen. In Wahrheit unterliegt die Wahlentscheidung immer beiden Einflüssen. Die Unterteilung in Stamm- und Wechselwähler, die über Veränderungen im Stimmverhalten Auskunft geben kann, stellt z.B. darauf ab, dass bei einem Teil des Elektors die langfristigen (= sozialstrukturellen), bei

einem anderen Teil die kurzfristigen (= politisch-konjunkturellen) Erklärungsfaktoren überwiegen. Auch die individuelle Wahlentscheidung wird niemals durch einen Faktor allein determiniert. So wie die Stammwähler der politischen Pflege bedürfen, damit sie „ihrer“ Partei die Treue halten, so hängen umgekehrt die Einstellungen der Wechselwähler zu Kandidaten und Sachfragen zugleich von sozialstrukturellen Eigenschaften ab. Die Attraktivität der Cleavage-Theorie innerhalb der Parteienforschung rührt daher, dass sich die sozialstrukturellen und issue-Variablen hier in Gestalt der Konfliktlinien auf halber Strecke treffen. Nach einer Seite hin sind die Cleavages ein Ausdruck der sozialen Verhältnisse, können sie an Merkmalen wie Erwerbsposition, Gruppenzugehörigkeit, Lebensstil u.ä. festgemacht werden, nach der anderen Seite hin dienen sie als analytische Klammer, um eine

Vielzahl von politischen Streitfragen zu wenigen Grundkonflikten zusammenzufassen. Die Cleavage-Theoretiker nehmen an, dass für eine solche Zusammenfassung zwei Kategorien genügen. Alle Konflikte, auch diejenigen, die als Systemkonflikt unmittelbar aus den politischen Machtverhältnissen hervorgehen, lassen sich auf ökonomische (Verteilungscleavage) oder kulturelle Gegensätze (Wertecleavage) abschließend zurückverfolgen.

Die Faktoren, die den Erfolg oder Misserfolg der Parteien auf der *Angebotsseite* prägen, lassen sich in drei Gruppen unterteilen. *Institutionelle* Faktoren bilden die erste Gruppe; sie entscheiden über die Offenheit oder Geschlossenheit des politischen Prozesses. Zwischen dem Öffnungsgrad und der Mobilisierungsfähigkeit der populistischen Akteure besteht dabei eine kurvilineare Beziehung: Extreme Geschlossenheit begünstigt das Aufkommen einer populistischen

Partei, indem sie Protest hervorruft, extreme Offenheit, indem sie die generellen Zugangschancen zum politischen System erhöht. Letzteres wird von Politikwissenschaftlern zumeist auf die Folgen des Wahlsystems zurückgeführt, was aber im Falle der neuen Rechtsparteien zu kurz greift. Größeres Gewicht erlangen Faktoren, die sich unmittelbar auf die parteipolitische Mobilisierungsfähigkeit auswirken. Stehen dem Protest andere legale oder illegale Einflusskanäle zur Verfügung, brauchen seine Anliegen nicht unbedingt auf elektoralem Wege durchzudringen. Die Palette reicht dabei bis zu Gewalttaten, die empirischen Untersuchungen zufolge gerade dort am häufigsten vorkommen, wo die neuen Rechtsparteien keinen oder nur geringen Erfolg haben (das Beispiel der Bundesrepublik).

Den zweiten Faktorenkomplex bilden die politischen *Gelegen-*

Wirkungsfaktoren für die Mobilisierungsfähigkeit rechtspopulistischer Parteien

Institutionelle Faktoren (Offenheit oder Geschlossenheit des politischen Prozesses)

Öffnungsgrad und Mobilisierungsfähigkeit der populistischen Akteure

- extreme Geschlossenheit begünstigt das Aufkommen einer populistischen Partei, indem sie Protest hervorruft.
- extreme Offenheit erhöht die generellen Zugangschancen zum politischen System.
- Vorhandensein funktioneller Protestäquivalente kann parteipolitische Mobilisierungsfähigkeit einschränken.

Politische Gelegenheitsstruktur (opportunity structures)

- bezeichnet eine bestimmte Konstellation von Akteuren, Ressourcen und situativen Umständen, die den populistischen Parteien zugute kommen kann (oder nicht); dazu gehören:

a) die Regierungskonstellation

steigende Wahlchancen für rechtspopulistische Parteien bei

- gegenseitiger Annäherung der Parteien des rechten und linken Mainstreams bis hin zu einer förmlichen (großen) Koalition.
- Regierungsbeteiligung des rechten (= konservativen oder christdemokratischen) Teils dieses Mainstreams über längere Zeit.

b) die Strategiefähigkeit der Mainstream-Parteien

- gleichzeitige Bindung der Wähler an den Rändern und in der Mitte des politischen Spektrums.
- Grad der Vernachlässigung der von den Rechtspopulisten aufgegriffenen Themen.

c) das öffentliche Umfeld

- Medienzugang und -wirksamkeit der populistischen Akteure.
- durch historische Traditionen geprägte, positive oder negative Vorbelastungen des politischen Klimas.

Akteursvariablen

die populistischen Akteure

- elektorale Formel, die das von den Mainstream-Parteien vernachlässigte Wählerspektrum möglichst umfassend abdeckt.
- Aufbau und Konsolidierung einer schlagkräftigen Parteiorganisation (Problem der Konfliktaustragung: Mangelt es der Organisation an funktionierenden demokratischen Strukturen, bleibt die Überzeugungskraft des populistischen Akteurs ganz an die Dominanz einer vergänglichen Führerfigur gebunden.)

Reaktionsweise der Konkurrenz

- nur in Ausnahmefällen mit einer bloßen Übernahme von Forderungen der rechtspopulistischen Parteien zu bewerkstelligen.
- Bewältigung des Spagats zwischen notwendiger Anpassung und Abgrenzung (den neuen Herausforderern entgegenkommen, ohne diese politisch salonfähig zu machen).

nach Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen 2000.

heitsstrukturen. Damit wird eine bestimmte Konstellation von Akteuren, Ressourcen und situativen Umständen bezeichnet, die das Aufkommen der neuen Parteien entweder begünstigt oder erschwert. Dass solche Gelegenheiten für die populistischen Herausforderer in den achtziger Jahren entstanden sind, geht einerseits auf die Rechtsverschiebung der politischen Machtverhältnisse in den meisten Ländern, andererseits auf die insgesamt komplizierter gewordenen Regierungsprobleme zurück. Beides hat die Integrationskraft der bürgerlichen Parteien nach rechts(außen) geschmälert. Gleichzeitig sind die populistischen Parteien Nutznießer einer Entwicklung, die durch Veränderungen innerhalb des Mediensystems zu einer plebiszitären Transformation des politischen Prozesses geführt hat. Symptomatisch dafür ist, dass einige ihrer Vertreter in der Wähleransprache deutliche Parallelen zu den amerikanischen Parteien aufweisen, die die Abkehr von dem traditionellen Modell der Mitglieder- oder Programmpartei in der bisher reinsten Form verkörpern (FPÖ, Forza Italia).

Den dritten Faktorenkomplex bildet die *Akteursseite*. Bezeichnet die Gelegenheitsstruktur eine bestimmte Akteurskonstellation, so geht es hier darum, wie diese Konstellation durch konkretes Handeln ausgefüllt wird und zum Tragen kommt. Als Akteure sind dabei zum einen die populistischen Parteien selbst anzusprechen, zum anderen die übrigen Parteien (sofern sie mit diesen im Wettbewerb stehen). Der „Appeal“ der populistischen Parteien hängt im wesentlichen von drei Faktoren ab: einem überzeugenden Führer, einer elektoralen Gewinnerformel und einer schlagkräftigen Organisation. Für den kurzfristigen Durchbruch der Parteien sind primär die beiden ersten Faktoren maßgebend, die direkt an die Gelegenheitsstruktur anknüpfen. Die längerfristige Überlebensfähigkeit dürfte sich dagegen mehr an der internen Entwicklung sowie am Verhalten der anderen

Parteien entscheiden.

Strukturelle und handlungsbezogene Faktoren erlangen unter komparativen Gesichtspunkten nicht dieselbe „Dignität“. Während es sich bei den Erstgenannten um Variablen handelt, die in ihrem Wandel bestimmbar bleiben, besteht das Problem bei den Letzteren darin, dass sie einerseits *zu* kontingent, andererseits *zu wenig* kontingent sind. So beruhen z.B. das Vorhandensein und die Überzeugungskraft einer Führerfigur immer auch auf Zufälligkeiten, die sich der Erklärbarkeit letztlich entziehen. Aussagen wie die, dass eine rechtspopulistische Partei in Deutschland mit einem Le Pen oder Haider an der Spitze reüssieren würde, geben aus komparatistischer Sicht nicht sehr viel her! Die relative Bedeutung der handlungsbezogenen Faktoren lässt sich auch daran ablesen, dass zwischen der Wählerresonanz und dem inneren Zustand der neuen Rechtsparteien nur eine lose Verbindung besteht. Populistische Parteien können elektoral erfolgreich sein, obwohl es in ihrer Organisation chaotisch zugeht oder sie kein überzeugendes Programm vorzuweisen haben. Soweit solche Parteien aus Protestgründen gewählt werden, tritt ihr personelles und politikinhaltliches Angebot als Argument bei der Stimmabgabe zurück. Entscheidend ist dann nicht, *wofür* die Partei, sondern allein *wogegen* sie steht. Negative Folgen an der Wahlurne sind (erst) zu erwarten, wenn die Organisationsmängel für die *Existenz* der Partei bedrohlich werden. Die populistischen Parteien repräsentieren einen Organisationstypus, den man mit Angelo Panebianco als „charismatische“ Partei bezeichnen könnte. Das strukturelle Problem dieses Typus liegt in seiner inhärenten Instabilität. Weil die charismatische Substanz sich im Laufe der Zeit verbraucht, laufen die populistischen Parteien Gefahr, durch innere Macht- und Richtungskämpfe früher oder später zerrieben zu werden. Wie das Auseinanderbrechen

des französischen Front National gezeigt hat, sind selbst elektoral erfolgreiche Vertreter gegen dieses Schicksal nicht gefeit. Insofern dürfte es sich bei der Organisation um die eigentliche „Achillesferse“ des neuen Populismus handeln.

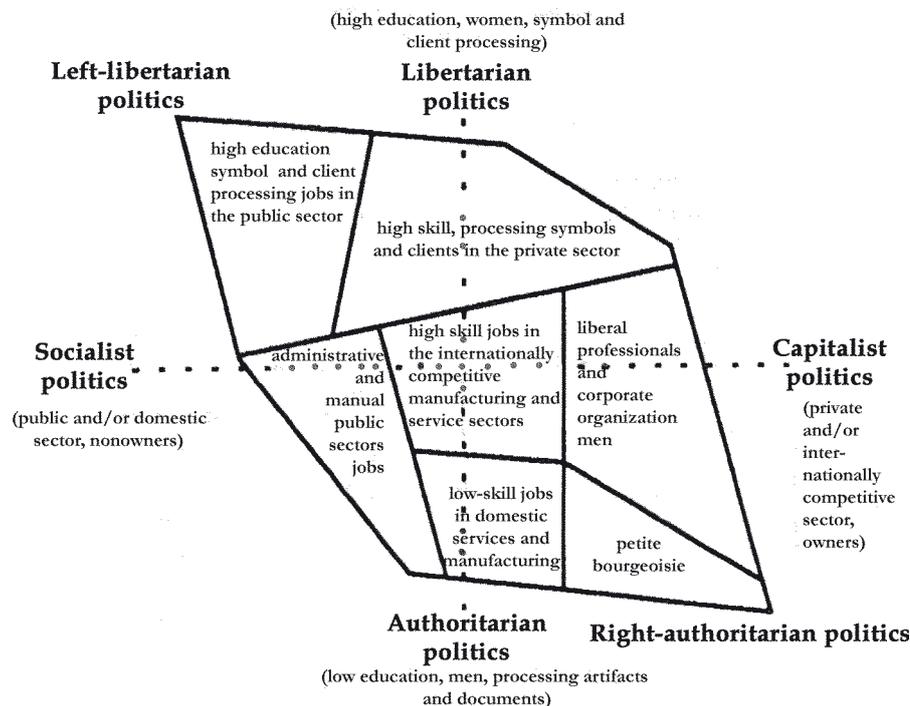
Milieuzerfall und Wandel der sozialen Konfliktstruktur

Die weiteren Ausführungen konzentrieren sich auf die Nachfrageseite des Populismus, setzen also bei den Veränderungen der *sozialen* Konfliktstruktur an, die zu einer langfristigen Neuausrichtung des Wählerverhaltens geführt haben. Dazu gilt es zunächst, die Wesensmerkmale der nachindustriellen Entwicklung genauer zu betrachten. Sozialwissenschaftler sehen in dem Zulauf der neuen Rechtsparteien ein Protestphänomen, das auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückzuführen sei. Anders als der Begriff des „Modernisierungsverlierers“ suggeriert, liegen dem Protest dabei nicht primär materielle Entbehrungen zugrunde. Die rechten Wähler mögen objektiv noch etwas zu verlieren haben, befinden sich aber wirtschaftlich keineswegs am untersten Rand der Gesellschaft. Stattdessen rührt ihre Misere aus *empfundener* Verlustängsten, dem Gefühl, zu den benachteiligten und abwärtsbedrohten Gruppen zu gehören. Im Kern geht es also um ein tiefer liegendes, soziokulturelles Problem, das mit den Folgen der gesellschaftlichen Individualisierung zu tun hat. Der ökonomische Wandel spielt hier natürlich eine zentrale Rolle. Die fortschreitende Flexibilisierung der Produktions- und Arbeitsabläufe beschleunigt die Auflösung jener kollektiven Einheiten – Familie, soziale Klasse, Nation –, auf denen der Zusammenhalt der alten Industriegesellschaft beruhte. Die Modernisierungsverlierer-Formel knüpft an dieser Stelle an; sie besagt, dass ein Teil der Menschen die Bindungsverluste nicht verkraftet, sich von den neuartigen Einflüssen

verängstigt und überfordert fühlt. Weil sie die Möglichkeiten einer stärker individualisierten Lebensführung nicht nutzen können oder wollen, flüchten sich diese Personen in anti-liberale Ressentiments und „Wir-Gefühle“, die von den populistischen Parteien ausgebeutet werden können. Zum Hauptkristallisationspunkt ihrer Angst werden dabei die Fremden.

Welche sozialstrukturellen Eigenschaften weisen die Wähler der neuen Rechtsparteien auf? Die Rede von den Modernisierungsverlierern deutet darauf hin, dass es sich bei den meisten von ihnen um Angehörige niedriger Statusgruppen (mit unterdurchschnittlichem Einkommen und Bildungsgrad) handelt, was aber nur in einem eingeschränkten Sinn richtig ist. Betrachtet man die beiden Vorreiter der Neuen Rechten in Europa – FPÖ und Front National (bis 1999) –, so fallen mit Blick auf die Wählerstruktur zwei Dinge ins Auge. *Erstens* ist ihre Wählerschaft äußerst heterogen zusammengesetzt, verläuft sie – den Volksparteien vergleichbar – quer durch alle sozialen Schichten. Der anfänglich überproportionale Anteil des alten Mittelstandes sowie der mittleren und gehobenen Angestellten ist dabei bis Ende der achtziger Jahre kontinuierlich zurückgegangen, derjenige der Arbeiter im gleichen Zeitraum gestiegen. *Zweitens* handelt es sich bei den zuletzt genannten überwiegend um Facharbeiter, die weder vom Einkommen noch von der

Sozialstruktur und politische Präferenzen



aus: Arzheimer/Klein 1999, Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, in: Plasser u.a. (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt a. M. 1999, 47 (nach einer Quelle aus Kitschelt 1994, 27). Der Aufsatz ist auch unter <http://www.politik.uni-mainz.de/kai.arzheimer/fpoe/repfpoe.pdf> zugänglich.

Zwischen der Position innerhalb der Sozialstruktur und den politischen Präferenzen besteht nach Kitschelt ein systematischer Zusammenhang. Dabei kommt den konkreten Erfahrungen der Menschen auf und mit dem Markt verstärkte Bedeutung zu. Nicht mehr das „Klassenbewusstsein“, sondern die verstärkte Bedeutung des internationalen Wettbewerbs und die daraus resultierende verstärkte Identifikation der Beschäftigten mit „ihrem“ Betrieb beeinflussen ihre politischen Präferenzen.

Ausbildung her zum untersten Rand der Gesellschaft zählen. Die eigentlichen Problemgruppen (Arbeitslose und Unterstützungsempfänger) bleiben in der Bedeutung dahinter zurück.

Die Zusammensetzung der Wählerschaft lässt darauf schließen, dass für die Unterstützung der Rechtsparteien ideologische und Wertorientierungen eine größere Rolle spielen als Schichtzugehörigkeit oder sozialer Status. Ob die gemeinsam geteilten Werte schon ausreichen, von einem eigenen, abgrenzbaren *Milieu* des Rechtspopulismus zu sprechen, ist eine andere Frage. Die Rede vom Milieuzerfall weist darauf hin, dass sich beide Aspekte im Zuge der nachindustriellen Entwicklung *entkoppelt* haben. Erlaubte ihre sozialökonomische Lage früher eini-

germaßen zuverlässige Rückschlüsse auch auf die kulturelle Orientierung einer Person, können dieselben Lebensbedingungen heute mit ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen und Wertvorstellungen einhergehen. Konsumgewohnheiten, Erwerbsformen und das Partnerschaftsverhalten differenzieren sich aus und prägen das Identitätsgefühl stärker als die „objektive“ Schichtzugehörigkeit.

Die Cleavage-Theorie nennt und analysiert die (Haupt)konfliktlinien, entlang derer sich die großen, identitätsstiftenden Milieus in der Vergangenheit formiert haben. Unterstellt wird dabei eine Wechselbeziehung zwischen den Angehörigen der Milieugruppen und den sie vertretenden Parteien. Erstere wählen Parteien, damit sie ihre gruppenspezifischen Werte und

Interessen durchsetzen können; letztere organisieren und pflegen die Konflikte, um ihre jeweiligen Wählerklientelen an sich zu binden.

Für die Herausbildung der Parteiensysteme sind im 20. Jahrhundert insbesondere zwei Konflikte prägend gewesen: der religiös-konfessionelle und der Klassenkonflikt. Die Wurzeln des Klassenkonflikts reichen zurück bis in die Frühzeit der Industrialisierung. In seinem Rahmen positionierten sich die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien als Interessenvertreterinnen der Arbeiterschaft, während die konservativen Parteien als Gegenpol für das Unternehmerlager eintraten. Die Bedeutung der religiös-konfessionellen Konfliktlinie lässt sich den Parteiensystemen zumeist nicht direkt ansehen. Am greifbarsten ist sie in den katholischen oder gemischt-konfessionellen Ländern, wo das bürgerliche Lager in der Regel von christdemokratischen Parteien beherrscht wird (so z.B. in Italien, Deutschland, Österreich und Belgien). Aus den katholischen Konfessionsparteien der Zwischenkriegszeit hervorgegangen, bilden diese einerseits das Gegenstück zu jenen liberalen und laizistischen Kräften, die seit dem 19. Jahrhundert wachsenden Einfluss auf die Staatsmacht erlangt hatten. Zum anderen stellen sie eine Reaktion auf den sich abschwächenden konfessionellen Gegensatz dar, der in der Nachkriegszeit von der allgemein-religiösen Konfliktlinie – die Spaltung in einen kirchennahen und kirchenfernen Bevölkerungsteil – mehr und mehr überlagert worden ist.

Wahlanalysen unterstreichen die bleibende Bedeutung der religiösen Konfliktlinie für das Wählerverhalten. Bei einem Vergleich innerhalb Europas zeigt sich, dass mit Ausnahme Großbritanniens die Religiosität überall einen größeren Einfluss auf die Parteipräferenz ausübt als Einkommens- oder Schichtmerkmale. Ein Indiz dafür ist das Stimmverhalten von Arbeitern mit starker

Kirchenbindung, die sich traditionell eher den christdemokratischen Parteien verbunden fühlen als der Sozialdemokratie. Nachdem religiöse Themen in der Politik der meisten europäischen Länder kaum noch eine nennenswerte Rolle spielen, klingt diese Behauptung auf den ersten Blick erstaunlich. Der Widerspruch löst sich auf, wenn man zwischen dem qualitativen und quantitativen Aspekt der Parteibindung unterscheidet. Daten für die Bundesrepublik belegen, dass die Präferenz des kirchennahen Bevölkerungsteils für das Unionslager zwar schwächer geworden ist, aber immer noch deutlich über derjenigen für die anderen Parteien liegt. Was sich vor allem verändert hat, ist das *zahlenmäßige* Gewicht dieser Wählergruppe. Der Anteil derer, die sich zur Kirche bekennen, ist infolge des allgemeinen Säkularisierungsprozesses innerhalb der Gesamtwählerschaft dramatisch geschrumpft! Ablesen lässt sich dies u.a. an der Quote der regelmäßigen Kirchgänger, die im Zeitraum 1953 bis 1990 bei den Katholiken von 60 auf 26, bei den Protestanten von 19 auf 7 Prozent zurückgegangen ist.

Die christdemokratischen Parteien haben das Wegbrechen ihrer Stammklientel lange Zeit gut verkraftet. Bis in die achtziger Jahre hinein gelang es ihnen, die Verluste durch den Zugewinn neuer Wählergruppen annähernd aufzufangen. Rechnet man die anderen bürgerlichen Parteien hinzu, stand das Mitte-Rechts-Lager Anfang der achtziger Jahre sogar besser da als zehn Jahre zuvor. Die Folge war, dass sich die Machtverhältnisse zu Lasten der sozialdemokratischen Parteien verschoben und diese in mehreren Ländern von der Regierung verdrängt werden konnten (so in Großbritannien, Deutschland, Belgien und Dänemark). Autoren wie Ralf Dahrendorf oder Adam Przeworski nahmen dies seinerzeit zum Anlass, der Sozialdemokratie einen unaufhaltsamen Niedergang vorauszusagen, was aus heutiger Sicht reichlich übertrieben anmutet. Die damalige Debatte hat den Blick für die Erosionsprozesse, die gleichzeitig im bürgerlichen Lager abliefen, in gewisser Weise verstellt. Die These, wonach der sozialstrukturelle Wandel in der postindustriellen Gesellschaft primär den

Parteidentifikation in westlichen Industriegesellschaften (jeweils längste verfügbare Zeitreihe)

Land	Zeitraum	Veränderung in Prozentpunkten (erster/letzter Meßpunkt)
Österreich	1974–1997	- 18
Schweden	1968–1991	- 18
Großbritannien	1970–1992	- 15
Norwegen	1965–1989	- 10
Westdeutschland	1972–1997	- 7
USA	1968–1996	- 6
Niederlande	1971–1989	- 6
Schweiz	1980–1994	- 6
Dänemark	1971–1990	- 2

aus: Gluchowski/Plasser 1999, Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich, in: Plasser u.a. (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt a. M. 1999, 5.

Eine der umfassendsten vergleichenden Längsschnittuntersuchungen politisch-kultureller Wandlungstendenzen im Westeuropa der 70er bis 90er Jahre konstatiert in acht von vierzehn untersuchten Ländern einen Zerfall affektiver Parteibindungen. Besonders eindrücklich verlief dieser Erosionsprozess in Ländern mit längerjähriger sozialdemokratischer Regierungsdominanz (A, S, UK) wobei sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität stabiler Parteibindungen abgenommen haben und insgesamt der Stellenwert der Parteidentifikation in Hinblick auf getroffene Wahlentscheidungen zurückgegangen ist.

Ausgewählte Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien und Kandidaten in Europa, 1988–1999

	Lega Nord	Forza Italia	Front National	FPÖ	Fortschrittspartei (DK) ¹	Fortschrittspartei (N)	Vlaams Blok ²
1988			14,4 ³		9,0		
1989						13,0	6,6
1990				16,6	6,4		
1991							10,3
1992	8,7						
1993			12,6			6,3	
1994	8,4	21,0			6,5		
1995			15,0 ³	22,5			12,3
1996	10,1	20,6		21,9			
1997			15,3			15,3	
1998					7,4		
1999				26,9			15,5

Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Resultate bei nationalen Parlamentswahlen.

¹ seit 1995 Dänische Volkspartei

² nur Flandern

³ Präsidentschaftswahlen, Jean-Marie Le Pen

rechten Parteien zugute komme, entspricht einer Momentaufnahme aus den frühen achtziger Jahren, die durch die längerfristige Wählerentwicklung nicht gedeckt wird. Am wenigsten trifft sie auf die christdemokratischen Parteien zu, deren Stimmenanteile in den letzten Jahrzehnten weitaus stärker gesunken sind als jene der Sozialdemokratie.

Damit wendet sich der Blick zur sozialökonomischen Konfliktlinie. Die Stabilität der Wahlergebnisse deutet darauf hin, dass die sozialdemokratischen Parteien den Wandel der wirtschaftlichen und Sozialstruktur in der Nachkriegszeit relativ erfolgreich begleitet haben. Dieser Wandel, der mit dem Begriff der „Tertiärisierung“ umschrieben werden kann, führte seit den sechziger Jahren zu einer beschleunigten Abschmelzung ihrer Kernklientel – der Industriearbeiterschaft –, während gleichzeitig die Gruppe der Angestellten in den expandierenden Dienstleistungsberufen zunahm. Auch hier gilt es zwischen dem quantitativen und qualitativen Aspekt zu unterscheiden. Die Schrumpfung des industriellen Sektors hatte zur Folge, dass sich die Sozialdemokratie für die Angehörigen der neuen Mittelschichten öffnen musste, die in ihrer „natürlichen“ Parteipräferenz noch nicht festgelegt waren. Im Zuge dieser Entwicklung mutierten die

einstigen Klassenparteien zu Volksparteien: der Anteil der Arbeiter an ihrer Wählerschaft ging zurück, während derjenige der Angestellten und Beamten größer wurde.

Die Verbreiterung der elektoralen Basis setzte natürlich auch eine inhaltliche Neuorientierung voraus: die Sozialdemokratie musste versuchen, den Interessen der einzelnen Gruppen gleichermaßen Rechnung zu tragen. Solange die Wirtschaft florierende und der Wohlfahrtsstaat im Ausbau begriffen war, bereitete der Ausgleich wenig Probleme. Anfang der siebziger Jahre änderte sich diese Situation. Infolge sinkender Verteilungsspielräume wurde es fortan schwieriger, die Interessenunterschiede innerhalb der Wählerschaft ökonomisch zu überbrücken. Hinzu kam, dass wachsende Teile der Mittelschicht – unter dem Einfluss des Wertewandels – jetzt auch grundsätzliche Zweifel am Verteilungsparadigma hegten. Diese Gegensätze unter einen Hut zu bringen, erforderte einen immer weiteren Spagat: Um die Mittelschichtenwähler bei der Stange zu halten, durfte sich die Sozialdemokratie den neuen politischen Zielen nicht länger verweigern. Gerade damit lief sie jedoch Gefahr, ihre traditionelle Stammklientel aus der Industriearbeiterschaft zu verprellen.

War die Abschwächung der Loyalitätsbeziehungen (seitens der In-

dustriearbeiter) einerseits Ausdruck einer veränderten strategischen Ausrichtung der sozialdemokratischen Parteien, so lagen ihr andererseits auch strukturelle Ursachen zugrunde. Nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung des Klassenbewusstseins hatte die betriebliche Wirklichkeit, die sich in den siebziger Jahren vom Leitbild der großseriellen Massenproduktion zu verabschieden begann. Technischer Fortschritt hat dazu geführt, dass der Erfolg eines Unternehmens heute mehr denn je von der Qualität seiner Beschäftigten abhängt, deren Kooperationsbereitschaft damit zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor wird. Die Arbeiter identifizieren sich unter diesen Bedingungen häufig eher mit dem Betrieb als mit der „Klasse“, also den Kollegen aus anderen Betrieben.

Der Wandel der Arbeitswelt hat zur Folge, dass sich die Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft ausdifferenzieren. Einstmals eine homogene Klasse, zerfällt diese in unterschiedliche Gruppen (Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Beschäftigte in geschützten und ungeschützten Sektoren, Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder), deren Interessenlagen immer weniger Übereinstimmungspunkte aufweisen. Wahlanalysen zeigen, dass selbst die

Angriffsflächen der Mainstream-Parteien

Neue populistische Parteien schlagen aus einer für sie günstigen Regierungskonstellation nicht automatisch Kapital, sondern erst, wenn ihnen die Mainstream-Parteien genügend thematische Angriffsflächen lassen; die Neukömmlinge müssen – mit anderen Worten – Probleme aufgreifen (können), die von den etablierten Kräften vernachlässigt oder falsch behandelt werden.

Typologisch lassen sich drei große Themenkomplexe des Populismus unterscheiden, die die Agenda der neuen Rechtsparteien prägen – kulturelle Identität, Wohlfahrtsstaat und politisches System.

- Bei den Vertretern der **kulturellen** Gruppe handelt es sich bezeichnenderweise um jene Parteien, die in ihrer Ausrichtung zugleich am extremsten sind. Dazu zählen der französische Front National und sein belgischer Namensvetter, der Vlaams Blok, die bundesdeutschen Republikaner sowie die Neue Rechte in den USA. Der Extremismus dieser Parteien resultiert aus einer antiliberalen Grundhaltung, die mit den Prinzipien der verfassungsstaatlichen Demokratie kollidiert. Den thematisch weitesten Bogen schlägt dabei die amerikanische Neue Rechte, deren kultureller Populismus – anders als in Europa – stark religiös geprägt ist und sein Hauptbetätigungsfeld heute in den sog. Social issues findet. Bei den europäischen Vertretern steht der Populismus demgegenüber ganz im Zeichen der Ausländerpolitik und des Multikulturalismusthemas; die antiliberaler Gesinnung macht sich hier an nationalen und fremdenfeindlichen Einstellungen fest, die größtenteils aus wohlfahrtschauvinistischen Motiven gespeist werden.
- Kulturelle Erscheinungsformen des Populismus sind also immer auch ein Ausdruck wirtschaftlicher Verteilungskonflikte, was sie von den **ökonomisch** ausgerichteten Vertretern im Prinzip nicht unterscheidet. Bei den Letzteren gewinnen die wirtschaftlichen Fragen freilich Priorität, werden sie zum Thema einer breit angelegten Wohlfahrtsstaatskritik, die sich gegen Überregulierung und zu hohe Steuern wendet. In die ökonomische Populismus-Rubrik fallen u.a. die beiden Fortschrittsparteien, die schwedische Neue Demokratie und die Schweizer Autopartei. Der freiheitliche Tenor ihres Programms hebt diese Parteien von der kulturellen Populismus-Variante ab, weshalb sie in der Literatur gelegentlich als „neoliberal“ oder „libertär“ apostrophiert werden. Dass die liberale Komponente seit Mitte der achtziger Jahre eine deutliche Abschwächung erfahren hat, hängt zum einen mit der neu gewonnenen Aktualität der Ausländerpolitik zusammen – im Zuge dieses Wechsels haben sich die genannten Parteien auf die extremere Spielart des kulturellen Populismus schrittweise zubewegt. Zum anderen liegt dies an der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates selbst, durch dessen erzwungene Reform das Thema den Populisten zunehmend entwunden wurde. Hier offenbart sich eine interessante Parallele zu den USA, wo die Neue Rechte zunächst ebenfalls stark von ökonomischen Themen beherrscht war, ehe sie sich, nachdem diese in den konservativen Mainstream Eingang gefunden hatten, auf die kulturellen Fragen zurückbesann.
- Probleme bereitet die Kategorisierung der Berlusconi-Partei Forza Italia. Eine „virtuelle“ Bewegung ohne erkennbaren historisch-ideologischen Hintergrund, handelt es sich bei ihr um eine überwiegend angebotsseitig bestimmte Erscheinung, die insoweit unter den hier betrachteten Gruppierungen aus dem Rahmen fällt. Die Zuordnung der Partei zum ökonomischen Populismus lässt sich dennoch rechtfertigen; sie gründet einmal auf einer dezidiert wirtschaftsliberalen Prägung des Programms und zum anderen darauf, dass sich Forza Italia – wegen Berlusconi eigener Verstrickung – von ihren anfänglich systemkritischen Intentionen heute weitgehend gelöst hat. Damit unterscheidet sie sich von jenen Parteien, deren Populismus in erster Linie politisch motiviert ist. Hierzu gehören: die Reform Party Ross Perots und ihr kanadisches Pendant, Statt-Partei und Bund Freier Bürger aus der Bundesrepublik, die österreichische FPÖ sowie die beiden Ligen (Lega Nord und Lega dei Ticinesi).

Die Vertreter des institutionellen Populismus lassen sich voneinander abgrenzen, je nachdem, auf welchen Bereich des politischen Systems ihre Reformbemühungen zielen. Während FPÖ und Statt-Partei bestimmte Auswüchse des Parteienstaates bzw. – bei der FPÖ auch – des Korporatismus anprangern, hat Perot es auf die Gesetzgebungsmaschinerie des Kongresses abgesehen; die Kritik richtet sich in diesen Fällen gleichermaßen auf das Zentrum des Regierungsgeschehens. Die kanadische Reform Party und die beiden Ligen verfolgen darüber hinaus regionalistische Ziele, die aber auch hier durch die Kritik am Parteien-Establishment überwölbt werden – insoweit handelt es sich bei ihnen nicht primär oder ausschließlich um Regionalparteien (Südtiroler Volkspartei, Parti Québécois, Flämische Volkspartei, Scottish National Party). Der Bund Freier Bürger wiederum spricht das Problem der territorialen Politik auf einer höheren (nationalstaatlichen) Ebene an. Seine Europaskepsis trifft sich mit derjenigen der österreichischen FPÖ, wird aber ansonsten – auch von den national orientierten Parteien – nicht uneingeschränkt geteilt (das Beispiel des Front National). Andere Parteien beziehen sogar eine ausdrücklich pro-europäische Position, da sie sich vom Supranationalismus Fortschritte für ihre regionalistischen Ziele erhoffen (Lega Nord).

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie sich die Behandlung oder Nicht-Behandlung der politischen Probleme durch die Mainstream-Parteien auf die Erfolgsbilanzen der neuen Populisten ausgewirkt hat. Dazu bietet es sich an, die Fälle innerhalb der einzelnen Gruppen miteinander zu vergleichen.

(1) Mit Blick auf das Wohlfahrtsstaatsissue fällt zunächst der frühe Entdeckungszeitpunkt ins Auge. In den USA stand das Thema seit Mitte der siebziger Jahre auf der Tagesordnung der Neuen Rechten – neben außenpolitischen Fragen – ganz oben und wurde erst später durch die Social issues verdrängt; in Europa bemächtigten sich die Fortschrittsparteien seiner sogar schon 1973, lange bevor es in den anderen Staaten eine nennenswerte Rolle spielte. Die Vorreiterrolle der skandinavischen Länder beim „Steuerprotest“ wird verständlich, wenn man bedenkt, dass der Wohlfahrtsstaat dort in den sechziger Jahren viel schneller expandiert war als im übrigen Europa. Darüber hinaus verweist sie auf eine Akzentverlagerung innerhalb der Wohlfahrtsstaatskritik. So wie sie bei den Fortschrittsparteien angelegt war, erfolgte diese Kritik vor allem unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten, und richtete sie sich gegen die ökonomische Benachteiligung ganz bestimmter Bevölkerungsgruppen. Erst in den achtziger Jahren wurden die sozialen Sicherungssysteme zu einem allgemeinen Thema der Wirtschaftspolitik. Die Kritik stand nun im Zeichen der angebotsorientierten Wende und konzentrierte sich auf die (angebliche) Belastung, die der Wohlfahrtsstaat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht darstellte. Damit erlangte das Thema einen so hohen Stellenwert, dass sich der bürgerliche Mainstream ihm nicht länger verweigern konnte oder wollte.

Auch in Dänemark und Norwegen ist es dem bürgerlichen Lager gelungen, den Fortschrittsparteien das Wohlfahrtsstaats Thema streitig zu machen. Eine Analyse der Wahlplattformen der Konservativen Parteien zeigt, dass sich diese in ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung seit 1973 schrittweise nach rechts bewegt haben, um der aufstrebenden Konkurrenz zu begegnen. In beiden Ländern kam es dadurch zu einer Wiederannäherung an die Situation in Schweden, wo das Wohlfahrtsstaats Thema die gesamten siebziger und achtziger Jahre

über in den Händen der bürgerlichen Parteien gut aufgehoben war. Die programmatische Angleichung führte allerdings nicht dazu, dass dem Rechtspopulismus die Luft ausging. Da ihre Wohlfahrtsstaatskritik von Anfang an in ein weitergefasstes populistisches Konzept eingebettet war, konnten die Fortschrittsparteien später auf andere Themen umsatteln (z.B. die Einwanderungsfrage), bei denen sie sich von den bürgerlichen Vertretern deutlich unterschieden. Dieses Rezept wurde 1991 von der schwedischen Neuen Demokratie erfolgreich kopiert.

Die Neuorientierung der Fortschrittsparteien weist einige Parallelen zur Entwicklung der amerikanischen Neuen Rechten auf, in deren Programmatik die ökonomischen Fragen ebenfalls zurückgestuft worden sind. Dass der Wechsel zu den wertbezogenen Themen hier noch wesentlich drastischer ausfiel, erklärt sich aus der Vehemenz, mit der die neoliberalen Forderungen in den achtziger Jahren in die Tat umgesetzt wurden. Während die Korrekturen am Wohlfahrtsstaat in den skandinavischen Ländern (wie auch im übrigen Europa) marginal waren und dieser in seiner Substanz unangetastet blieb, wurde in den USA die wirtschaftspolitische Agenda der New Right vom Mainstream der Republikanischen Partei (unter Ronald Reagan) vollständig übernommen, so dass sie innerhalb des konservativen Lagers keine zusätzliche Mobilisierungswirkung mehr entfalten konnte.

(2) Ungleich schwierigere Anforderungen an die Strategiefähigkeit der politischen Akteure stellen die kulturellen Themen. Die ideologischen Differenzen zwischen den rechtspopulistischen und Mainstream-Parteien sind hier so groß, dass sie von den letztgenannten nicht ohne weiteres überbrückt werden können. Die Gründe dafür liegen zum einen in der „Sperrigkeit“ der kulturellen Konflikte, die sich aufgrund ihrer Wertgeladenheit für substanzielle Zugeständnisse wenig eignen. Werden solche Zugeständnisse an die Populisten gemacht, verbirgt sich dahinter oftmals nur eine taktische Absicht! Zum anderen gewinnen die wertbezogenen Themen für beide Seiten nicht dieselbe Bedeutung: Bei den kulturellen Rechtspopulismus-Vertretern rangieren sie in der Prioritätenliste klar vor den ökonomischen Themen, bei den Vertretern des bürgerlichen Mainstreams bleiben sie diesen gleich- oder untergeordnet. Die daraus erwachsenden (grundsätzlichen) Meinungsunterschiede lassen sich u.a. an der Haltung zur Einwanderung ablesen, die von den Rechtspopulisten rundweg abgelehnt, von den bürgerlichen Parteien dagegen in Teilaspekten durchaus gutgeheißen wird.

Das wichtigste Thema des kulturellen Populismus, ist die Einwanderungsfrage für die neuen Rechtsparteien allerdings kein „Selbstgänger“. Die allgemeine Bedeutung des Themas schließt ja nicht aus, dass die Parteien daraus in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Nutzen ziehen, der sich auch in ihrer elektoralen Erfolgsbilanz ausdrückt. Symptomatisch dafür ist z.B. die Situation in der Bundesrepublik. Dass die Republikaner hier – anders als Front National oder Vlaams Blok – über gelegentliche Landtagswahlerfolge nicht hinausgekommen sind, hat auch mit der bleibenden Fähigkeit des bürgerlichen (Unions)lagers zu tun, die Ausländerfrage als eigenes Thema zu reklamieren. Indem CDU und CSU während ihrer 16-jährigen Regierungszeit an einem restriktiven Grundverständnis der Integration festhielten, vergrößerten sie zwar das eigentliche Problem (das in Deutschland nicht minder akut war als in den meisten anderen europäischen Ländern). Gerade dadurch gelang es ihnen aber, das Aufkommen einer ausländerpolitischen Grundsatzdebatte zu verhindern, die den fremdenfeindlichen Kräften womöglich Auftrieb verschafft hätte.

Vieles spricht dafür, dass die von der neuen (rot-grünen) Regierung betriebene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts eine stärkere Politisierung der Ausländerfrage nach sich ziehen wird. Ob daraus für die rechtspopulistischen Vertreter neue Gelegenheiten entstehen, hängt auch vom Verhalten der Unionsparteien ab. Allgemein steht zu erwarten, dass sich deren Integrationsfähigkeit nach rechts in der Oppositionsrolle verbessern dürfte. Unter den speziellen Vorzeichen der deutschen Ausländerpolitik muss das jedoch nicht so sein. Solange sie an der Regierung war, hatte die Union die Möglichkeit, das Ausländerproblem durch „Nichtstun“ zu verschleppen. In der Opposition ist sie dagegen genötigt, ihre restriktiven Positionen in verbaler Konkurrenz zu den Rechtsparteien offen zu vertreten, was zu einer ungewollten Aufwertung der letzteren beitragen könnte. Das Beispiel der bürgerlichen Parteien in Frankreich lehrt, dass eine Anpassungsstrategie wenig geeignet ist, den radikalen Kräften die Unterstützung zu entziehen: Steigen deren Themen im Kurs, geraten die Mainstream-Parteien fast zwangsläufig in die Defensive.

(3) Die größten Unterschiede in den Erfolgsbilanzen treten, wenn man von den Wahlergebnissen ausgeht, innerhalb der dritten Gruppe auf. Bildete man eine Rangfolge unter den hierzu gehörenden Parteien, würden FPÖ und Reform Party an der Spitze, Statt-Partei und Bund Freier Bürger am Ende stehen. All diese Parteien können zu den politischen (oder institutionellen) Vertretern des Populismus gerechnet werden. Um die Diskrepanz zu verstehen, gilt es zu zeigen, worin die Besonderheit dieser Spielart (im Vergleich zu den ökonomischen und kulturellen Populismen) besteht: Die ökonomischen und kulturellen Konflikte mögen unterschiedliche Mobilisierungswirkungen erzeugen, sind aber in den westlichen Gesellschaften in vergleichbarer Weise präsent. Die Systemkonflikte, aus denen der politische Populismus hervorgeht, nehmen demgegenüber in den einzelnen Ländern ganz verschiedene Formen an; in einigen Fällen sind sie so heftig, dass sie für den Fortbestand des Systems bedrohlich werden (können), in anderen Fällen erlangen sie allenfalls marginale Bedeutung, die keinen oder nur schwachen Protest heraufbeschwört.

Veritable politische Systemkrisen verzeichnen zwei der hier untersuchten Länder: Italien und Kanada. Ursächlich dafür ist das Zusammentreffen von territorialen Separatismusbestrebungen mit einer Delegitimierung des Parteienstaates. Beide Erscheinungen sind in der Wirkungsweise nicht identisch: Beim Regionenkonflikt handelt es sich um einen systembezogenen Interessenkonflikt, der infolge kultureller und ökonomischer Aufladung stark polarisierend wirkt, wohingegen der Parteienstaat „jediglich“ Ressentiments erzeugt und dem Ansehen der politischen Klasse schadet. Erst das Vorhandensein ungelöster Probleme (wofür der Regionenkonflikt ein extremes Beispiel ist) schafft das Klima, in dem die Selbstprivilegierung der Parteien elektoralen Protest generiert und eine populistische Gegenbewegung auf den Plan ruft. Die gewaltige Mobilisierungsleistung von Lega Nord und Reform Party muss vor diesem Hintergrund gesehen werden. Rechnet man Forza Italia und Bloc Québécois als weitere Profiteure der Krise hinzu, haben die „systemkritischen“ Parteien in Italien und Kanada zuletzt rund ein Drittel der Wählerschaft hinter sich bringen können! Ein ähnliches Muster weisen – wenn auch in kleinerem Maßstab – die Wahlerfolge der Tessiner Liga auf.

Anders gelagert sind die Fälle der FPÖ und des Amerikaners Perot. Beide haben große Wählermassen mobilisiert, ohne dass es dazu einer ausgemachten Systemkrise bedurft hätte. In Österreich ist es der Großen Koalition sogar gelungen, wesentliche Elemente des Parteienstaates aus eigener Kraft zu reformieren, was ihr bei den Wählern allerdings wenig Pluspunkte eingebracht hat. Indem sie die Delegitimierung des Systems weiter beschleunigten, waren die Reformen im Gegenteil Wasser auf die Mühlen der FPÖ, die sich dadurch in ihrer grundsätzlichen Kritik am Parteienstaat bestätigt fühlen konnte. Bis zur Nationalratswahl 1999 befanden sich die in der Zwangsehe

der Großen Koalition gefangenen Regierungsparteien der FPÖ gegenüber in der unkomfortablen Situation eines „Getriebenen“. Der Nutzen dieser strategischen Konstellation hätte aus Sicht der Haider-Partei kaum größer sein können. Nur so lässt sich letztlich erklären, dass bis dahin weder die (durchaus vorzeigbaren) Leistungen der Regierungspolitik noch die Skandale in den eigenen Reihen imstande waren, die Glaubwürdigkeit der FPÖ ernstlich zu erschüttern und ihre Wähler in die Arme der „Altparteien“ zurückzutreiben.

Auch Perot profitierte 1992 von dem Umstand, dass viele US-Bürger/innen für ihre Regierungsinstitutionen eine ausgesprochene Geringschätzung empfinden. Anders als in den meisten europäischen Ländern handelt es sich dabei jedoch um eine notorische Haltung, die Zeitpunkt und Ausmaß des Perotschen Wahlerfolges nicht erklären kann. Dennoch belegt ein Vergleich mit der Kampagne von 1996 den Einfluss der „politischen“ Mobilisierungssissues. Nachdem es den Republikanern schon 1994 gelungen war, Perot seine wichtigsten Themen zu entwinden, boten die anschließenden Reformfolge der Regierung (Administration und Kongress) dessen Systemkritik immer weniger Angriffsflächen. Symptomatisch dafür war die rasche Rückführung des Haushaltsdefizits, die 1992 zu den zentralen Forderungen des Texaners gehört hatte.

Gemessen an den acht Prozent, die Perot in seinem zweiten Anlauf erzielte, handelt es sich bei den deutschen Vertretern des politischen Populismus – Statt-Partei und Bund Freier Bürger – um elektorale „Versager“. Ihr Scheitern deutet auf die vergleichsweise geringe Mobilisierungswirkung des Parteienstaatsthemas in der Bundesrepublik hin, das in intellektuellen Kreisen regelmäßige Kontroversen auslöst, bei der breiten Bevölkerung aber zumeist nur in Verbindung mit anderen ungelösten Problemen virulent wird. Die Ursachen dafür liegen zunächst im Gegenstand selbst. Zwar zählt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den hochentwickelten Parteienstaaten; von einem faktischen Herrschaftsmonopol der Parteien – so wie in Italien und Österreich – kann bei ihr jedoch keine Rede sein. Zum einen wird der Parteeinfluss durch mächtige institutionelle Gegengewichte wie Föderalismus, Ministerialbürokratie, Verfassungsgerichtsbarkeit, Medien u.ä. begrenzt. Zum anderen sind die Konkurrenzbeziehungen der Parteien untereinander trotz dieser Gegengewichte dergestalt, dass die Chance eines Regierungswechsels gegeben bleibt. Die dualistische Struktur des bundesdeutschen Parteienwettbewerbs kommt der Strategiefähigkeit der Mainstream-Parteien (gegenüber den populistischen Herausforderern) insofern zugute, als sie das „normale“ Sanktionswählerverhalten begünstigt. Darüber hinaus ist es den Parteien gelungen, dem Populismus durch gezielte institutionelle Reformen (etwa die Einführung plebiszitärer Elemente) Wind aus den Segeln zu nehmen.

nach Frank Decker, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen 2000.

Kernbelegschaften der großen Industrieunternehmen heute nicht mehr als sicheres Rekrutierungsreservoir der sozialdemokratischen Parteien betrachtet werden können. Anders als die religiöse Konfliktlinie hat das Klassencleavage also auch in qualitativer Hinsicht an Bedeutung eingebüßt und sich in mehrere disparate „Nachfolgercleavages“ verflüchtigt.

Fast alle rechtspopulistischen Parteien weisen einen an der Bevölkerung gemessen überproportionalen Arbeiteranteil unter ihren Wählern auf. Zwei Vertretern, dem französischen Front National und der FPÖ, ist es sogar gelungen, die Linksparteien in dieser Beziehung zu überflügeln; bei anderen (wie den skandinavischen Fortschrittsparteien) reicht der Arbeiteranteil an denjenigen der sozialdemokratischen Parteien nahezu heran. Wahlgeografischen Analysen zufolge liegen die Schwerpunktregionen der „neuen Arbeiterparteien“ dort, wo auch die Linke ihre stärksten Bastio-

nen hat: in den bevölkerungsreichen industriellen Agglomerationen. In den Nachkriegsjahrzehnten noch Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, haben viele dieser Regionen heute mit Strukturproblemen zu kämpfen, die sich in steigender bzw. überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit niederschlagen. Kleine und mittlere Betriebe leiden unter dem Konkurrenzdruck, dem sie sich seitens der industriellen Großunternehmen ausgesetzt sehen. Die Großunternehmen wiederum bleiben zwar unter dem Strich erfolgreich, benötigen aber für ihre steigenden Gewinne ein immer geringeres Arbeitskräftepotenzial.

Über das sozialstrukturelle Profil der nach rechts abgewanderten Arbeiter liegen leider nur wenige Untersuchungen vor. Daten aus den skandinavischen Ländern und Österreich deuten darauf hin, dass die meisten von ihnen als Facharbeiter in privaten Unternehmen tätig sind, was sich mit den wahlgeografischen Befunden decken würde. Bezogen

auf die Gesamtwählerschaft weisen Fortschrittsparteien und FPÖ in ihren Ländern den niedrigsten Wähleranteil unter den öffentlich Bediensteten und den höchsten Anteil unter den Beschäftigten der Privatwirtschaft auf. Gemessen an ihrer wirtschaftsliberalen Grundeinstellung liegt darin zunächst nichts Überraschendes. Auffällig ist allerdings, dass sich die Polarisierung zwischen „geschützten“ und „ungeschützten“ Sektoren erst in den letzten Jahren zugespitzt hat, zum selben Zeitpunkt, als auch der Arbeiteranteil unter den Fortschritts- und FPÖ-Wählern angestiegen ist. Ein Ausdruck unterschiedlicher Lebens- und Berufsrisiken, scheint das sektorale Cleavage also gerade von denen gespeist zu werden, die in vergleichsweise unsicheren Beschäftigungsverhältnissen leben und deren Realeinkommen in der Vergangenheit hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben sind. Ein Vergleich der

Regierungskonstellation und Mobilisierungschancen für populistische Parteien

- Große Koalitionen eröffnen den populistischen Parteien optimale Mobilisierungschancen, weil sie den normalen Sanktionsmechanismus des Parteienwettbewerbs außer Kraft setzen. Wähler, die mit der Regierung unzufrieden sind, müssen in einer solchen Situation auf die kleineren Oppositionsparteien ausweichen, um ihr Misstrauen zu bekunden.
- Die Populisten befinden sich dabei den anderen Parteien gegenüber insofern im Vorteil, als sie die Regierung auch aus „systemischen“ Gründen schelten können: die Große Koalition erleichtert es ihnen, den Unmut auf die gesamte politische Elite und das von ihr errichtete „Parteienkartell“ auszudehnen.
- Da die Oppositionsrolle die Radikalisierung (und Popularisierung) von Forderungen eher gestattet als der Status einer Regierungspartei, gibt sie den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, ihre Anhängerschaft soweit nach rechts zu integrieren, dass die populistische Konkurrenz klein gehalten werden kann. Deren Chancen steigen also erst, wenn die bürgerlichen Parteien an die Regierung gelangen.

nach Frank Decker, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen 2000.

Expansionsraten des öffentlichen und privaten Sektors in Westeuropa zeigt, dass es sich dabei keineswegs um eine Schimäre handelt: der öffentliche Dienst schneidet danach sowohl beim quantitativen Zuwachs (Verdoppelung des Beschäftigtenanteils in den letzten dreißig Jahren) als auch bei der Einkommensentwicklung deutlich besser ab. Da die Staatsdiener darüber hinaus eine (faktische) Arbeitsplatzgarantie besitzen, brauchen sie die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen nicht unmittelbar zu fürchten. Dass ihre Kollegen aus der Privatwirtschaft darin ein ungerechtfertigtes Privileg sehen, lässt sich durchaus nachfühlen.

Zusammengefasst ergibt die Cleavage-Analyse ein vielschichtiges Bild. Die Wählerschaft der neuen populistischen Parteien weist zwar gewisse sozialstrukturelle Schlagseiten auf (beim alten Mittelstand und der Arbeiterschaft). Im ganzen überwiegt jedoch der Eindruck einer *schichtübergreifenden* (interklassistischen) Erscheinung, die in erster Linie durch gemeinsame Wertorientierungen zusammengehalten wird. Die neuen Rechtsparteien sind ein Indiz dafür, dass sich die Konfliktstruktur der heutigen Gesellschaft in Richtung der Wertecleavages verschoben hat. Die damit einhergehende Abschwächung der traditionellen sozialökonomischen Konfliktlinie zeugt nicht unbedingt von einem „objektiven“ Rückgang der Verteilungsprobleme: Wie die

wachsenden Einkommensunterschiede zeigen, nehmen diese in der nachindustriellen Gesellschaft sogar zu, doch geht von ihnen innerhalb der Verteilungssphäre keine zusätzliche Polarisierung mehr aus. Die Gründe für die Zurückdrängung der sozialökonomischen Konfliktlinie liegen folglich woanders. Sie weisen erstens auf eine zunehmende Ausdifferenzierung der Verteilungskonflikte, die sich auf das Gesamtcleavage *mäßigend* auswirkt, und zweitens darauf, dass diese Konflikte zum Teil in die wertpolitische Sphäre abgewandert sind.

Auch die kulturellen (= wertbezogenen) Konflikte sind in der nachindustriellen Gesellschaft zahlreicher geworden, nur dass die Pluralisierung hier zu einer *Verschärfung* der Gegensätze führt. Dies hat zunächst einen einfachen Grund: Wertfragen sind im Unterschied zu Verteilungsfragen kaum kompromissfähig, vertragen sich also schlecht mit dem auf Ausgleich angelegten demokratischen Prinzip. Ihr Bedeutungsanstieg weist auf die desintegrierenden Folgen des kulturellen Modernisierungsprozesses hin. Wo immer Menschen mit abweichenden Wertvorstellungen und Lebensstilen konfrontiert werden, sehnen sie sich nach Zugehörigkeit, wächst ihr Bedürfnis, für eine bestimmte Wertegemeinschaft Partei zu ergreifen. Ob die daraus entstehenden Konflikte schon ein neues Cleavage begründen, ist eine andere Frage. Im Falle der neuen Rechtspar-

teien spricht nach dem Gesagten vieles dafür. Einerseits beweisen die Wähler dieser Parteien in ihren Wertorientierungen ein hohes Maß an Konstanz, weshalb sie als soziale Gruppe leicht abgrenzbar sind. Ablesen lässt sich dies u.a. an der steigenden Wiederwahlquote, die bei den beiden erfolgreichsten europäischen Vertretern – Front National (bis 1999) und FPÖ – zuletzt rund 80 Prozent betrug. Andererseits sind die Wertorientierungen so beschaffen, dass sie zu einem gemeinsamen (anti-liberalen) Komplex zusammengefasst werden können. Das Cleavage entfaltet also seine trennende Wirkung; es spaltet die Gesellschaft entlang einer kulturellen Konfliktlinie in zwei (unterschiedlich große) Gruppen, die sich in ihrer ideologischen Ausrichtung unvereinbar gegenüberstehen.

Resümee

Ein Blick auf die programmatische Agenda der neuen Rechtsparteien macht deutlich, dass die von den Populisten favorisierten „Problemlösungen“ diesen Namen nur im Ausnahmefall verdienen. Für die anderen Parteien liegt darin jedoch ein schwacher Trost, da ja die Herausforderer von den Schattenseiten der Modernisierung elektoral gleich doppelt profitieren: einerseits können sie gelegentliche (kurzfristige) Protestwähler hinter sich scharen, andererseits diejenigen Wähler mobilisieren, deren chronische Un-

zufriedenheit sich in einer (längerfristigen) Neuformierung der sozialen Konfliktstruktur niederschlägt. Nach der hier vorgenommenen Analyse spricht wenig dafür, dass die Newcomer um ihre Mobilisierungssissues fürchten müssen. Ob der neue Rechtspopulismus eine „pathologische“ Erscheinung der westlichen Industriegesellschaften darstellt, wie es deutsche Soziologen bezogen auf den Rechtsradikalis-

mus vor mehr als dreißig Jahren formuliert haben, sei dahingestellt. Die bisherigen Erfahrungen haben zumindest soviel gezeigt, dass von ihm für das demokratische System keine wirkliche Bedrohung ausgeht. Der Gewöhnungseffekt, der durch den anhaltenden Erfolg der neuen Parteien eingetreten ist, und die (theoretische) Verfügbarkeit alternativer Protestformen lassen eher auf eine stabilisierende

Funktion schließen: Wenn ein Teil der Wählerschaft dem Charme der einfachen Lösungen erliegt, der von den Populisten verströmt wird, verhindert das womöglich, dass sich die Unzufriedenheit bei noch extremeren Kräften sammelt oder gar auf gewaltsamen Wegen Bahn bricht.

LITERATUR

- H.-G. BETZ, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. New York 1994.
- H.-G. BETZ/S. IMMERFALL (Hg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. New York 1998.
- F. DECKER, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen 2000.
- H. DUBIEL (Hg.), *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a.M. 1986.
- P. GLUCHOWSKI/U. v. WILAMOWITZ-MOELLENDORF, *Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland*, in: O. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn 1997, 179-208.
- H. KITSCHELT/A. MCGANN, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor 1995.
- H. KRIESI, *Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten. Die Mobilisierung von zwei Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 1, 1995, 9-52.
- M. MINKENBERG, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen 1998.
- A. PANEBIANCO, *Political Parties. Organization and Power*. Cambridge 1988.
- A. PELINKA (Hg.), *Populismus in Österreich*, Wien 1987.
- A. PFAHL-TRAUGHBER, *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*. Bonn 1994.
- K. ROHE, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 1992.
- S. ROKKAN, *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt a. M. 2000.
- E. SCHEUCH/H.-D. KLINGEMANN, *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12, 1967, 11-29.
- R. SENNETT, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin 1998.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Österreich

1999:

Rassistisch motivierter Überfall auf zwei türkische Kinder (elf und zwölf Jahre alt); Brandanschläge auf zwei von Ausländern frequentierte Lokale in Wien und auf ein Asylwerberheim in Wien. Die Täter sind Skinheads im Alter von 16-19 Jahren.

Angriffe auf nigerianische, bosnische, türkische Staatsangehörige in Graz; auf Mazedonier und Jugoslawen in Neunkirchen/NÖ; auf eine Jugoslawin und ihre kleine Tochter in Wien; auf zwei jungen Männer in Linz, die der Täter für Juden hält; Schändung des jüdischen Friedhofs in Graz; Briefe mit antisemitischem Inhalt an die Israelitische Kultusgemeinde in Wien u.a.m. Nahtlose Fortsetzung 2000.

Unter der Vielzahl an Definitionen von „Rechtsextremismus“ sind zwar

unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zu finden, dennoch sind einige wichtige Charakteristika in den meisten Definitionen anzutreffen. Zentral jedenfalls sind die Ideologie der Ungleichwertigkeit und der Gewaltakzeptanz, ebenso oft ist die Betonung des grundsätzlich antidemokratischen Charakters von Rechtsextremismus zu finden (Lipset, Heitmeyer, Benz, Holzer, Jaschke u.a.). Phänomene wie Nationalismus, Militarismus, Autoritarismus und Führertum werden unter diesen Begriffen subsumiert; Glaube an das „Recht des Stärkeren“ als Konfliktlösungsmuster; die vielen Antis – z.B. Antisemitismus, Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, Antikommunismus, Anti-amerikanismus, Antipluralismus; Verweigerung der politischen und sozialen Realität und Intoleranz (z.B. in der politischen Auseinandersetzung). Unterschiedlich bewertet wird die Verherrlichung des Nationalsozialismus, es geht dabei um die Überlegung, dass es auch rechtsextreme Positionen ohne dezidiertes Rückgreifen auf den Nationalsozialismus gibt. Bei einer weiteren Variante – dem Neonazismus – ist dieser Rückgriff, die Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus, ausdrück-

licher Bestandteil der Ideologie, es geht beim Neonazismus im Wesentlichen um eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus.

Rechtspopulismus (Betz 1994) meint zunächst die Ablehnung des etablierten soziokulturellen und soziopolitischen Systems; eine entscheidende Zurückdrängung des Staates, ohne offen und direkt antidemokratisch aufzutreten. Individuelle und soziale Gleichheit werden abgelehnt, ebenso die Integration von Randgruppen und Minderheiten; Fremdenfeindlichkeit wird appellativ-emotional betont. Schließlich werden diffuse Ängste und Enttäuschungsgefühle instrumentalisiert und gleichzeitig der angeblich „gesunde Menschenverstand“ des „kleinen Mannes“ hervorgehoben.

Abgesehen von den verschiedenen – allerdings, wie betont, teilweise sich überlappenden – inhaltlichen Merkmalen geht es bei der Beschäftigung mit „Rechtsextremismus“ auch um verschiedene Dimensionen. Es geht um eine individuelle und eine gesellschaftliche Ebene; bei der individuellen um Einstellungen und Verhaltensmuster (wie Wahlverhalten, Mitgliedschaft bei rechtsextremen Organisationen); bei der gesellschaftlichen z.B. um Parteien, Verbände, Medien,

Jugendorganisationen oder Subgruppen. Je nachdem, welche dieser Ebenen näher betrachtet wird, zeigt sich ein unterschiedliches Bild des Rechtsextremismus.

Nachfolgend soll zunächst – auf Österreich bezogen – das Phänomen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus anhand der FPÖ und – beispielhaft – anhand einiger Anmerkungen zur tolerierten Variante des Rechtsextremismus näher beleuchtet werden. Einen zweiten Teil der Analyse stellt die strafrechtlich relevante Form des Rechtsextremismus in Österreich dar.

Ob die FPÖ als rechtsextrem einzustufen ist, kann nicht pauschal und eindeutig beantwortet werden. Viele Vertreter/innen der FPÖ haben wiederholt gezeigt, dass sie durchaus und immer wieder als rechtsextrem zu charakterisierende Aussagen von sich geben und vertreten, viele haben ebensowenig Bedenken, bei eindeutig rechtsextremen Organisationen und Veranstaltungen aufzutreten oder in solchen Publikationen zu schreiben (Gärtner 1996). Daneben gibt es – fast periodisch wiederkehrend – Äußerungen, die ein merkwürdiges Geschichtsbild von FPÖ-Funktionär/innen zeigen: Von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ bis zur Windholz-SS-Parole „Unsere Ehre heißt Treue“.

Dass die FPÖ eine eindeutig fremdenfeindliche Politik betreibt, zeigen nicht zuletzt Wahlkämpfe wie jener im Herbst 1999 in Wien („Stop der Überfremdung“) oder zweifelsohne als rassistisch zu charakterisierende Anmerkungen wie jene von Helene Partik-Pable im Nationalrat im Mai 1999, als sie Schwarzafrikanern pauschal eine in deren Natur angelegte Aggressivität unterstellte. Die Frage ob – und gegebenenfalls inwieweit – die FPÖ als rechtsextrem einzustufen ist, ist in den vergangenen Jahren in zahlreichen Publikationen erörtert und nicht eindeutig beantwortet worden (z.B. Scharsach, Gärtner, Bailer-Galanda, Neugebauer, Czernin).

Wenn die Geschichte der FPÖ

betrachtet wird, so ist grundsätzlich immer mitzudenken, daß diese Partei ihre Wurzeln zum einen in einem mittlerweile deutlich reduzierten liberalen und zum anderen in einem nach wie vor sehr starken (deutsch)nationalen Flügel hat. Bei der Gründung der Partei Mitte der 50er Jahre hatten ehemalige Nationalsozialisten (z.B. Reinthaller) eine entscheidende Rolle gespielt.

Neben den FPÖ-Politiker/innen müssen auch die Wähler/innen der Partei berücksichtigt werden. Und hier ist die Einordnung noch wesentlich schwieriger und eindeutig genauso wenig möglich wie bei anderen Parteien. Eine Partei mit 26,91% der gültig abgegebenen Stimmen kann kein homogenes Wähler/innenpotenzial aufweisen. Dementsprechend sind unter der FPÖ-Klientel sowohl Wähler/innen zu finden, die als rechtsextrem einzustufen sind, als auch zahlreiche andere, die keinerlei rechtsextreme Ideologien vertreten. 1998 stuften sich 19% der FPÖ-Wähler/innen als rechts, 2% als sehr rechts ein; die Gesamtbevölkerung allerdings sieht die FPÖ zu 31% als rechts und zu 29% als sehr rechts (Plasser/Ulram 2000). Gemeinsam ist aber allen Wähler/innen, dass sie die Grundpositionen der FPÖ – damit auch z.B. den mit rassistischen Tönen gefärbten Wahlkampf 1999 – unterstützen bzw. in Kauf nehmen.

Neben der inhaltlichen Positionierung ist deshalb auch bei der FPÖ von Interesse, von wem nun diese Partei aus welchen Gründen gewählt wird (Plasser/Ulram 2000). Zur Erinnerung: Bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 wurde die FPÖ von 26,91% der Wähler/innen gewählt. Die Aufdeckung von Skandalen und Missständen sowie die Hoffnung auf einen frischen Wind in der Politik standen am 3. Oktober 1999 unter den Motiven im Vordergrund, deutlich auch die Tradition und das Motiv Ausländerpolitik, gefolgt von der Person Jörg Haider (der offiziell nicht als Spitzenkandidat auftrat).

Die FPÖ wurde deutlich überdurchschnittlich von Männern gewählt (32%) und ebenso deutlich unterdurchschnittlich von Frauen (21%). Die FPÖ-Wählerschaft war dementsprechend zu 62% männlich, zu 38% weiblich – ein seit 1986 im Wesentlichen konstanter Trend, der durchaus vergleichbar auch bei anderen europäischen Rechtsparteien anzutreffen ist.

Massiv war der Stimmengewinn der FPÖ im Zeitverlauf bei der Gruppe „Arbeiter“. 1999 wählten 47% von ihnen die FPÖ – im Jahr 1986 waren das 10% gewesen. Parallel dazu sank der Anteil der SPÖ in diesem Wählersegment von 1986 bis 1999 von 57% auf 35%. In Bezug auf das Alter ist die FPÖ bei den unter 30-jährigen mit 35% mittlerweile ebenso die stärkste Partei; der Unterschied wird noch deutlicher, wenn diese Gruppe mit dem Faktor „Bildung“ korreliert wird: Bei jüngeren, berufstätigen Männern mit höherer Ausbildung liegt die FPÖ 1999 mit 21% deutlich hinter SPÖ (29%) und ÖVP (30%), bei jüngeren berufstätigen Frauen mit höherer Ausbildung noch deutlicher mit 8% an letzter Stelle hinter SPÖ (36%) und ÖVP (29%), aber auch hinter Grünen (13%) und LiF (14%). Ein weiterer deutlicher Unterschied ist im Bereich öffentlich vs. privat auszumachen: Von Beschäftigten in der Privatwirtschaft wird die FPÖ zu 31% gewählt (SPÖ 36%, ÖVP 19%), bei jenen im öffentlichen Sektor zu 21% (SPÖ 36%, ÖVP 29%).

Es stellt sich nun die Frage nach

den Ursachen der Wahlerfolge der FPÖ. Ein Punkt ist die Auflösung traditioneller Milieus und Parteibindungen; latent auch die immer wiederkehrende Aktivierung von Ressentiments gegen Politik generell und Parteien speziell. Die FPÖ konnte auch stärker als andere Parteien bestimmte Themen (cleavages, s. Beitrag von F. Decker) für sich beanspruchen und besetzen. Bei dieser Besetzung von Themen beweist die FPÖ nach wie vor außerordentliche Flexibilität – mit teilweise fast permanenten Richtungsänderungen.

Schließlich hatte die FPÖ zu Zeiten der Großen Koalition von 1986-2000 den Oppositionsbonus – Stichwort Protestwähler/innen – ebenso erfolgreich nutzen können wie die mediale Berichterstattung. Und nicht zuletzt wurde diese populistische Politik durch Jörg Haider für viele Wähler/innen glaubhaft dargestellt (Plasser/Ulram 1995).

Gemeinsam mit anderen Rechtsparteien in Europa vertritt die FPÖ in der Ausländerpolitik eine sehr restriktive, deutlich in Richtung Xenophobie gehende und als rassistisch einzustufende Linie. Der Gehalt des Rassismus-Begriffs liegt darin, dass erstens biologische Merkmale als Kriterium für die Konstruktion von Gruppen herangezogen werden, mit denen diesen Gruppen ein unwandelbarer – damit naturgegebener – Status zugeschrieben wird, der sie von anderen Gruppen unterscheidet. Zweitens werden dieser Gruppe zusätzlich negative oder negativ konnotierte

Tabelle: Wahlverhalten ausgewählter Wähler/innengruppen NRW 1999

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Arbeiter	35	12	47	
Männer	35	25	32	5
Frauen	31	27	21	9
Unter 30-jährige	25	17	35	13
Junge berufstätige Männer	29	30	21	9
Junge berufstätige Frauen	35	29	8	13
Beschäftigte Privatwirtschaft	36	19	31	7
Beschäftigte öffentlicher Sektor	36	29	21	9

Eigene Zusammenstellung; Daten aus: Fritz Plasser/Gilg Seeber/Peter A. Ulram: Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wählerverhalten bzw. Fritz Plasser/Peter A. Ulram

Charakteristika zugeschrieben und/oder sie wird so dargestellt, dass sie negative Konsequenzen für irgendeine andere Gruppe verursachen würde (Miles 1999:105). Aufgrund der mittlerweile sich mehr und mehr durchsetzenden negativen Bewertung des Begriffs „Rasse“ wird zunehmend mit kulturellen Unterschieden argumentiert, die im Kern allerdings ebenso biologistisch argumentiert werden.

Die 1995 gegründete Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) von Pia Kjaersgaard betont in ihrem Programm, dass Dänemark weder jemals ein Einwanderungsland war, noch ein solches werden dürfe: „Wir distanzieren uns davon, dass sich Dänemark zu einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt. Dänemark ist vor allem das Land der Dänen.“ (<http://www.dansksfolkeparti.dk/printysk.htm>). Bei den Wahlen zum Folketing im März 1998 konnte die DF mit 7,4% 13 von 179 Mandaten erringen.

In Frankreich war lange Zeit der Front National (FN) alleiniger Vertreter der extremen Rechten, seit 1999 gibt es mit der FN-Abspaltung Mouvement national républicain (Bruno Mégret) eine konkurrierende Partei am rechten Rand. Bruno Mégret war lange Jahre enger Vertrauter Le Pens und Chefideologe des FN. Bei den Wahlen zur Assemblée Nationale (Mai bzw. Juni 1997) bekam der FN zwar 14,1% der Stimmen, aufgrund des Wahlrechts aber nur einen von 577 Abgeordneten.

Der belgische Vlaams Blok tritt mit dem Slogan „eigen Volk eerst“ an, „first our own people“ titelt der VB das Kapitel Immigration im Parteiprogramm. Bei den Wahlen zur Kamer der Volkvertegenwoordigers (Juni 1999) konnte der VB 9,9% der Stimmen erreichen und stellt damit 15 von 150 Abgeordneten.

In Deutschland gibt es die drei rivalisierenden rechtsextremen Parteien DVU (Deutsche Volkunion), Republikaner und NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und in Italien scheint die Allianz aus

Alleanza nazionale, Forza Italia und Lega Nord gute Chancen für einen Wahlsieg bei den planmäßig 2001 stattfindenden Wahlen zu haben.

Auch bei der Schweizer Volkspartei ist die Aussage „Die Schweiz ist kein Einwanderungsland“ zentral, vor allem möchte die SVP eine quantitative Regelung des Ausländeranteils und Restriktionen beim Familiennachzug. Mit 22,5% konnte die SVP bei den Wahlen im Oktober 1999 44 Mandate erringen.

Interessant ist, dass mit der Schweizer SVP bzw. der österreichischen FPÖ Rechtsparteien in jenen Ländern Wahlsiege erringen und prozentuell europaweit mit Abstand die größte Anhängerschaft aufweisen, in denen die Ausländerpolitik am restriktivsten gehandhabt wird (Davy u.a. 2000). Belgien weist gemeinsam mit den Niederlanden und skandinavischen Ländern die positivsten Integrationsbedingungen auf, der Vlaams Blok hatte dort – bei den 1999 abgehaltenen Wahlen – vergleichsweise geringe 9,9% der Stimmen, also deutlich weniger als die SVP in der Schweiz oder die FPÖ in Österreich.

Die tolerierte Variante rechtsextremen Denkens

Beispiel 1:

Im Mai 2000 fand in Innsbruck eine „Festakademie Europa 2000“ statt. Veranstalter waren die Burschenschaften Brixia, Oberösterreichischer Germanen und Suevia sowie das Corps Athesia, die Akademische Landsmannschaft Tyrol (Leitspruch: „Von Kufstein bis Salurn zum Vaterland“) und die akademische Turnverbindung Innsbruck. Die Ideologie dieser Verbindungen ist weitgehend bekannt (Gärtner 1996), selbst der Jahreslagebericht des BMI stellte für 1999 fest, dass von diesen Studentenverbindungen „ein unterschwelliger und verklausulierter Rechtsextremismus ausgeht“ und sie bestrebt sind, „eine gewisse Akzeptanz für nationalsozialistisches

Gedankengut zu schaffen.“ (BMI 2000:10).

Zunächst war geplant, diese Veranstaltung in den Räumen der Universität Innsbruck abzuhalten, nach einem Veto des Rektors wurden andere Räumlichkeiten gefunden – das Innsbrucker Kongresshaus und die Stadtsäle. Die Gemeinde Innsbruck gab dazu nicht nur ihre Zustimmung, es konnte von den Veranstaltern auch der Innsbrucker Bürgermeister Herwig van Staa als Redner und Diskussionspartner engagiert werden. Und dieser griff bei der Veranstaltung mit deftigen Worten nicht nur den Rektor der Universität Innsbruck, sondern auch jene Personen massiv an, die gegen diese Veranstaltung protestierten.

Es geht nun nicht um die detaillierte Beschreibung der Vorkommnisse und Aussagen während dieser Festakademie, es geht auch nicht darum, aufzuzeigen, welche Personen daran teilnahmen – von den einschlägig bekannten Otto Scrinzi bis Alfred Mechtersheimer, Helmut Müller oder Friedrich Romig. Es geht um die Rolle und Funktion des Innsbrucker Bürgermeisters. Dieser tritt bei einer Veranstaltung auf, die von Vereinigungen organisiert und verantwortet wird, von denen – siehe oben – ein unterschwelliger und verklausulierter Rechtsextremismus ausgeht und die eine gewisse Akzeptanz für nationalsozialistisches Gedankengut schaffen möchten. Und van Staa erfüllt dabei – wesentlich oder naiv – ideal die Rolle eines Alibis. Die Veranstalter können vor, während und nach der Veranstaltung darauf verweisen, dass ein prominenter Politiker bei ihnen aufgetreten sei und damit die Veranstaltung bzw. die Veranstalter wohl nichts mit Rechtsextremismus zu tun haben könnten.

Beispiel 2:

Der ÖVP Politiker Johannes Asamer hatte im Juli 2000 Folgendes von sich gegeben: „Die Juden treiben’s noch so weit, bis sie wieder eine auf

den Deckel kriegen.“ (*Der Standard* 11.7.2000). Asamer hatte diese Äußerung im Zuge der Diskussion um Entschädigungen für Zwangsarbeiter von sich gegeben. Ob Zwangsarbeiter Juden waren oder aber nicht, tut für Asamer nichts zur Sache. Er entspricht aber dem alten Klischee, dass die Juden am Holocaust selbst schuld seien. Der Holocaust wird bei Asamer mit „eine auf den Deckel kriegen“ paraphrasiert bzw. euphemistisch beschrieben – eine auf den Deckel kriegen klingt nicht so schlimm wie vergasen und klingt als für Asamer logische und vertretbare Folge eines unrechtmäßigen Verhaltens: Sie treiben's noch so weit.

Ob Asamer deshalb als rechtsextrem oder aber nicht als rechtsextrem einzustufen ist, ist sekundär. Entscheidend ist die Grundhaltung, die mit solchen Äußerungen zutage tritt. Es wird – logisch konsistent weitergedacht – die NS-Vernichtungspolitik (im speziellen Fall der Holocaust an den europäischen Juden und Jüdinnen) nachträglich legitimiert, es wird betont, dass dieses „eine auf den Deckel kriegen“ die Folge jüdischen Verhaltens gewesen sei.

Deutlich wird bei Asamer die Grauzone – es geht nicht um die eindeutige Zuordenbarkeit zu rechtsextremem Denken, sondern um die unterschwellige, latente, damit immer wieder abrufbare und alltägliche Nähe bzw. Nicht-Distanz zum Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Beispiel 3:

Im Zuge der bilateralen Maßnahmen der 14 EU-Länder in Reaktion auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich wurde wiederholt betont, dass die FPÖ keine *neonazistische* Partei sei. Dem ist auch im Sinne der Definition von „neonazistisch“ zuzustimmen. Damit wurde aber auch immer wieder und nicht nur zwischen den Zeilen versucht, die FPÖ pauschal gegen *rechtsextremes* Gedankengut zu immunisieren. In dieselbe Richtung

geht, wenn behauptet wird, dass in Österreich das Problem Rechtsextremismus eigentlich keines sei, da die Ausschreitungen und Morde deutscher Skinheads in dieser Form in Österreich eigentlich nicht vorkommen würden.

Mit diesen Aussagen wird eine unzulässige und ausschließende Gleichsetzung versucht: Rechtsextrem wird gleichgesetzt mit neonazistisch und gleichgesetzt mit Skinheads. Der Umkehrschluss: wer kein Skinhead ist, ist kein Neonazi; wer kein Neonazi ist, ist kein Rechtsextremist; wer nicht rechtsextrem ist, steht am Boden der Verfassung und ist damit demokratisch eingestellt. Damit wird immunisiert und gleichzeitig – mit Verweis auf die brutalen Straftaten, die speziell in den neuen Bundesländern an der Tagesordnung sind – Österreich pauschal eingewaschen. Das Problem existiert damit nicht und Probleme, die es nicht gibt, bedürfen keiner Auseinandersetzung bzw. Bearbeitung.

Beispiel 4:

Der neue Niederösterreichische FPÖ-Landespartei-er Ernest Windholz wurde zunächst dadurch bekannt, dass er langgediente FPÖ-Funktionäre mit dem Spruch „Unsere Ehre heißt Treue“ auszeichnete. Dass dieser Spruch der Leitsatz der SS gewesen war, habe Windholz, erst 40 Jahre alt und damit ein „Spätgeborener“, nicht gewusst. Von seinen Kollegen von der AUF/FEG Zollwache wurde ihm nachdrücklich bescheinigt, ein aufrechter Demokrat im besten Sinne des Wortes zu sein, jemand, für den Ehre, Treue, Loyalität und Moral mit Charakter und Ethik zu tun hätten (*Der Standard* 8. Juni 2000).

Auch hier dasselbe Muster: Es wird ein Spruch verwendet, der – weil eben Leitsatz der SS – eindeutig besetzt ist und von den Adressat/innen entsprechend assoziativ wahrgenommen wird. Es wird aber im Nachhinein relativiert und verharmlost. Selbstverständlich sei jemand,

dem dieses über die Lippen komme, immun gegen die Ideologie der SS, weil er es anders gemeint habe. Die Frage ist nur, warum hat er es dann nicht anders gesagt, eindeutiger ausgedrückt, mit weniger belasteten Worten verdeutlicht? Und hat das Zitieren von SS-Sprüchen mit Rechtsextremismus zu tun oder nicht?

Beispiel 5:

In Amstetten werden – wie in anderen Orten auch – Ehrenringe der Gemeinde verliehen. So auch am 1. September 2000. Verliehen werden die Ringe für besondere Verdienste um die Gemeinde. Einer der geehrten, der frühere ÖVP-Gemeinderat Franz Ebner, fiel 1996 anlässlich einer Diskussion um ein Denkmal für die in der NS-Zeit aus Amstetten vertriebenen Juden auf. „Lebt ja eh no einer von die G., so schlimm kann's dann net g'wesen sein!“ (*Der Standard* 26.8.2000) meinte Ebner zum einzigen jüdischen Heimkehrer nach Amstetten. Nachdem dieser Eklat publik gemacht worden war, ging Ebner mit einer Flasche Wein zu G.: „Wir haben uns z'sammg'setzt. I hob mi für die Äußerung entschuldigt“, so Ebner laut *Der Standard*.

Damit war die Sache für Ebner und die Gemeinde Amstetten erledigt. Auch das ein bekanntes Muster: Zunächst werden Behauptungen aufgestellt – in diesem Fall solche, die den Holocaust relativieren –, anschließend wird entschuldigt. So sei das ja nicht gemeint gewesen, es sei ja keine Beleidigung einer konkreten Person gewesen, man dürfe das nicht so eng sehen.

Dabei müsste klar sein, dass die ursprüngliche Behauptung stärker in der Erinnerung der Rezipienten bleibt als die Entschuldigung, die in diesem Fall nicht öffentlich erfolgte.

Der harte Kern

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Österreich muss

auch die strafrechtlich relevante Variante des Rechtsextremismus – den harten Kern – mit berücksichtigen. Eine Möglichkeit dazu bieten die Jahreslageberichte des Bundesministeriums für Inneres zu „Rechtsextremismus in Österreich“.

1999 gab es 274 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, 43 nach § 283 STGB (Verhetzung), 212 sonstige Anzeigen nach dem STGB; 12 nach dem Abzeichnungsgesetz, 174 nach Art IX Abs. 1 Z. 4 EGVG (Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen) und 2 nach dem Mediengesetz.

In Summe stieg die Zahl der Anzeigen im Vergleich zu 1998 um knapp 83% – von 392 auf 717, wobei diese Steigerung – nicht nur, aber zum Teil – auf die Tathandlungen von 101 Personen zurückzuführen ist, die in der gewalttätigen rechtsextremen Szene in Oberösterreich aktiv sind/waren.

Aufgelistet nach rechtsextremen, fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Kriterien ergibt sich folgendes Bild: 311 (1998:244) rechtsextremistische Vorfälle, 52 (1998:31) fremdenfeindliche bzw.

rassistische und 15 (1998:8) antisemitische. Auch hier wiederum eine Steigerung gegenüber 1998 um 33,6%.

Wenn die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gesamt betrachtet werden, so war in Österreich sicherlich die Serie der (Brief)Bombenattentate am augenfälligsten, mit dem traurigen Höhepunkt der Morde von Oberwart. Gleichzeitig war bereits zu Beginn der neunziger Jahre – nicht zuletzt aufgrund der Novellierung des Verbotsgesetzes von 1992 – eine deutliche Zunahme juristischer Aktivitäten gegen ausgewiesene Rechtsextremisten und Neonazis konstatierbar (z.B. Ochensberger, Honsik, Küssel, Schimanek jun.). Mit Ausnahme von Franz Fuchs, der als Verantwortlicher für die Briefbomben und die Morde von Oberwart verurteilt wurde, waren die genannten in der Szene über Jahre bekannt und aktiv gewesen – Ochensberger mit seinen neonazistischen Schriften aus Vorarlberg, Küssel bereits Ende der siebziger als Mitglied der ANR und später als Gründer der VAPO; Schimanek jun.

bei der Kameradschaft Langenlois bzw. bei der Kameradschaft Kremsland, Honsik als Aktivist der NDP und durch das Pamphlet „Halt“. Nach den Urteilen zu Beginn der neunziger Jahre war ein Abflauen bemerkbar, Rechtsextremisten vermieden allzu öffentliche Auftritte und agierten eher aus dem Untergrund.

Eher neu und jüngeren Datums waren dann die Aktivitäten anderer rechtsextremer Gruppierungen und rechtsextremer Jugendbanden. Hier ist ein Wiederaufleben bemerkbar. Mittlerweile ist wiederum eine tendenzielle Zunahme rechtsextremer Aktivitäten feststellbar: „Derzeit wird das Bild der Szene von rechtsextremen Jugendbanden und von Agitatoren geprägt, die als ‚Testgruppen‘ hinsichtlich behördlicher Maßnahmen fungieren“, so das BMI (2000:2) in seiner Situationsbeurteilung. Das BMI spricht weiters von einer doch deutlichen Zunahme rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierter Delikte und – vor allem bei Jugendlichen – einem bereits bedenklichen Ausmaß dieser Gewalt.

Die entsprechenden Daten im Zeitverlauf:

Anzeigen:

	Verbotsgesetz	§ 283 STGB	Sonst. STGB	Abzeicheng.	Art. IX EGVG	Mediengesetz
1990	72	8		29	52	
1991	100	34		25	100	
1992	249	42	130	28	80	
1993	221	20	209	24	47	
1994	306	26	164	29	75	
1995	313	14	189	31	71	
1996	203	14	99	18	33	
1997	197	20	105	30	32	0
1998	198	21	109	19	42	3
1999	274	43	212	12	174	2

Eigene Zusammenstellung; Daten aus: Jahreslageberichte Rechtsextremismus in Österreich des BMI, 1995–1999

Motive:

	rechtsextremistisch	fremdenfeindlich/ rassistisch	antisemitisch
1994	422	48	49
1995	384	73	25
1996	248	34	8
1997	297	32	11
1998	244	31	8
1999	331	52	15

Abschließende Bemerkungen

Für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar wird Rechtsextremismus dann, wenn in den Medien darüber berichtet wird, wenn Ausländer/innen verprügelt, verletzt oder ermordet werden, wenn Ausländerwohnheime brennen oder wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder aber wenn vier Roma in Oberwart durch eine Rohrbombe ermordet werden.

Dann ist immer auch – berechnete und notwendige – Distanzierung von und Abscheu vor diesen Verbrechen erkennbar. Gleichzeitig wird immer dann die Frage nach Ursachen gestellt, die Frage, wie denn so etwas möglich sei in einem Land wie Österreich.

Wenn aber von Rechtsextremismus die Rede ist, dann darf dieses Phänomen nicht auf sichtbare Gewalttätigkeit reduziert werden. Gewalttätige Ausschreitungen – wie z.B. verstärkt in den Neuen Bundesländern – sind eine Variante des Rechtsextremismus. Diese ist aber nicht singular zu sehen als gesamter Rechtsextremismus schlechthin, sondern als die lediglich manifeste und ausgeprägte Form des Rechtsextremismus.

Jede Frage nach der Entstehung dieser Gewalt, nach der Entstehung und teilweisen Etablierung des manifesten Rechtsextremismus muss die Gesellschaft als Gesamtheit in ihre Betrachtungen mit einbeziehen: Rechtsextremem Denken „wird

man nur gerecht, wenn es nicht als marginalisierte Außenseiterposition, sondern im Kontext zum gegenwärtigen ‚Zeitgeist‘ gesehen wird. Gerade an den Extrempositionen lassen sich Strukturen erkennen, die den alltäglichen Diskurs der Mitte bestimmen“, schrieb Kurt Lenk 1994.

Wenn die Normalität der Mitte, die Selbstverständlichkeiten in unserer Gesellschaft nicht auf ihre diesbezügliche Problematik untersucht und hinterfragt werden, so kann ein manifester Rechtsextremismus nicht

grundlegend bekämpft werden. Dann bleiben auch spontane Entrüstungen und Verwunderungen, wie so etwas denn möglich sei, folgenlos.

Der Verweis darauf, dass die manifeste rechtsextreme Gewalt in Österreich im Vergleich zu Deutschland doch deutlich geringer ist, darf nicht zum trügerischen Schluss verleiten, dass in Österreich das Phänomen Rechtsextremismus nicht existiere.

LITERATUR

H. G. BETZ, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. New York 1994.

Bundesministerium für Inneres (2000), *Rechtsextremismus in Österreich, Jahreslagebericht 1999*.

U. DAVY (Projektleitung), *Rechtliche Instrumente der Integration von Einwanderern im europäischen Vergleich. Ansätze-Entwicklungen-Perspektiven*, Erstellt im Auftrag des bm:bwk. Wien 2000.

R. GÄRTNER, *Die ordentlichen Rechten. Die AULA, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus*. Wien 1996.

K. LENK, *Rechts, wo die Mitte ist. Rechtsextremismus – Nationalsozialismus – Konservatismus*. Baden-Baden 1994.

R. MILES, *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*. Hamburg 1999.

F. PLASSER/G. SEEBER/P. A. ULRAM, *Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wählerverhalten*, in: Fritz Plasser/Peter A. Ullram/Franz Sommer (Hg): *Das österreichische Wählerverhalten*. Wien 2000, S. 55-115.

F. PLASSER/P. A. ULRAM, *Wandel der politischen Konfliktdynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich*, in: Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser/Peter A. Ullram (Hg): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994*. Wien 1995, S. 471-503.

F. PLASSER/P. A. ULRAM, *Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ*, in: Fritz Plasser/Peter A. Ullram/Franz Sommer (Hg): *Das österreichische Wählerverhalten*. Wien 2000, S. 225-241.

Gerry Göllner

Clip 97 – ein medienpädagogisches Antirassismusprojekt mit Wiener Schulen Schüler liefern Ideen, Medienprofis das Know-how, Lehrer vermitteln

1997 war das Europäische Jahr gegen den Rassismus. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Integrationsproblematik sind globale Zeichen unserer Zeit, die immer deutlicher nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa hervortreten. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist daher gerade im Bildungsbereich besonders notwendig. Medien, als weiteres Merkmal der Zeit, entsprechen dem Erlebnis- und Interessensbereich der Jugendlichen und garantieren deshalb hohe Motivation und intensives persönliches und zeitliches Engagement. Zahlreiche Seminare und Projekttag vermitteln LehrerInnen und SchülerInnen verschiedene

thematische Zugänge. Jede Gruppe wählt ihr Thema im Rahmen eines breitgefächerten Ideenkataloges, der das Spektrum rassistischer Erscheinungsformen abdeckt. Das Projektteam bietet das technische Know-how einer Videoclipproduktion und unterstützt die praktische Umsetzung.

Es nehmen ca. 40 LehrerInnen aus verschiedenen in Wien vertretenen Schultypen mit ihren Schulklassen teil. Den LehrerInnen wird das nötige Medienfachwissen und das technische Know-how in

speziellen Seminaren vermittelt. Parallel dazu setzen die LehrerInnen mit ihren SchülerInnen das von den SchülerInnen gewählte Thema projektorientiert und meist fächerübergreifend um. Zuerst produziert das Lehrerteam, dann gestalten die SchülerInnen der beteiligten Schulen ihre eigenen Clips.

- Ein Symposium als Auftakt des Projektes macht verschiedenste Aspekte des Rassismus in Form einer Gesamtkomposition (Film, Musik, Kabarett, Pantomime, Vorträge und Diskussionen) erlebbar. Es ist eine öffentliche Veranstaltung, die eine große Breitenwirkung auch im nicht-schulischen Bereich erzielt und die Öffentlichkeit über das Projektvorhaben informiert.
- Lehrer und Schüler decken in



BG XIX, 1190 Wien, Gymnasiumstraße 83

**PRÄ
POSITIONEN**

EIN VIDEOCLIP DER INTEGRATIONSKLASSE AUF DER SCHMELZ

1 ICH BIN INLÄNDER
2 ICH BIN AUSLÄNDER
3 ICH BIN RHEINLÄNDER
4 ICH BIN RAUSLÄNDER
5 ICH BIN STIEGENGLÄNDER
6 ICH BIN LÄNDLER
7 ICH BIN NEUFUNDLÄNDER
8 ICH BIN GRÜNLÄNDER
9 ICH BIN HIGHLÄNDER
10 ICH BIN MAILÄNDER
11 WER BIN ICH-WOHER KOMM ICH-WOHIN GEH ICH?
12 ICH SAGE NICHT, WER ICH BIN
13 ICH BIN EINE BIENE
14 ICH BIN EINHEIMISCHER
15 ICH BIN AUSHEIMISCHER
16 ICH BIN HEIMATLOS
17 ICH BIN HEIMATVOLL
18 ICH BIN NIEDERLÄNDER
19 ICH BIN OBERLÄNDER
20 ICH BIN ENGLÄNDER
21 ICH BIN WEITLÄNDER
22 ICH BIN MORGENLÄNDER
23 ICH BIN ABENDLÄNDER
24 ICH BIN EINGEBOREN
25 ICH BIN AUSGESTOSSEN
26 ICH BIN NIEMAND
27 ICH BIN DU-DU BIST ICH

GRG 15
Bundesgymnasium, Bundesrealschule
wirtschaftskundliches Bundesrealgymnasium
1150 Wien, Auf der Schmelz 4; Tel. 982 03 51; Fax: 985 53 15

CLIP 97

GRG 15, 1150 Wien, Auf der Schmelz 4

Multimedia Hauptschule, 1160 Wien, Grundsteingasse 48

Projekt: Clip '97

An unserer Multimedia Hauptschule bieten wir seit einigen Jahren die unverbindliche Übung "Bildnerisches Gestalten mit Schwerpunkt VIDEOFILM" an. Dieser Freigegegenstand wird jedes Jahr mit Begeisterung von den Schülern angenommen.

Mit dem Start des Projekts CLIP '97 im September kamen auf uns interessante und spannende Aufgaben zu, und nach dem Symposium im Theater Kallise am 23.9.1997, wo unsere Schüler mit Beispielen und Gedanken zum Thema "Antirassismus" konfrontiert wurden, begann unsere Arbeit.



Wie entstanden unsere Videoclips?

1. Ideenwerkstatt:

In heißen Diskussionsrunden wurden zahlreiche Ideen für unsere Clips geboren. Die Schüler sahen mit dem Begriff "Rassismus" nicht so sehr nur die Ausländerproblematik im Vordergrund. Sie kamen zur Folgerung, daß in jedem von uns Rassismus steckt, weil Rassismus eigentlich schon dort beginnt, wo man die Meinung, Ansicht, Denkweise oder Lebensart anderer nicht akzeptiert oder sie sogar verurteilt.

2. Vorbereitungen:

Als sich die Videogruppen für bestimmte Themen entschieden hatten, begannen wir am Drehbuch zu arbeiten. Anschließend wurden die Arbeiten eingeteilt: Regie, Kameraführung, Requisiten, etc.

3. Dreharbeiten:

Die Dreharbeiten machten natürlich wie immer den größten Spaß. Und freilich fehlten auch nicht die üblichen "Hoppala - Szenen". Mit Sicherheit könnten wir damit einen eigenen Clip zusammenschneiden.

4. Sichten des Rohmaterials und Schnitt:

Das Schneiden des Films war für die Schüler die schwierigste Arbeit, da bei unserem Film "Jagd nach Gangam" die Filmmusik eine bedeutende Rolle spielt und jede Szene bildgenau zum Takt der Musik geschnitten werden mußte.

5. Clip - Festival Oberlaa:

Hohepunkt für uns alle war natürlich das Clip - Festival in der Kurhalle Oberlaa, wo wir auch alle anderen Produktionen und die Vielfalt an Ideen miterleben konnten.



HS, 1160 Wien, Grundsteingasse 48

DIE CLIQUE

Vor ein paar Monaten war ich in einer Clique. Ich hatte sehr viele Freunde, die mich mochten. Eines Tages kam ein Mädchen, das unbeschreiblich schön war. Alle meine Freunde mochten sie von Anfang an, sie hieß Suzi. Niemand kümmerte sich mehr um mich. Da wurde ich furchtbar eifersüchtig und stieg aus der Clique aus. An einem Wochentag traf ich sie und starrte ihr boshaft in die Augen. Ich wollte sie vor Wut zusammenschlagen. Plötzlich kam sie zu mir und sagte: „Bist du nicht das Mädchen aus der Clique, das ausgestiegen ist?“ „Ja, na und, ich bin das Mädchen - und was geht es dich an.“ „Alle vermissen dich, wieso kommst du nicht zurück?“ Wir redeten und redeten und so wurden wir die besten Freundinnen. *Suzana 3.A Viviane 2.B.*

Danke 2.B.

Während wir uns im Freigegegenstand "Bildnerisches Gestalten mit Schwerpunkt Video" mit der Problematik Rassismus auseinandergesetzt haben, ist in einer Gruppenarbeit diese Geschichte von Suzana, Viviane und Denise abhandelt. Sie diente als Grundlage für unseren Videoclip, den wir zu Clip 97 beigetragen haben. Das ganze Team hat mit dieser Arbeit sowohl in filmischer als auch in "menschlicher" Hinsicht viel dazugelernt.

Viviane: Das Projekt Clip 97 hat mir sehr gut gefallen. Ich habe daraus gelernt, dass man Menschen die anders sind, nicht gleich verurteilen soll.

Ivana: Mir hat unsere Arbeit sehr viel Spaß gemacht.

Dejan: Alle Menschen sind gleich, man muß nur miteinander reden können. Das Filmen war mir immer besonders toll.

Marina: Meiner Meinung nach sollte man alle Menschen so gut es geht gleich behandeln. Es hat mir sehr gut gefallen, besonders das Drehen und das Fest.

Gökhan: Es gibt genug Platz für uns alle. Die Arbeit für unseren Clip war sehr schön und aufregend.

Danijela: Unseren Film finde ich sehr gut; er ist wirklich gelungen. Wenn man mit Menschen spricht, kann man sie besser verstehen. Man sollte nicht gleich im Vorhineil alles Fremde (Neue) ablehnen.

Dejan: Wir kommen besser miteinander aus, wenn wir uns vertragen und nicht ständig miteinander umgehen. CLIP 97 war ein Supererlebnis.

ste Wiener Clip-Festival gegen Rassismus in der Kurhalle Oberlaa. Konzipiert von den Schülern, wird es schulübergreifend mit den Lehrern und dem Projektteam organisiert und durchgeführt. Zahlreiche Schulklassen und Prominente nehmen an diesem Fest

Teams unterschiedlichste Aufgabenfelder des Großprojektes ab und vermarkten es gleichzeitig: Öffentlichkeitsarbeit, Promotion, Dokumentation, künstlerische Leitung, Ausstattung, Skript, Kamertechnik, Drehbuch, Regie.

- Jede Schule wählt aus den verschiedensten Spannungsfeldern („Nord-Süd“, „Ausländer-Inländer“, „Einheimische-Zuwanderer“, „Macht-Ohnmacht“, „Zentrum-Peripherie“, „Mann-Frau“) ihren Schwerpunkt aus. Der jeweilige Schwerpunkt bestimmt somit die Gestaltung der Kreativprojekttage, die methodischen Um-

setzungsmöglichkeiten sowie die inhaltliche Grundausslegung der Clips.

- Alle SchülerInnen nehmen an einem Ideenwettbewerb teil und gestalten eine Kurzgeschichte als Grundlage für einen Video-Clip. Die Kriterien für die Auswahl der Kurzgeschichte sind inhaltlicher, dramaturgischer und produktionstechnischer Art, wobei das Originelle im Vordergrund steht. Der Clip ist maximal 5 min lang. Der Dramaturg Prof. Dr. Erich Dworak von der Universität Wien führt den Vorsitz in der Jury.
- Den Höhepunkt bildet das er-

gegen Rassismus teil und es werden viele Preise für die besten Clips vergeben.

Das Projekt war äußerst erfolgreich und die Videoclips können bezogen werden bei:

Kontakt: Gerry Göllner, Tel.: 01/9795531, email: gerry.goellner@yline.com

Alle verwendeten Quellen:

ORF-Minderheitenredaktion, CLIP 97 – im Zeichen der Zeit, im Zeichen der Medien (Projektbericht, Wien 1998)

A World of Difference Ein Trainingsprogramm der Anti-Defamation League

Die Anti-Defamation League ist eine 1913 in den Vereinigten Staaten gegründete Menschenrechtsorganisation, die ihre ursprüngliche Aufgabe, die Bekämpfung von Antisemitismus, ausgeweitet hat auf die Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung jeder Art. Von dieser Organisation wurde ein Trainingsprogramm entwickelt, das bei der Verfolgung dieser Ziele helfen soll. 1985 wurde das *A World of Difference* Institut gegründet, das seither mit großem Erfolg Trainings an Schulen, in Betrieben, Universitäten und anderen Einrichtungen durchführt. Allein im Schulbereich haben über 350.000 LehrerInnen das *A Classroom of Difference* Programm absolviert und ihre Erfahrungen an über eine Million SchülerInnen weitergegeben.

Das Besondere an diesem Programm ist, dass es nicht moralisieren will, sondern anhand einfacher Übungen in Kleingruppen Vorurteile bewusst macht und anregt, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Es wird davon ausgegangen, dass Vorurteile unbewusst erlernt und daher auch wieder bewusst verlernt werden können. Das Programm beschränkt sich dabei aber nicht auf die Aufarbeitung persönlicher Erfahrungen, sondern bezieht in weiteren Schritten auch die institutionelle Ebene ein. Es beschränkt sich auch nicht auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern berücksichtigt alle Bereiche von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Wenn man zum ersten Mal an einem Training nach dem „A World of Difference“ Konzept teilnimmt, ist man zu Anfang eher überrascht, wie „harmlos“ die Übungen sind. Erst nach einiger Zeit oder auch erst

am nächsten Tag erkennt man die Genialität einiger Übungen und was man alles über sich selbst erfahren hat. Diese Selbsterfahrung ist aber der wichtigste Schritt, den man tun muss, um selbst beim Vorurteilsabbau anderer mitwirken zu können.

Erster Schritt ist daher auch eine Erforschung der eigenen Identität, die aber nicht in unangenehme Selbsterfahrungsübungen im Plenum ausufert, sondern in Diskussionen in Kleingruppen passiert.

Als nächstes wird das Fremde,

das Andere näher betrachtet, wird versucht einerseits Neugier zu wecken und Wissen zu vermitteln, wie auch andererseits die Teilnehmer fühlen zu lassen, wie es ist „anders“ zu sein, sei es nun behindert, alt, arm oder reich, klein oder groß etc. Dies geschieht je nach Gruppe durch Gedankenexperimente oder durch praktische Übungen. Anschließend Diskussionen zeigen, wie und ob das Bild, das vom „anderen“ vorhanden war, noch stimmt und führen vor Augen, wie leicht man Verallgemeinerungen erliegt.

Wichtig für ein Funktionieren des Konzeptes ist, dass die ModeratorInnen durch eine auf die Gruppe abgestimmte Auswahl des Materials und der Seminarstruktur für ein gutes Gruppenklima sorgen, das gewährleistet, dass eine Atmosphäre entsteht, die ein vertrauensvolles

The screenshot shows the ADL website interface. At the top, there is a header with the ADL logo and the text "ADL Urges U.N. to Reject Arafat's Call for a 'Protection Force' in Israel". Below the header is a search bar and a navigation menu with categories like Anti-Semitism, Combating Hate, Civil Rights, Education, Government Affairs, Hate Symbols Database, Holocaust, Interfaith, International Affairs, Internet Israel, Legislative Action Center, Nation of Islam/Farrakhan, Press Release, Religious Freedom, Security for Community, Terrorism Update, ADL Reports, ADL Regional Offices, Dore Scharf Film/Video Awards, Contribute, and Contact ADL. The main content area features a "Crisis in the Middle East" section with a "Click for Current Update" button and a list of news items. Below this is a "SECURITY FOR COMMUNITY INSTITUTIONS" section with a "Breaking News" alert about Alex Curtis being arrested and an "ADL Report About Alex Curtis" link. At the bottom, there are logos for "HateFilter", "HATE ON DISPLAY", and "ABCs of Religion in the Middle East".

Gespräch zulässt.

Das Programm wurde bereits in einige europäische Länder exportiert; so wird es seit einigen Jahren auch in Deutschland unter der Bezeichnung „Eine Welt der Vielfalt“ durchgeführt. Nach den Wahlen im Oktober 1999 nahmen MitarbeiterInnen von ADL Kontakt mit österreichischen Stellen auf, um entgegen der Strategie der Ausgrenzung eine Strategie der Toleranz weiterzugeben. Im August 2000 nahmen schließlich acht ÖsterreicherInnen aus unterschiedlichen Bereichen an einem fünftägigen Sensibilisierungsworkshop in Chicago und New York teil. Weitere Ausbildungskurse in Österreich haben bereits begonnen ...

LITERATUR

Eine Welt der Vielfalt. Ein Trainingsprogramm des A WORLD OF DIFFERENCE-Institute der Anti-Defamation League, New York, in der Adaption für den Schulunterricht; Bertelsmann Stiftung, Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hg.). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1998.

M. WISINGER, Bericht der österreichischen TeilnehmerInnen „Train the Trainer“ MultiplikatorInnenseminar des „A World of Difference-Instituts“ in Chicago, New York, 3.–10. August 2000. Wien 2000.

Vorbild auch für die Schweiz? Erste Ergebnisse der Kooperation zwischen der Anti-Defamation League (ADL) und Österreich: Vorurteile bei sich – und anderen abbauen. Israelitisches Wochenblatt Nr 37, Zürich, 15. September 2000.

www.adl.org/awod/awod_institute.html, 9.11.00

www.schule.bremen.de/ADL/Info/Intro.html, 9.11.00

Diskussionsforum

Hat der Geschichtsunterricht, hat die Politische Bildung versagt? (Koordination: Christa Donnermair)

Anlass für die Einrichtung des folgenden Meinungsforums war eine Stellungnahme von Bundeskanzler Dr. Schüssel bei einer Pressekonferenz. Sie sollte der Schadensbegrenzung nach dem „Sager“ („Unsere Ehre heißt Treue“) des frisch gekürten niederösterreichischen Landeschefs der FPÖ dienen. Es hätte ihn (Schüssel) „gerissen“, als er das hörte, und er hätte sogleich die „Lies!“ (Frau BM Elisabeth Gehrler) aufgefordert, im Bereich des Geschichtsunterrichts tätig zu werden.

Die zentrale Frage auf dieser Pressekonferenz sollte offensichtlich nicht mehr heißen: mit welcher Partei hat sich die ÖVP auf eine Koalition eingelassen, sondern: warum ersparen die GeschichtelehrerInnen dem

Kanzler nicht solche Peinlichkeiten?

Die Reaktionen unter der Kollegenschaft auf die in einer Zeit im Bild Sendung übertragene Äußerung des Kanzlers waren vielfältig. Einigen erschien ein Pflichtfach „Politische Bildung“ heute dringlicher denn je, und zwar nicht nur für SchülerInnen, sondern auch für PolitikerInnen! Andere bedauerten das fast vollständige Fehlen von Studien über die Wirkung des klassischen „Aufklärungsunterrichts“ über den Nationalsozialismus. Oder fehlt es den ÖsterreicherInnen eher an Wissen über den Austrofaschismus? Sollte es immer noch (Bildungs)PolitikerInnen geben, die naiv an eine „Pädagogik des erhobenen Zeigefingers“ glauben? Und welchen Teil an Verantwortung für das politische

und historische Bewusstsein in diesem Land sind wir als GeschichtelehrerInnen bereit zu übernehmen, wo aber grenzen wir uns entschieden ab?

Wir hoffen, dass diese spannende Debatte weitergeht! Den folgenden – längeren und kürzeren – Stellungnahmen liegt ein Impulstext zugrunde. Wir drucken ihn noch einmal ab, mit der Einladung an alle LeserInnen, uns ihre Überlegungen dazu an die Beiträge Redaktion (siehe Impressum) zu schicken.

Ende der siebziger Jahre hat man in Österreichs Schulen dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung den Vorrang vor der Einführung eines gleichnamigen Pflichtfaches gegeben. Die Forderung nach einem solchen ist jedoch nie verstummt, sie wird insbesondere seitens der Schülervertretungen immer wieder erhoben. In Vorwahlzeiten wird dieses Thema auch von politischen EntscheidungsträgerInnen gern aufgenommen, um ebenso rasch wieder zu verschwinden.

Anders verhält es sich mit dem Geschichtsunterricht. An ihn wurde erst kürzlich wieder vom Kanzler persönlich die Aufgabe delegiert, zukünftigen PolitikerInnen historisch belastete „Sager“ rechtzeitig als solche bekannt zu machen. Als nämlich der niederösterreichische FPÖ Landeschef „Unsere Ehre heißt Treue“ verwendete, hat es den Kanzler „gerissen“. Windholz wiederum rechtfertigte sich damit, er hätte das im Geschichtsunterricht nicht gelernt ...

Stimmt mit unserem Geschichtsunterricht etwas nicht? Hat das Unterrichtsprinzip Politische Bildung versagt?

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Stellungnahme der LehrerInnenfortbildungsaktion – „Arbeitswelt und Schule“ AK/ÖGB, Richard Meisel

Wir glauben nicht, dass der Geschichtsunterricht ganz allgemein zu kritisieren ist, sondern dass bestimmte Vermittlungsformen, wie Herrschafts- und Verlaufsgeschichte und die damit verbundene Ausblendung ökonomischer und sozialer Bedingungen, abzulehnen sind. Die Darstellung der jüngeren Österreicherischen Geschichte in einigen Schulbüchern (siehe Falter Bericht 41/00:14 über das Schulbuch „Meilensteine der Geschichte“) lässt Zweifel darüber aufkommen, ob es eine wissenschaftliche Beratung von SchulbuchautorInnen überhaupt gibt.

Trotz des großen Engagements vieler LehrerInnen muss man klarstellen, dass man für das Aufkommen rechtsextremer Strömungen nicht den Geschichtsunterricht verantwortlich machen kann. Es gibt viele Neonazis, die einen professionell und wissenschaftlich orientierten Geschichtsunterricht erlebt und trotz besseren „Wissens“ sich für diese Ideologie entschieden

haben. Der Geschichtsunterricht hat einen schweren Stand wenn z.B. einige Politiker und Journalisten eine „revisionistische“ Geschichtsauffassung vertreten und ein „Ende der Kriminalisierung der eigenen Geschichte“ fordern.

Ähnliches gilt für das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“, wobei das Fehlen eines eigenen Fachs (ausgenommen Berufsbildende Schulen) die Vermittlung von demokratischen Werten erschwert. Daher fordert die Bundesarbeitskammer schon seit Jahren eine Verankerung der „Politischen Bildung“ als Pflichtgegenstand für die gesamte Oberstufe (siehe Studie „Politische Bildung an Österreichs Schulen“ BAK 1993).

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des „normalisierten Rechtsextremismus“ kann nicht vom Bildungswesen und von bestimmten Unterrichtsfächern im Alleingang geführt werden (Pädagogisierung von politischen Problemen), sondern muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden.

Wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass!

Mag. Christine Ehmoser, BHS-Lehrerin

Der Verzicht auf ein eigenständiges Pflichtfach „Politische Bildung“ scheint mir symptomatisch dafür zu sein, wie manche Politiker mit unbequemen historischen Inhalten umgehen. Man verfährt nach dem Motto „Wasch’ mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ Diese Haltung ist gerade für jenen Personenkreis typisch, der sich der persönlichen Verantwortung in Bezug auf seine Aussagen gerne entzieht und stattdessen ein Versagen der Schule konstatiert (Affäre Windholz).

Die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bleibt meines Erachtens zu sehr dem Gutdünken des Unterrichtenden vorbehalten. Ein eigenes Pflichtfach (etwa „Politik und Medien“) wäre

in der Auseinandersetzung mit der politischen Realität schon viel konkreter. In einer zunehmend medienorientierten und -gesteuerten Gesellschaft ist es unverzichtbar, die politischen Institutionen, Mechanismen und vor allem deren Repräsentanten kritisch zu hinterfragen. Wie will man die (oft zitierten) mündigen Staatsbürger erziehen, wenn man ihnen dazu nicht rechtzeitig Gelegenheit gibt? In Deutschland ist „Politik“ sogar ein Abiturfach; aus den dazugehörigen Lehrmitteln (z.B. „Arbeitstechniken politischen Lernens kurzgefasst“) habe ich schon einige Anregungen für meinen Unterricht entnommen.

Damit könnte man sicher auch die so genannte „Politikverdrossenheit“ der SchülerInnen bekämpfen, die ich nach Diskussionen im Unterricht eher als „Frustration“ bezeichnen würde. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: einer meiner Schüler nahm im vergangenen Schuljahr am Jugendparlament in Straßburg teil. Nach der Rückkehr verflog sein Interesse an politischer Betätigung sehr bald, da sich in den österreichischen Gremien niemand wirklich für die Belange der Jugendlichen interessierte.

Viele Lippenbekenntnisse aber wenig echte Unterstützung

Mag. Irene Ecker, BHS-Lehrerin und Lektorin an der Universität Wien

In der HTL gibt es seit dem heurigen Schuljahr österreichweit den Gegenstand „Geschichte und Politische Bildung“. Problematisch ist es allerdings, diesen Gegenstand in vier Stunden (zwei im vierten Jahrgang und zwei im fünften Jahrgang) zu unterrichten, die Zeit ist einfach sehr (= zu) begrenzt. Den Worten des Herrn Bundeskanzlers entsprechend wäre es angebracht den Gegenstand stundenmäßig schulautonom aufzuwerten, also mehr Stunden für „Geschichte und Politische Bildung“

vorzusehen. Das wird natürlich zu Verteilungskämpfen führen, da vor allem die Techniker nicht bereit sind Stunden abzugeben, mit dem Argument: „Die Wirtschaft fordert fachlich perfekt ausgebildete Techniker“. Fazit: Sicher müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Priorität von politischer Bildung zu gewährleisten. Meiner Meinung nach gibt es wenig echte Unterstützung von Seiten der Schulpolitik, aber viele Lippenbekenntnisse. Die Wirtschaft ist an einer politischen Bildung von Schülern im Sinn eines kritischen Hinterfragens sicher nicht interessiert.

Wie kann der einzelne Lehrer beitragen, dass Schüler in dieser ständigen Reizüberflutung durch die Medien und durch rhetorisch bestens ausgebildete Politiker nicht der Manipulation erliegen, sondern Medieninhalte und Politikerreden kritisch hinterfragen können – das ist für mich eine Grundsatzfrage der politischen Bildung. Ich halte es aber auch für sehr wichtig, dass Lehrer die Begrenztheit ihrer Möglichkeiten realistisch einschätzen und sich nicht für alle Fehlentwicklungen der Gesellschaft die Verantwortung zuschieben lassen.

Nochmals zum „Sager“ des FPÖ-Landeschefs: Selbst wenn der Geschichtslehrer des Regionalpolitikers nicht genau über diesen Spruch informiert hat, fällt es doch schwer zu glauben, dass dieser Spruch nicht ideologisch klar zuordenbar war. Und Naivität kann man unserem Bundeskanzler ja eigentlich nicht unterstellen ...

Nur keine Holzhammermethoden!

Dr. Klaus Edel, AHS Lehrer und Lektor an der Universität Wien

Die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren in steigendem Ausmaß mit rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen und Slogans politisches Kapital schlagen lässt sowie

der sorglose Umgang mit Zitaten und Sprüchen des Nationalsozialismus durch „ahnungslose“ Politiker können, ja dürfen engagierte LehrerInnen nicht unberührt lassen.

Existiert politische Bildung als Unterrichtsprinzip nur als Phantom? Haben wir im Geschichteunterricht, in der politischen Bildung versagt? Haben wir uns nicht genug mit der Vergangenheit auseinandergesetzt? Stimmen demnach die Vermutungen mancher Medien und Politiker, dass LehrerInnen unangenehmen Themen wie Faschismus, Holocaust oder Rassismus ausweichen oder sie halbherzig exekutieren? Bedarf es neuer Unterrichtsmaterialien im Schnellschussverfahren, wie dies der Bundeskanzler nach der Affäre Windholz forderte? Sind die Enkel der Opfer, Täter bzw. Wegbegleiter des Nationalsozialismus „der Geschichte“ einfach überdrüssig? Fragen über Fragen, gibt es auch Antworten, Lösungsvorschläge?

Einen Aspekt erbrachte in diesem Zusammenhang die gemeinsame Veranstaltung des Stadtschulrates für Wien und der Arbeitsgemeinschaft Geschichte und Sozialkunde am 11. 10. 2000. Anlass war die Analyse des Schulbuches „Meilensteine der Geschichte“ durch GeschichtslehrerInnen des BG und BRG „Bertha von Suttner“ die die Perpetuierung von Vorurteilen sowie eine Reihe von als xenophob und rassistisch interpretierbaren Stellen in den drei Bänden zutage förderte. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen die Untersuchungen zum Holocaust im derzeit am häufigsten verwendeten Buch für die Unterstufe als auch über die Kreuzzüge und Türkenkriege in unseren Schulbüchern. Nun könnte man einwenden, dass die Problematik der bildlichen oder schriftlichen Darstellungsweise im Unterricht gerade im Sinne der eigenen Erkenntnis und Einsicht fruchtbar gemacht werden kann und in den LehrerInnenbegleitheften meist entsprechende Hinweise enthalten seien. In der Diskussion im Palais Epstein wurde aber deutlich,

dass solche Texte, Abbildungen oder Arbeitsaufträge in den Schulbüchern nichts zu suchen haben, da sie sehr wohl geeignet sind bei SchülerInnen, die mit dem Buch – sei es durch den Unterrichtsstil, sei es durch die Stoffauswahl – allein gelassen werden, Vorurteile, rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen zu fördern und zu entwickeln. Es stellt sich über den Anlassfall hinaus die grundsätzliche Frage, wie es möglich ist, dass trotz solcher offensichtlicher Mängel Schulbücher vom Ministerium approbiert wurden und werden. Die Argumentation des zuständigen Referenten, dass man seit den schon etliche Jahre zurückliegenden Genehmigungen sensibler geworden sei und heute solche Textstellen nicht durchgingen, ist im Lichte der schon zitierten Studie für das Georg Eckert Institut über die Behandlung des Holocaust in einem noch nicht allzu lange auf dem Markt befindlichen österreichischen Schulbuch zumindest dubios. Hier ist sicher die Praxis der Approbationskommissionen zu überdenken und vor allem auf die verpflichtende Beziehung von Fachleuten der Universitäten zu drängen, damit einerseits die Schulbücher dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen und andererseits Fragwürdiges und falsch Interpretierbares im Voraus eliminiert wird.

Die Behauptung, dass sich die Schule mit wichtigen zeitgeschichtlichen Themen nicht oder nur unwillig auseinandersetze, ist nicht neu und meines Erachtens für die Mehrheit der Unterrichtenden nicht zutreffend. Hingegen kam in Diskussionen mit SchülerInnen des HaydnRealGymnasiums der Vorwurf, dass durch die mangelnde Koordination und Kommunikation unter den LehrerInnen Themen wie Rassismus, Antisemitismus oder Holocaust in Fächern wie Deutsch, Geschichte und Sozialkunde, Biologie und Umweltkunde, Religion oder im Fremdsprachenunterricht gehäuft und völlig zusammenhanglos behandelt wurden und so bei einigen

den Reflex „Oh Gott, schon wieder!“ hervorriefen. Hier sollte die in den letzten beiden Jahrzehnten in den fachdidaktischen Seminaren geübte Praxis der Förderung der Team- und Kooperationsfähigkeit von LehrerInnen Früchte tragen und solche Fehlleistungen verhindern.

Übereinstimmend hoben die SchülerInnen hervor, dass die Qualität des Gebotenen für sie wichtiger war als die Quantität. Was nützt die Einladung von ZeitzeugInnen oder eine Exkursion nach Mauthausen, wenn das Gespräch bzw. der Besuch des Konzentrationslagers weder vor- noch nachbereitet wird.

Diese Argumente waren viel häufiger anzutreffen als die von ihren Motiven her leicht durchschaubare Aussage, dass die Geschehnisse der Zeit von 1938–1945 auf Grund des inzwischen auf rund sechs Jahrzehnte angewachsenen zeitlichen Abstandes und der unterschiedlichen, auch außereuropäischen Herkunft, niemanden mehr interessieren. Das Gegenteil ist der Fall, denn an der Schule durchgeführte Projekte, wie „Die Rolle des Widerstands gegen den Totalitarismus und seine Bedeutung für die Einigung Europas“, die gut koordiniert und vorbereitet sind und bei denen sich die SchülerInnen selbständig mit diesen Themen auseinandersetzen können, erhalten bei der abschließenden Evaluation eine gute Bewertung. Was sie bewog mitzutun war, „Sich ein eigenes Bild machen, mit Betroffenen, den Großeltern darüber reden, sich mit den SchülerInnen der Partnerschulen darüber austauschen“.

Ich glaube, dass diese Anleitung zu Selbsttätigkeit und kritischer Auseinandersetzung sowie das glaubwürdige Handeln der LehrerInnen mehr bewirkt als die Verteilung von Publikationen über NS Formulierungen und Holzhammermethoden.

Das Dilemma Politische Bildung in Österreich

Peter Filzmaier

Es war einmal ein Landesparteiobmann, der im Jahr 2000 die vermeintlich lange Zeit zurückliegende Parole „Unsere Ehre heißt Treue“ verkündete. Nein, falsch: Leider war es nicht, sondern es ist, und das nicht nur einmal! Mehr als 50 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde in Österreich von „Euthanasieärzten der Gemeindeautonomie“ (Klaus Gasteiger) gesprochen. Ein einfaches Parteimitglied, früherer Bundesparteiobmann und Landeshauptmann – mit vorübergehender Amtspause nach einem Lob für die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ – hat vorgeschlagen, gegen politische Mandatäre in bestimmten Fällen von kritischer Meinungsäußerung und Aktivität strafrechtlich vorzugehen. Der Justizminister hielt das zumindest anfänglich für überlegenswert. Als sollte schließlich bewiesen werden, dass sich solche Vorkommnisse – wenn es sich schon nicht um Einzelfälle handelt – keineswegs auf eine Partei beschränken, droht ein Gewerkschaftsfunktionär mit dem „Brennen der Republik“. Der neben dem Funktionär sitzende ÖGB-Präsident distanziert sich lediglich mit Verspätung. Eine Suche in den Zeitungsarchiven lässt die Liste von unsensiblen bis demokratiewidrigen bzw. sogar rechtsextremen Aussagen heimischer Politiker auch in der jüngsten Vergangenheit endlos erscheinen.

Es ist müßig zu diskutieren, welche Aussprüche mit böser Absicht oder in gefährlicher Ahnungslosigkeit getätigt wurden. Beides ist nahezu gleichermaßen erschütternd. Noch bedenklicher allerdings ist, dass von vielen ÖsterreicherInnen diese Erschütterung nicht verstanden wurde. Oder als Frage formuliert: Ist Politische Bildung in Österreich zum Scheitern verurteilt?

Die politische Bildungsarbeit weist in der Zweiten Republik eine

durch relative Inaktivität und Passivität geprägte Geschichte auf. Natürlich rührt das Unheil der obigen Beispiele aus der Zeit des Nationalsozialismus. Der Kardinalfehler geschah jedoch nach 1945: Das Defizit an Politischer Bildung in Österreich resultiert (auch) aus der sich anstatt einer „Tätertheorie“ durchsetzenden Annahme, dass unser Land 1938 ausschließlich ein Opfer nationalsozialistischer Aggression war. Daraus abgeleitet wurde der Bestand einer lediglich von 1938 bis 1945 unterbrochenen österreichischen Kontinuität und – im Unterschied zur späteren Bundesrepublik Deutschland – die fehlende Notwendigkeit für eine umfassende Politik der politischen Resozialisierung. Politische Bildung als Instrument der Resozialisierungspolitik verfügte in Deutschland über einen hohen Stellenwert, während in Österreich kein unmittelbarer Handlungsbedarf gesehen wurde. Die alliierten Besatzungsmächte bestimmten, anders als in Deutschland, für die Zweite Republik keine spezifischen Bildungsaufgaben. Die Alliierten entschieden nicht mit, welche Inhalte in österreichischen Schulen und in der Erwachsenenbildung als Demokratie vermittelt werden, und welche geschichts- und sozialwissenschaftlichen Vorgaben an österreichischen Universitäten zusätzlich zur der Institutionenlehre in die Politische Bildung einfließen sollten.

Politische Bildung war jahrzehntelang keine unmittelbare Funktion des Staates, d.h. sie wurde nicht als durch den Staat per se auszuführende Aufgabe gesehen, sondern ereignete sich primär als Bildungsarbeit der Parteien, denen vor allem im Rahmen der 1973 errichteten Parteiakademien relativ reichhaltige Mittel für politische Bildungsarbeit zur Verfügung standen. Politische Bildung als SPÖ-, ÖVP-, FPÖ- oder Grüne-Bildung fand in hohem Ausmaß budgetpolitische Akzeptanz, wurde jedoch parallel dazu auch lange Zeit gesellschaftlich akzeptiert. Für die Politische Bildung in

Österreich ergab das folgerichtig eine unkoordinierte Summe der Bildungstätigkeit von einzelnen Parteien. Unverändert ist festzustellen, dass Initiativen für Politische Bildung jenseits der Parteien bzw. als gemeinsame Aktivität seitens aller Parteien relativ selten sind, und gleichsam instinktiv versucht wird, alle an der politischen Bildungsarbeit beteiligten Personen (Lehrende und Lernende) bzw. Organisationen einer Partei zuzuordnen.

Zu unterscheiden ist, mit unterschiedlichen Problemlagen, zwischen der Politischen Bildung in der Erwachsenenbildung und im Schulbereich. In Österreich findet die Politische Bildung eine formale Berücksichtigung in der staatlichen Bildungspolitik durch das Budgetgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und steht dadurch als „politische, sozial- und wirtschaftskundliche Bildung“ unter den förderungswürdigen Aufgaben an erster Stelle. 1977 wurde für die Erwachsenenbildung seitens des Bundes unter Mitfinanzierung der Länder das Österreichische Institut für Politische Bildung in Mattersburg eingerichtet, jedoch am Beginn der neunziger Jahre geschlossen. Seitdem werden über den Gründerverein des Instituts, die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGfPB), alljährlich Mittel des Bundes und der Länder für Erwachsenenbildungsprojekte zur Politischen Bildung vergeben.

Politische Bildung ist für das Selbstverständnis der Institutionen der Erwachsenenbildung Österreichs (Volkshochschulen usw.) ein wichtiges Moment, doch sind die budgetären Mittel höchst bescheiden. „Politische“ Angebote finden außerdem unter den AdressatInnen der Erwachsenenbildung kaum Resonanz. Nicht nur gegenüber unmittelbar praxisbezogener Berufsbildung, sondern auch im Vergleich mit anderen Bildungsangeboten – von Gesundheit bis Esoterik – belegen Statistiken, dass das Angebot der Weiterbildungseinrich-

tungen im Bereich der Politischen Bildung nach einer Phase des Aufschwungs in den siebziger Jahren nur einen minimalen Prozentsatz einnimmt und die TeilnehmerInnenzahl quantitativ fast vernachlässigbar erscheint.

Im Schulbereich existiert Politische Bildung seit 1978 als *Unterrichtsprinzip*. Für die Politische Bildung bedeutet dieser Status seine (mögliche) inhaltliche Berücksichtigung in allen Schultypen und Unterrichtsfächern. Die theoretische Möglichkeit wird aber zur praktischen Unmöglichkeit, weil Politische Bildung mit 13 weiteren Unterrichtsprinzipien konkurrieren muss. In der Schulpraxis ist dadurch die reale Umsetzung des Prinzips unterschiedlich. Wie sollen LehrerInnen Politische Bildung sowie Medien-, Umwelt-, Sexual-, Europa-, Verkehrserziehung usw. als Fülle von Prinzipien in einem Ausmaß, das jedes Prinzip unbestritten verdient, berücksichtigen? Ein fächerübergreifender Ansatz ist jedoch unabdingbar, um durch Politische Bildung gleichermaßen politiktheoretische (Entgrenzung von Politik), bildungstheoretische (umfassende Allgemeinbildung), schulpädagogische (innere Schulreform/innere Schuldemokratie) und bildungsökonomische Perspektiven zu bieten.

Als *Unterrichtsfach* gibt es Politische Bildung lediglich an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und – mit unterschiedlichen Namenskombinationen (zum Beispiel Wirtschaftliche Bildung, Rechtskunde und Politische Bildung an HTL) – an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). Im Allgemeinbildenden Schulwesen bzw. insbesondere an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) gibt es gegenwärtig – im Schuljahr 2000/2001 – kein reguläres Fach Politische Bildung. Es besteht nur die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung in der AHS-Oberstufe. Die Abhaltung der unver-

bindlichen Übung ist allerdings abhängig von Angebot und Nachfrage, d.h. zusätzlich der Motivation von Lehrenden und Lernenden sind die budgetären Ressourcen entscheidend. Eine Entscheidung, welche derzeit die Existenz einer Übung Politische Bildung zum Ausnahmefall macht.

Es finden aber österreichweit Schulversuche statt, die – nach dem Vorbild von Versuchen in Oberösterreich (u.a. BRG Schloss Wagrain, Vöcklabruck) – ein Fach Politische Bildung und Zeitgeschichte für die 7. und 8. Klassen vorsehen. Eine positive Evaluation der Schulversuche soll zur generellen Einführung dieses Faches als Pflichtgegenstand führen. Die Facheinführung ist von Bedeutung, weil unabhängig vom Engagement der unterrichtenden LehrerInnen und der teilnehmenden SchülerInnen ein Wahlfach einem Pflichtgegenstand nicht vollkommen gleichwertig sein kann. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen – es ist eine „Politisierung“ der österreichischen Gesellschaft zu vermuten – ist das Fach unabdingbar, darf aber weder an AHS noch an BMHS das Prinzip ersetzen. Es wäre gefährlich, die vielfältigen und interdisziplinären Inhalte der Politischen Bildung in wenige Wochenstunden einzusperren. Konsequenz wäre, dass Politische Bildung auf eine vordergründige Institutionenlehre reduziert würde, und sowohl der Blick für größere Zusammenhänge als auch die Kompetenz für eine Umsetzung von Inhalten im gesellschaftlichen Alltag verloren gehen. Komplexe Themenbereiche wie das Demokratieverständnis der Österreicher können nicht in wenigen Unterrichtseinheiten/Woche abgehandelt werden, sondern müssen als fächerübergreifende Projekte aufgearbeitet werden.

Polemisch formuliert: Wer Verfassungen auswendig lernt, ist nicht zwangsläufig ein Demokrat. Wer Menschenrechtserklärungen auswendig lernt, muss sich nicht

automatisch Gedanken über, zum Beispiel, Xenophobie und Toleranz in seiner Schule machen. Wer zeitgeschichtliche Daten auswendig lernt, ist weder sonderlich politisch noch ausreichend gebildet bzw. jedenfalls nicht gegen eine Verwendung rechtspopulistischer bzw. rechts-extremistischer Sprachelemente sensibilisiert.

Es stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an SchülerInnen vermittelt werden soll. Für Politische Bildung gibt es keine universitäre Ausbildung, d.h. kein reguläres Studium, das systematisch für ein Lehramt an höheren Schulen vorbereitet. Es fehlt auch weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die LehrerInnen für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung qualifizieren soll. Im Fortbildungsbereich bildet lediglich der postgraduale Universitätslehrgang Politische Bildung/*Master of Advanced Studies (MAS)-Civic Education*-Programm des Instituts für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung/IFF eine Ausnahme. Kritisch anzumerken wäre, dass es von Unterrichtsverwaltung und Universitäten – abgesehen von den erfolgreichen IFF-Lehrgängen – zu wenige gemeinsame Initiativen gibt (kein entsprechendes Lehramtsstudium, kaum Mitarbeit der PolitikwissenschaftlerInnen usw. bei der Erstellung von Lehrplänen der Politischen Bildung, keine Kooperation für das Schreiben von Lehrbüchern usw.). Politische Bildung droht dadurch zur Beliebigkeitslehre zu werden, zu einer zufällig besseren oder zufällig schlechteren Aneinanderreihung zufälliger Inhalte, die mit einer zufällig zustande gekommenen Didaktik vermittelt werden.

Das Problem der Politischen Bildung in Österreich ist Apathie und nicht nur die Gefahr der Parteilichkeit (Herbert Dachs in ÖZB 1/1996: 5-18). Apolitische Lehrplanverwalter sind der politischen Bildungsarbeit abträglicher als LehrerInnen, die in Einzelfällen durch Überengagement

zu sehr auf der Basis subjektiver Urteile arbeiten. So wichtig die Installation von Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip war, so gerne wird die Existenz des Prinzips als Alibi für spätere Untätigkeit genommen. Für einen substantiellen Fortschritt ist daher ein Fach Politische Bildung neben dem Unterrichtsprinzip unumgänglich. Neben dem Fach und einem Lehramtsstudium als institutionelle Merkmale fehlt inhaltlich ein modulähnliches „Baustein“-Angebot nötigen Wissens über Gesellschaft, Politik und Staat. Ein Hauptdilemma besteht jedoch darin, dass Politische Bildung nicht wettbewerbsfähig ist, sondern einer bildungspolitischen Grundsatzentscheidung bedarf, um gegenüber Themen und Unterrichtsfächern, die „praktischen Ertrag“ versprechen, bestehen zu können. Die Entscheidung, in welcher Quantität und mit welcher Qualität politische Bildungsarbeit stattfinden soll, ist eine staatspolitische Entscheidung.

Schließlich der Versuch eines konstruktiven Schlussabsatzes. Inhaltlich hat Politische Bildung in Theorie und Praxis sowie hinsichtlich der didaktischen Vermittlungsformen anstatt eines linear-missionarischen Gedankens mehrere „Mittelwege“ zu finden, um sich als seriöser Bildungsbereich (weiter) zu etablieren:

- Erforderlich ist ein Mittelweg zwischen Politischer Bildung als Wissensvermittlung, aber auch als Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten, sowie als Entfaltung der Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln. Politische Bildung basiert auf demokratischen Wertvorstellungen und versteht sich nicht als eine bloße Aneinanderreihung fachspezifischer Inhalte. Wenn Lehrenden und Lernenden die Chance geboten wird, über die Erweiterung politischen Wissens hinausgehend zentrale Problemfelder der Gesellschaft aufzugreifen, kann sich durch ihre gesellschaftliche Problematisierung und Ächtung

auch die Zahl historisch belasteter Aussprüche und Forderungen verringern.

- Erforderlich ist eine Neubewertung politischer Institutionen als Mittelweg zwischen Anti-Institutionalismus und blinder Institutionengläubigkeit. Politische Bildung hat in modernen Demokratien nicht die Aufgabe, ein politisches System umzustürzen, darf jedoch auch nicht als Stabilisierungsfaktor des Bestehenden verkommen und institutionelle Veränderungen durch die Förderung eines blinden Autoritätsglaubens verhindern helfen.
- Erforderlich ist mehr Transparenz als Mittelweg zwischen scheinbarer Objektivität und übertriebener Subjektivität. Selbstverständlich dürfen Zielgruppen der Politischen Bildung weder manipuliert noch indoktriniert werden. Doch gesellschaftliche bzw. politische Themen, die – siehe das Beispiel des Rechtsextremismus (und auch des Rechtspopulismus) – aus Sicht der Wissenschaft eine gefährliche Entwicklung darstellen, müssen in der politischen Bildungsarbeit auch als gefährlich erscheinen. Abzulehnen ist hingegen eine (Schein-)Objektivität, die für das Bildungssystem totalitärer Systeme charakteristisch ist, und eine offene Positionierung der Lehrenden verhindert, um – unter dem Vorwand sich auf „Fakten“ zu beschränken – jedwede Diskussion und Kritik der Lehrinhalte zu unterbinden.

Peter Filzmaier ist Bereichsleiter für Politische Bildung am Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) und Koordinator des Universitätslehrgangs Politische Bildung/Master of Advanced Studies (Civic Education) – peter.filzmaier@uibk.ac.at

Literatur und Unterrichtsmaterialien zum Thema Rassismus – Rechtsextremismus – Rechtspopulismus

Aluffi-Pentini Anna/Peter Gstettner/
Walter Lorenz/Vladimir Wakounig, Hg.
(1999):

Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis

Drava Verlag, Klagenfurt-Celovec,
295 Seiten. ISBN 3-85435-254-9
„Die erneute Hochblüte des Nationalismus und die wachsende Bedeutung von genetisch verstandener Ethnizität in politischen Argumentationen sind Zeugen für die Verunsicherung und die Anziehungskraft reaktionärer Antworten. ... Die Beiträge in diesem Buch sind der antirassistischen Arbeit und der Vertiefung des reflexiven Bewusstseins über Gleichheit und Ungleichheit verpflichtet.“

Arbeitswelt und Schule, Hg. (1999):

Vom Ich – Zum Du – Zum Wir. Unterrichtsprojekte zum Prosozialem Lernen, Wien

Dieses Handbuch der LehrerInnenfortbildungsaktion „Arbeitswelt und Schule“ enthält Beiträge zum Training sozialer Kompetenzen im Klassenteam, zum Prosozialem Lernen im Berufsschulbereich, zu Erfahrungen über Erlebnispädagogik in der schulischen Praxis, zu Möglichkeiten der Peer-Konflikt-Mediation an Wiener AHS sowie Berichte über die Projektreihe „MEGA-Lösungen (Miteinander Erfahren wir Gewalt- und Aggressionslösungen)“ und die Workshop-Reihe „Ich bin o.k., Du bist o.k.“ (zu beziehen über „Arbeitswelt und Schule“)

Benz Wolfgang, Hg. (1990):

Legenden-Lügen-Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte

Verlag Moos & Partner, München.
ISBN 3-89164-105-2, 222 Seiten
„Dieses Lexikon will in 82 Artikeln zu den wichtigsten Schlagworten und Begriffen wissenschaftliche Erkenntnisse umsetzen in Informationen zum Gebrauch in der Diskussion, ob in politischem Streit, ob am Stammtisch, ob in der Familie. Absicht war es, allen denen Argumente und Beweise in die Hand zu geben, die – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der politischen Bildungsarbeit, in der Öffentlichkeit – mit Legenden,

Lügen und Vorurteilen konfrontiert sind und darauf kompetent und sachlich reagieren müssen.“

Büttner Manfred (1999):

Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt

Schneider Verlag, Hohengehren,
2 Bände, jeweils ca. 250 Seiten
Band 1: Theorie und Ideologie des Rechtsextremismus in Vergangenheit und Gegenwart, ISBN 3-89676-147-1
Band 2: Unterricht und Erziehung gegen Rechtsgewalt, ISBN 3-89676-148-X
„Führende Fachleute aus Politologie, Sozialpädagogik, Schulpädagogik, Journalismus, Mediendidaktik, Antifa, Schulpraktiker arbeiten im didaktischen Teil (Band 1) zusammen und liefern das ganze Grundlagenwissen ... um die Jugend vom Irrweg des Rechtsrucks, vom Ja zur Ellbogengesellschaft und Gewalt wieder abzubringen. ... In Band 2 kommen die SchulpraktikerInnen zu Wort mit unterschiedlichen Konzepten. ... Ergänzt werden beide Bände mit umfangreichen Quellenmaterialien, Grafiken und Abbildungen für die Information der Zielgruppe und auch für den Unterrichtseinsatz.“

Helping hands/anti-rassismus-hotline (1999):

Wir-We-Biz-Nostros-Nous-Biso-Sisi-Me-Api-Noi-Mi. Materialien von helping hands zum Thema „Rassismus“ im Alltag

Ich, Rassist? (1998):

Europäische Kommission, Wien,
31 Seiten
Der an Jugendliche ab 10 Jahren gerichtete Comic problematisiert Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung. Diese Unterrichtsmaterialien können in Klassenstärke bezogen werden.

Meisel, Richard (1997):

Rechtsextremismus, die neue Rechte

und aktuelle rechtsextreme Strömungen

Wien, Politik und Zeitgeschehen 5B/97
Neben Begriffsdefinitionen von Rechtsextremismus und Neuer Rechter beinhaltet diese Publikation Informationen über rechtsextreme Aktivitäten und Organisationen im Umfeld von Neuhedentum, Esoterik, New Age und Ökologiebewegung

Mit anderen Augen (1996):

BMUK, Wien, CD-Rom
Diese für Jugendliche ab 14 Jahren entwickelte CD-Rom setzt sich mit verschiedenen Sichtweisen des Rassismus auseinander. Im Rahmen verschiedener, als Multimedia-Clips gestalteter Beiträge finden sich Hintergrundinformationen, Interviewausschnitte, Animationen etc. (sowohl Österreich- als auch Europa-bezogen). Über ein „Studio-Interface“ können die SchülerInnen selbst aus dem vorhandenen Material themenbezogene Clips zusammenstellen. Leider entspricht die CD-Rom nicht mehr aktuellen CD-Rom- und Multimedia-Standards und wurde bedauerlicherweise auch nicht aktualisiert.

Pawek Robert/Richard Meisel/Brigitte Stierl (1993):

Was tun gegen Gewalt

Wien, ÖGB+AK-Wien – Arbeitswelt und Schule

Neben einem theoretischen Teil zum Themenbereich Gewalt/Gewaltprävention bietet diese Materialiensammlung zum Bereich „Prosozialem Lernen zur Gewaltprävention“ Anregungen und Anleitungen für die Durchführung von Schuleinstiegsprojekten für 15jährige. Durch spezielle Unterrichtseinheiten soll der Aufbau einer funktionierenden Klassengemeinschaft gefördert, die Fähigkeiten zur Bearbeitung von Konflikten geschult, sowie der Umgang mit abweichendem Verhalten und die Integration von Außenseitern gefördert werden. Die Sammlung enthält diverse Kopiervorlagen für konkrete Unterrichtssequenzen (zu beziehen über „Arbeitswelt und Schule“).

Posselt Ralf-Erick/Klaus Schumacher (1993):

Projekthandbuch Gewalt & Rassismus.

Handlungsorientierte und offensive Projekte, Aktionen und Ideen zur Auseinandersetzung und Überwindung von Gewalt und Rassismus in Jugendarbeit, Schule und Betrieb

AG-SOS-Rassismus, NRW

Das Buch ist in Zusammenarbeit einer Reihe von antirassistischen Initiativen und Jugendorganisationen aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Umfeld entstanden. U.a. finden sich darin Anleitungen, sich auf spielerische Art und Weise mit Aggression und Gewalt auseinander zu setzen und ein „konstruktives“ Ausleben der eigenen Energien zu fördern.

Rainer Barbara/Elisabeth Reif (1997):
Du schwarz?! Ich weiß! 10 Module gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen

Gesellschaft für bedrohte Völker, Wien, 204 Seiten. ISBN 3-9500796-0-2

Das Buch enthält Vorschläge für die Gestaltung von Projektwochen, Informationen über Initiativen zur Vermittlung von ReferentInnen und KünstlerInnen sowie eine umfangreiche Medienliste
„Dieses Präventionsprogramm versucht, den komplexen Ursachen, die bei der Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft eine Rolle spielen, gerecht zu werden. Hier finden Sie Spiele und Methoden, die sich sowohl für den Schulunterricht als auch für außerschulische Jugendarbeit eignen.“
 Tiedemann, Markus (1996):

„In Auschwitz wurde niemand vergast“ 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt

Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr, 184 Seiten. ISBN 3-86072-275-1
„Die Holocaust-Leugner lügen, verbreiten Halbwahrheiten, biegen sich die Fakten zurecht, ganz wie sie es brauchen. Aber sie tun das sehr geschickt und sind oftmals durch Schulungen gut vorbereitet.“

Selbst wenn man den Holocaust-Leugnern kein Wort glaubt, ist man dennoch oft hilflos, was man ihnen entgegen soll. Reine Polemik und echte Empörung machen es den Neonazis zu leicht. Die geschichtliche Wahrheit ist immer die beste Waffe. Deswegen ist dieses Buch nicht nur eine Argumentationshilfe, sondern gleichzeitig auch ein thematische geordnetes Geschichtsbuch.“

Wiesz József/Ernst Gattol/Kari Kinnunen, Hg. (1997):

Integration contra Nationalismus. Handbuch für Erwachsenenbildung

224 Seiten (in Österreich erhältlich bei: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, St. Wolfgang, A-5350 Strobl, Tel.: 06137-66210, FAX: 06137-662116, e-mail: office@bifeb.or.at

„Das vorliegende Handbuch ist ein Produkt des gleichnamigen Projekts, das von der Europäischen Kommission im Rahmen des Sokrates-Programms/Erwachsenenbildung gefördert wird. Es entstand in transnationaler Kooperation zwischen der Työväen Akatemia (Arbeiterakademie, Finnland), dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (Österreich) und der Heimvolkshochschule Hustedt (BRD).“

Themenbereiche: Migration und Inte-

gration, Nationalismus, Europäische Einigung, Soziale Probleme, Minderheiten, Rassismus, Vergangenheit, Rechtsextremismus, „Neue Rechte“, Printmedien, Fernsehen, Internet

Wir ... (1999):

Materialien zum Thema Rassismus im Alltag, Wien

Die für Jugendliche ab zehn Jahren geeignete Materialmappe gibt LehrerInnen Anregungen zur Bearbeitung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Unterricht; sie enthält aktuelle und Österreich-bezogene Informationen, diverse Kopiervorlagen sowie Denk-, Spiel- und Arbeitsanleitungen.

Weitere Literaturvorschläge zu diesem Thema finden sie im Internet auf unserer Homepage <http://www.univie.ac.at.wirtschaftsgeschichte/vgs>

WWW-Links zum Thema Rechtspopulismus/Rechtsextremismus**Aufsätze, Beiträge aus Zeitschriften u.a.m.**

Liberalismus-Rechtsradikalismus-Rechtspopulismus: <http://www.politik.uni-mainz.de/kai.arzheimer/fpoe/repfpoe.pdf.html>
 Austria, FPÖ u. Haider-Infopage: http://emmaf.isuisse.com/emmaf/base/haider/austria_elect.html
 Jean-Ives Camus: Europas extreme Rechte zwischen Marginalisierung und Salonfähigkeit (Le Monde diplomatique): <http://www.taz.de/tpl/.nf/spText?Name=haider&idx=12>
 Europas extreme Rechte hofft dank Haider auf Legitimität: <http://myweb.worldnet.net/~balmer/mayer.html>
 Tendenzen in der Ausdrucksweise der FP2: <http://www.futurelinks.at/nazi-speak-3.html>
 Über sprachliche Strategien des FPÖ-Politikers Jörg Haider: http://www.eurac.edu/Academia/22/Art_4.asp

Organisationen, Initiativen

Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes: <http://www.doew.at/>
 Nazis im Web: <http://www.neckar-alb.de/wettbewerb/>
 Militia Watchdog: <http://www.sff.net/people/pitman/index.htm>
 EU-Statewatch: <http://www.statewatch.org/>
 Anne Frank Educational Trust: <http://www.afet.org.uk/>
 Anti-Defamation-Ligue: <http://www.adl.org/>

Jugend/Rechtsextremismus/Gewaltbereitschaft

Rechtsextremismus und Gewalt: http://www.mg.fh-niederrhein.de/fb06/buecher/band_11/recht_8.html
 Brutalisierung ohne Schuldgefühl (Heitmeyer): <http://gfpa.uibk.ac.at/pub/0011.htm>
 ZEIT-Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer: http://www.zeit.de/2000/35/Politik/200035_wilhelm.html
 Sozialpsychologie des Rechtsextremismus: <http://www.soz.uni-hannover.de/ipol/wkreutz6.htm>
 Schülerprojekt „Jugend und Gewalt“: <http://www.moerike-g.es.bw.schule.de/seku/Gewalt.htm>
 Dossier „Jugend und Gewalt“: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-92/9241701m.htm>
 Nein zur Gewalt: <http://www.basta-net.de/>
 Dt. Verfassungsschutz, Rechtsextremismusbericht: <http://www.verfassungsschutz.de/publikationen/gesamt/lagerede.html>
 Jugend in Osttd., Lebenssituation und Delinquenz: <http://www.uni-potsdam.de/u/ifk/j99-fazit-int.html>
 Jugendliche und Gewalt in den Medien: <http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/ss2k-06.htm>

Bibliographien/Linksammlungen zum Themenbereich:

Bibliographie Rechtspopulismus und Wahlen: <http://www.zap.or.at/e20200607.html>
 Bibliographie Populismus: <http://www.ub.uni-duisburg.de/diss/diss9705/litverz.htm>
 DISS-Publikationen zum Thema Rechtsextremismus: http://www.uni-marburg.de/dir/GRUPPEN/SELBSTDA/DISS/L_RECH.HTML
 Bibliographie: Rechtsextremismus, Rassismus ...: <http://gfpa.uibk.ac.at/pub/0011.htm>
 Rechtsextremismus im Internet: <http://gfpa.uibk.ac.at/art/0003.htm>
 Rechtsextremismulinks (Gesellschaft f. Politische Aufklärung) <http://gfpa.uibk.ac.at/ber/0010.htm>

Aus Anlass der Wahlurbulenzen in den USA im Folgenden auch einige nützliche Links zum Thema Wahlen (diese bieten z.T. auch Informationen über das Parteienspektrum in den jeweiligen Ländern unter Einschluss der Nichtregierungsparteien)

Wahlen, Wahlsysteme, Parteien

Amerikawahlen: <http://www.lpb.bwue.de/aktuell/polit.htm>
 Elections around the world: <http://www.agora.stm.it/elections/home.htm>
 Websites of National Parliaments: <http://www.ipu.org/english/parlweb.htm>
 Worldwide Governments on th WWW: <http://www.gksoft.com/govt/en/world.html#G>
 Government Ressources on the Web (Univ. of Michigan): <http://www.lib.umich.edu/libhome/Documents.center/govweb.html>
 Parteien und Wahlen in Europa: <http://www-public.rz.uni-duesseldorf.de/~nordsiew/indexd.html>
 European Politics Directory: <http://users.belgacom.net/gc192975/eurodir/index.htm>
 Wahlen und Wahlsysteme weltweit: <http://www.psr.keele.ac.uk/election.htm>
 Jenkins-Report zu Wahlsystemen im Vergleich: <http://www.official-documents.co.uk/document/cm40/4090/contents.htm>
 Electoral Reform Society: <http://www.electoral-reform.org.uk/>
 Wahlsysteme und Verfahren: <http://www.wahlrecht.de/systeme/index.htm>
 Informationen zu Wahlrechtsfragen: <http://www.wahlrecht.de/>
 Yahoo-Politikseite-Österreich: <http://de.fc.yahoo.com/n/nationalrat.html>
 Politische Parteien und Organisationen in Österreich: <http://www.politicalresources.net/austria.htm>

zusammengestellt von: Eduard Fuchs, Nov. 2000

Sondernummern / Special Issues

The Balkans. Traditional Patterns of Life

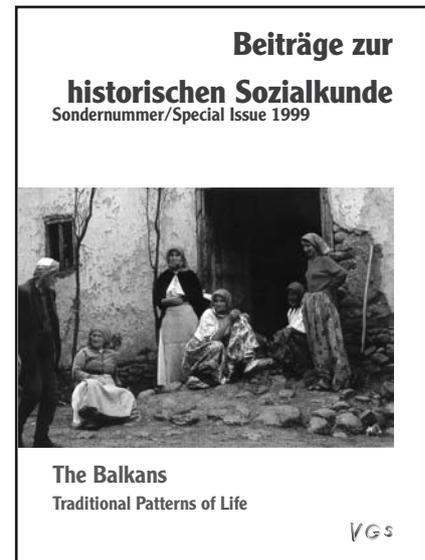
Contents

Introduction

MICHAEL MITTERAUER: A Patriarchal Culture? Functions and Forms of Family in the Balkans

KARL KASER: Descent, Relationship and the Public

HANNES GRANDITS/JOEL M. HALPERN: Traditional Value Patterns and The War in Ex-Yugoslavia



Transitional Russia from a Historical and Didactic Perspective

Contents

ALOIS ECKER: Editorial

ANDREAS KAPPELER: From the Multinational Soviet Empire to 15 National States

HANS-GEORG HEINRICH: Problems of the Transformation Period in Russia

MARTINA RITTER: From Soviet Society to Civil Society?

ALISON CARDWELL: The Council of Europ's Contribution to the Reform of History Teaching in the Russian Federation and the Succession States of the Former Soviet Union

ALOIS ECKER: History teaching in the Russian Federation – from the View of Process-oriented Didactics

LUDMILA ALEXASCHKINA: The Development of History Curricula for Secondary Schools in the Russian Federation

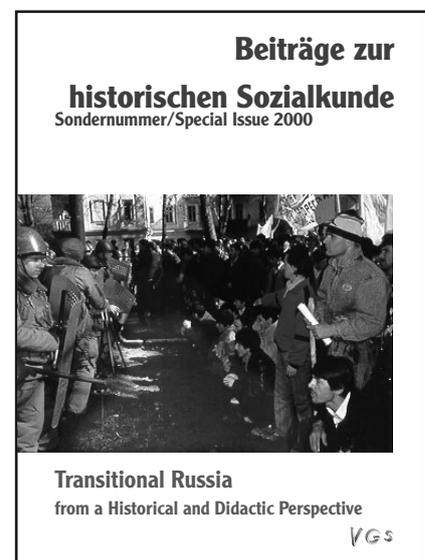
NINA HRYASHCHEVA: Active Methods of Secondary School Teacher Training

LUDMILA M. ANDRUKHINA: Development of the Initial and In-service Training for History Teachers in the Russian Federation

ALEXANDER SHEVYREV: The History Textbooks in Contemporary Russia: A New Generation

JOKE VAN DER LEEUW-ROORD: UROKI KLIO, EUROCLIO Project on the Development and Implementation of History Textbooks in Russia, 1997–2000

HANS SCHUSTEREDER: Educational Cooperation between Austria and the Russian Federation



Diese beiden Nummern sind für **SCHULEN KOSTENLOS** über das BMBWK – Servicestelle Politische Bildung, Mayerhofgasse 6/3, Stock, A-1040 Wien (Tel. 01/504 68 58, Fax 01/504 58 89, e-mail: servicestelle.polit.bildung@vienna.at) zu beziehen!

Preis öS 100,- /für Abonnenten: öS 80,-

Verein für Geschichte und Sozialkunde, c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien, A-1010 Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1; Tel.: +43-1/4277/41305, Fax: +43-1/4277/9413, e-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at

Die Idee

Wir fahren in die Türkei auf Urlaub, wir essen im chinesischen Restaurant, wir haben Orientteppiche in der Wohnung, Ethno-Look ist angesagt. Aber was ist mit den Türken, Chinesen, Persern, Afrikanern, die unter uns leben? Wie begegnen wir ihnen? Haben wir Freunde unter ihnen? Der überwiegende Großteil von uns hat keinen Kontakt zu Ausländern und viele wünschen das auch nicht. Warum das eine, warum das andere nicht?



Das ist eine Testseite

bla bla bla

